

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Nr. **3** 3. Quartal 1995

**DRK-Präsident Prof. Ipsen
im Gespräch**
**TUIS: Schnelle Hilfe
für die Helfer**



TUIS, das Hilfeleistungssystem der chemischen Industrie für schnelle und qualifizierte Hilfe bei Gefahrgutunfällen, wird ab Seite 7 vorgestellt.



Mit der Neukonzeption des medizinischen Katastrophenschutzes beschäftigt sich eine aktuelle Betrachtung ab Seite 10.



Auf dem richtigen Weg ist das THW mit der Neukonzeption seiner taktischen Einheiten, nachzulesen ab Seite 14.

Im Gespräch

„Zivilschutz darf nicht eine Art Nebenaufgabe der Länder, Kommunen und Kreise werden“

Interview mit DRK-Präsident Prof. Dr. Knut Ipsen 2

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 6

Aus der Praxis

Hilfe für die Helfer

Chemische Industrie leistet qualifizierte Unterstützung durch TUIS 7

Neukonzeption des medizinischen Katastrophenschutzes aus wissenschaftlicher Sicht

Betrachtungen zu einem aktuellen Thema 10

Technik und Wissenschaft

„Qualität vor Quantität“
Vorgestellt: Die neuen taktischen Einheiten des THW 14

Waldbrandbekämpfung mit moderner Technik
Vorführung neuer Technologien in Brandenburg 19



Eine Palette neuester Löschtechniken wurde in Brandenburg präsentiert, unser Bericht ab Seite 19 gibt einen Einblick.

Aus- und Weiterbildung

Brandschutzerziehung in der Grundschule
Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis 23

Politik und Gesellschaft

Bestandsaufnahme der deutschen humanitären Auslandshilfe
Tagung des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe 26

Gemeinsam unter einem Dach
Katastrophenschutzzentrum in Schwäbisch Hall eingeweiht 30

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund 32

Bundesverband für den Selbstschutz 33

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 35

Deutscher Feuerwehrverband 36

Deutsches Rotes Kreuz 38

Johanniter-Unfall-Hilfe 40

Malteser-Hilfsdienst 41

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 43

Technisches Hilfswerk 45

Warndienst 47

Rubriken

Stellungnahmen 48

Rundblick 50

Für Sie gelesen 55

Termine 56

Zuletzt U 3

„Zivilschutz darf nicht eine Art Nebenaufgabe der Länder, Kommunen und Kreise werden“

Bevölkerungsschutz: Herr Professor Ipsen, Sie sind seit neun Monaten Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Sie sind seit mehreren Jahrzehnten im Deutschen Roten Kreuz und im Internationalen Roten Kreuz tätig, Sie sind renommierter Völkerrechtler und Inhaber des Lehrstuhles für Öffentliches Recht der Ruhr-Universität Bochum. Was hat Sie bewogen, Präsident einer Hilfsorganisation zu werden?

Prof. Ipsen: Für dieses Amt zu kandidieren hat mich der Umstand veranlaßt, daß ich mich bereits seit zwei Jahrzehnten im Roten Kreuz mit einem Gebiet beschäftigt hatte, das auch mein Hauptforschungsgebiet im Bereich der Rechtswissenschaft ist, nämlich mit dem Humanitären Völkerrecht, dem Teil des Völkerrechts, aus dem heraus einmal die Rot-Kreuz-Idee entstanden ist und der von der Rot-Kreuz-Idee getragen wird. Diese Tätigkeit hat mich im Verband zu verschiedenen Funktionen geführt, schließlich eben auch zu dem Vorschlag, für das Präsidentenamt zu kandidieren.

Bevölkerungsschutz: Können Sie schon ein erstes vorläufiges Fazit ziehen, wo die Schwerpunkte in den nächsten Jahren liegen müssen?

Prof. Ipsen: Ja, das kann ich in dreierlei Hinsicht. Zu allererst werden wir uns sehr gründlich befassen müssen mit dem Verhältnis zwischen Ehrenamt und Hauptamt im Roten Kreuz. Ein Verband wie der unsere, der nationale Hilfsorganisation und Spit-

zenverband der freien Wohlfahrtspflege miteinander vereint, muß einerseits auf bestimmten Sektoren hoch professionell arbeiten. Ich nenne als Beispiele etwa das Blutspendewesen, den Rettungsdienst, aber auch soziale Pflegedienste. Auf der anderen Seite ist aber nach der Idee des Roten Kreuzes die Freiwilligkeit, das Ehrenamt völlig unverzichtbar. Wie bringt man nun, in einer Zeit, in der jede Tätigkeit immer mehr Kenntnisse voraussetzt, beides miteinander zusammen? Das wird eine meiner Hauptaufgaben sein, und ich darf es einmal ganz konkret formulieren: Anforderungsprofile für das Hauptamt entwickeln, Tätigkeitsprofile, aber auch Anforderungsprofile für das Ehrenamt darstellen. Deshalb wird auch die erste große Klausurtagung des Präsidiums Ende August dieses Jahres sich mit dem Verhältnis Ehrenamt zum Hauptamt befassen.

Bevölkerungsschutz: Sehen Sie zwischen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern einen qualitativen Unterschied oder ist der Unterschied mehr in der zeitlichen Verfügbarkeit?

Prof. Ipsen: Es wird hier und dort zwangsläufig einen qualitativen Unterschied geben und geben müssen. Ich kann ein normales Rot-Kreuz-Mitglied, das im Hauptberuf Arzt ist, nicht ohne weiteres gleichsetzen mit einem Transfusionsmediziner, der einen Blutspendedienst bei uns leitet. Es wird schon hauptamtliche Verwendungen geben, die eine hochgradige

berufsfeld-gerichtete Ausbildung verlangen, die von einem ehrenamtlichen Mitglied normalerweise nicht zu erbringen ist.

Bevölkerungsschutz: Heißt das weniger Ausbildung für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer?

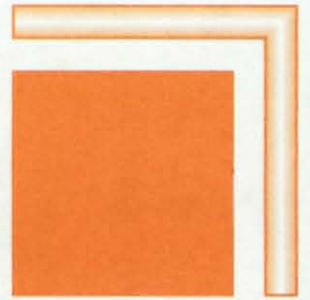
Prof. Ipsen: Nein! Auch das ehrenamtliche Mitglied benötigt eine entsprechende Ausbildung, wenn es tätig werden soll. So darf ich auf den Bereich etwa des Rettungshelfers verweisen. Auch der Rettungshelfer verlangt einfach eine Ausbildung, die ihn von dem normalen Erste-Hilfe-Leistenden unterscheidet. Selbstverständlich gibt es eine unterschiedliche Ausbildung und Vorbildung und fachgerechte Qualifikation für das Aufgabenfeld Hauptamt und das Ehrenamt. Aber es gibt, und das ist das Entscheidende, eine Fülle von Aufgabenfeldern im Roten Kreuz, wo das Ehrenamt völlig unverzichtbar ist. Und insofern gebe ich in der Tat, was die Bedeutung von Ehrenamt und Hauptamt angeht, von einer absoluten Gleichwertigkeit unserer Mitglieder aus.

Wirtschaftlichkeit des Tuns

Bevölkerungsschutz: Sie sprachen von drei Schwerpunkten. Welches ist der zweite?

Prof. Ipsen: Das zweite große Gebiet, dem ich mich zuwenden werde und dem ich mich bereits zugewendet habe, ist umschrieben mit „Zukunftsprogramm des DRK“. Dieses ist ein Programm, das noch von meinem Amtsvor-

Chefredakteur Peter Eykmann und DRK-Präsident Prof. Dr. Knut Ipsen



IM GESPRÄCH

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen ist seit dem 11. November 1994 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Prof. Ipsen wurde 1935 in Hamburg geboren. 1967 legte er die große juristische Staatsprüfung ab und promovierte im gleichen Jahr zum Doktor der Rechte an der juristischen Fakultät der Universität Kiel. Der Universitätsprofessor ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht (Völkerrecht) und Direktor des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum. Von 1975 bis 1977 war er Mitglied und Völkerrechtsberater der Deutschen Regierungsdelegation auf der Genfer Diplomatischen Konferenz über die Bestätigung und Fortentwicklung des in internationalen bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts. Von 1978 bis 1980



gehörte er als Mitglied und Völkerrechtsberater der Deutschen Regierungs-Delegation auf der UN-Waffenkonferenz an. Von 1986 bis Anfang 1995 war Knut Ipsen Bundeskonventionsbeauftragter des Deutschen Roten Kreuzes und Vorsitzender des Präsidialausschusses für humanitäres Völkerrecht. Von 1979 bis 1989 war er Rektor der Ruhr-Universität Bochum, von 1981 bis 1987 Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. 1991 bis 1993 Gründungsrektor der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Seit 1976 ist er Vorsitzender des Vermittlungsausschusses des Deutschen Entwicklungsdienstes und seit 1991 Mitglied des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag. 1993 wurde Prof. Ipsen mit dem Kavalierkreuz des Verdienstordens der Republik Polen ausgezeichnet.

gänger eingeleitet worden ist und sich damit befaßt, die Aufgabefelder, und zwar alle Aufgabefelder des Roten Kreuzes, zu durchforsten. Dies soll insbesondere unter dem Aspekt geschehen, wie können wir unsere Aufgaben im nächsten Jahrhundert noch sinnvoll und effektiv erfüllen? Hier wird eine ganz große Problematik darin liegen, die Wirtschaftlichkeit unseres Tuns zu gewährleisten, und hier wiederum müssen wir im Grunde genommen den engen Weg zwischen Finanzierbarkeit und Aufgabenfülle suchen. Das bedeutet einerseits das ebrenamtliche Engagement für unseren humanitären Zweck, der uns satzungsgemäß und nach unseren eigenen Vorstellungen vorgeschrieben ist, zu gewährleisten, andererseits aber auch wirtschaftlich zu sein. Sofern und soweit wir Aufgabefelder erfüllen, die entgeltlich sind, kommen wir nicht darum herum, auch schwarze Zahlen zu schreiben. Also diesen Weg zu geben, einerseits das humanitäre Engagement zu erhalten, andererseits aber Wirtschaftlichkeit herzustellen, diesen beschwerlichen Weg werde ich suchen und hoffentlich auch finden.

Bevölkerungsschutz: Caritas schließt Wirtschaftlichkeit und Ökonomie nicht aus?

Prof. Ipsen: Genau auf diese Formel muß und kann man es bringen. Der dritte Punkt, den ich für außerordentlich wichtig halte, ist, die junge Generation an das Rote Kreuz heranzuführen. Wir haben im Augenblick den

Umstand zu verzeichnen, daß gerade viele aktive Mitglieder des Roten Kreuzes mehr aus Generationen kommen, die diese Tätigkeit als eine solche betrachten, die an das Berufsleben anschließt. Wir sind sehr glücklich darüber. Wir sind gerade für die großen Leistungen dieser Mitglieder immer wieder sehr dankbar, aber eine Organisation lebt auch von ihrer Erneuerung. Deshalb wende ich auch, das scheint mir für das nächste Jahrhundert sehr wichtig zu sein, der Nachwuchsförderung ein wichtiges Augenmerk zu. Wir müssen unbedingt in der Lage sein, uns auch vom Mitgliederbestand her zu verjüngen.

Bevölkerungsschutz: Das Deutsche Rote Kreuz ist mit mehr als fünf

Millionen Mitgliedern, davon etwa zehn Prozent aktiven Helferinnen und Helfern, die größte europäische Hilfsorganisation. Sie sagen selbst, „wir wollen jetzt nach neuen Wegen suchen“. Ist die Freistellung vom Wehrdienst beispielsweise ein Weg, wenn einer sich für zukünftig sechs Jahre – bislang acht Jahre – beim Deutschen Roten Kreuz verpflichtet?

Prof. Ipsen: Ich halte das für eine äußerst sinnvolle Substitution des Wehrdienstes. Der Wehrdienst selbst ist ja die Ausbildung für einen potentiellen Fall. Derjenige, der Zivildienst leistet, und dies beispielsweise beim Deutschen Roten Kreuz, leistet etwas für den aktuellen Fall, nämlich für die beständig vorhandene Not, zu deren Linderung er eingesetzt



„Wir müssen unbedingt in der Lage sein, uns auch vom Mitgliederbestand her zu verjüngen.“

wird. Ich halte gerade diese Möglichkeit des Zivildienstes in großen Hilfsorganisationen für eine ideale Regelung unserer Gesetzgebung und möchte sehr gerne, daß sie erhalten bleibt.

Bevölkerungsschutz: Ein neuer Wertewandel wird angekündigt, weg von der Dienstleistungsgesellschaft hin zur Informationsgesellschaft. Wird das nicht auch ein völlig neues Anforderungsprofil und eine völlig neue Tätigkeit für ehrenamtliche Helfer geben?

Prof. Ipsen: Ja, wobei ich nicht einmal glaube, daß wir weg vom Dienstleistungsbereich und von der Dienstleistungsgesellschaft und austauschbar hin zur Informationsgesellschaft kommen. Ich glaube vielmehr, daß die Eigenschaft, Informationsgesellschaft zu sein, hinzutritt zur Dienstleistungsgesellschaft. Wenn dies aber so ist, dann werden wir gerade als große humanitäre Organisation unser Möglichstes tun müssen, um diesem gerecht zu werden. Das heißt einmal, mit der Verarbeitung von Informationen, die uns betreffen, die unsere Tätigkeit fördern, aber auch mit der Herausgabe von Informationen über unsere Tätigkeit. Und wir müssen insbesondere überlegen, wie wir mit den neuen Informationsmedien, die heranreifen, umgehen. Da wird sicher eine ganze Reihe von Herausforderungen auf uns zukommen, die in den nächsten Jahren zu beantworten sind.

Bevölkerungsschutz: Öffentlichkeitsarbeit ist heute eine Managementaufgabe. Manche Journalisten

sagen „bad news are good news“. Haben Sie überhaupt eine Chance gegen die „bad news“, z. B. eines Kölner Regierungspräsidenten, argumentieren zu können, und haben Sie nicht schon verloren, wenn so etwas, wie in Köln geschehen, in die Welt gesetzt wird?

Prof. Ipsen: Ja, Sie haben recht. Eigentlich haben wir dann schon verloren, und Ihr Beispiel ist ein besonders instruktives. Wenn ein Regierungspräsident darlegt, er habe Unregelmäßigkeiten im Blutspendedienst aufgedeckt, dann kann – was geschehen ist – alles widerlegt werden. Dann kann – was geschehen ist – ihm gerichtlich untersagt werden, solche Behauptungen in die Welt zu setzen. Die einmal in die Welt gesetzten „bad news“ sind nicht mehr zurückzubolen und die Korrektur, die uns in diesem Zusammenhang voll gelungen ist, stand nicht mehr auf der ersten, sondern auf der dritten Seite der Zeitungen. Insofern ist es absolut richtig und deshalb habe ich mit großem Nachdruck von dem dienstaufsichtsführenden Minister mit Erfolg verlangt, daß man gerade im staatlichen Bereich sehr wohl darüber nachdenken muß, ob man „bad news“ in die Welt setzt, unter Umständen mit Wirkungen, die ganz verhängnisvoll sind für die Tätigkeit des betreffenden Bereichs. Ganz konkret in unserem Falle: Die Blutspenden sind so zurückgegangen, daß zum Teil notwendige Operationen verschoben werden mußten, weil eben die Blutreserven nicht mehr im ausreichenden Umfang vorhanden waren. Ob dieser Nachteil einen möglichen Zugewinn an Popularität, die ein Staatsorgan oder ein Staatsexponent eventuell damit gewinnt, daß er „bad news“ in die Welt setzt, aufwiegt, das ist sehr wohl zu fragen.

Erst kundig machen

Bevölkerungsschutz: Dieses Beispiel zeigt, daß insbesondere staatliche Entscheidungsträger sehr verantwortungsbewußt mit Öffentlichkeit umgehen müssen. Nicht nur den schnellen Erfolg suchen, sondern sich auch über Folgerungen vorher klar sein.

Prof. Ipsen: Das ist absolut richtig. Wenn sich in dem zitierten Fall beispielsweise der betreffende Beamte zunächst einmal kundig gemacht hätte, welche Entscheidungen unsere böchstrichterliche Rechtsprechung auf dem Sektor bisher schon aufzuweisen hat, dann hätte er erkennen können, daß genau dieses verlangt wird. Daß man sehr genau abwägt, was man sagt, um den Schaden absehen zu können, den man mit unüberlegten Meldungen anrichtet.

Bevölkerungsschutz: Jede Organisation muß für sich Öffentlichkeitsarbeit machen. Hielten Sie es für sinnvoll und hilfreich, wenn die Hilfsorganisationen, und nicht nur die vier Sanitätsorganisationen, sondern alle, die im Bereich von Hilfeleistung tätig sind, sich auf ein Minimumkonsens von gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit finden würden?

Prof. Ipsen: Ich hielte das für eine ganz gute Idee. Im Bereich der Zweitfunktion des Roten Kreuzes, im Bereich seiner Funktion als Spitzenorganisation der freien Wohlfahrtspflege, geschieht dies ja bereits in der Bundesarbeitsgemeinschaft. Ich würde es schon für eine gute Idee halten, weil es gewährleistet würde, daß die Tätigkeit der Hilfsorganisationen einer viel breiteren Bevölkerungsschicht deutlich gemacht werden könnte als bisher.

Bevölkerungsschutz: Neben den von Ihnen genannten drei Schwerpunkten, die Sie setzen, und neben den sonstigen Aufgaben hat das DRK auch die Aufgabe, im Zivilschutz mit-



„Es ist gar nicht abzusehen, welchen Bedrohungen auch die Bundesrepublik Deutschland, und sei es auch nur sektoral, in etwa zehn Jahren ausgesetzt sein wird oder sein könnte.“

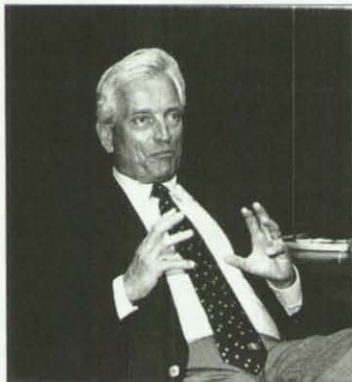
zuwirken. Ist Zivilschutz als eine Maßnahme für den Verteidigungsfall überhaupt noch sinnvoll oder könnten wir nicht ganz darauf verzichten?

Prof. Ipsen: Nein, ich halte es im Gegenteil für höchst gefährlich, daß im politischen Bereich gegenwärtig die Tendenz zu verzeichnen ist, daß wir keinen Bedarf an Zivilschutz mehr hätten, weil die Ost-West-Konfrontation aufgehoben ist. Es ist gar nicht abzusehen, welchen Bedrohungen auch die Bundesrepublik Deutschland, und sei es auch nur sektoral, in etwa zehn Jahren ausgesetzt sein wird oder sein könnte. Und wenn dann der Zivilschutz so zurückgedreht worden ist, wie es gegenwärtig den Anschein hat, dann läßt sich dieses nicht mehr in kurzer Zeit wieder rückgängig machen. Ich will insbesondere unterstreichen, daß ich die Tendenz in der weitgehenden Dezentralisierung des Zivilschutzes, also Verlagerung vom Bund auf die Länder, für ganz gefährlich halte. Wenn dieses sich so weiterentwickelt, dann werden wir die Unzulänglichkeiten, die auch während der Phase der Ost-West-Konfrontation im Zivilschutz zu verzeichnen waren, in einer unverantwortlichen Weise vergrößern. Das kann einfach nicht richtig sein angesichts von Szenarien, die ja nun nicht Panikmache, sondern brutale Realität sind. Wir wissen, daß in den nächsten Jahren in Europa noch eine ganze Reihe von Konfliktherden zu verzeichnen sein werden, die auch, und das ist ebenfalls nicht ganz unwahrscheinlich, auf die Bundesrepublik überschlagen könnten. Wir sollten uns also davor hüten zu meinen, der Zivilschutz könne eine Art Nebenaufgabe der Länder oder der Kommunen und Kreise werden.

Mehr tun als das Minimum

Bevölkerungsschutz: Halten Sie Zivilschutz für ein Thema mit dem a) ein Politiker Stimmen holen und b) die Bevölkerung hinter dem Ofen oder vom Fernsehen weggeholt werden kann?

Prof. Ipsen: Beides nicht. Das ist das Bedauerliche. Nur hat ein



„Ich will insbesondere unterstreichen, daß ich die Tendenz in der weitgehenden Dezentralisierung des Zivilschutzes, also Verlagerung vom Bund auf die Länder, für ganz gefährlich halte.“ (Fotos: Sers)

Politiker nicht nur die Pflicht sich für Aufgaben zu engagieren, mit denen er Stimmen holen kann, sondern er hat auch aktiv perspektivisch seinen Wählern klar zu machen, was notwendig ist. Er hat auch nicht nur darauf zu sehen, mit welchem Thema man Menschen vom Fernseher weglocken kann. Selbst in der Phase der Ost-West-Konfrontation hat es ja in diesem Land das erstaunliche Phänomen gegeben, daß keiner so recht überhaupt begriffen hat, wie notwendig Zivilschutz ist. Um so notwendiger finde ich es, daß man diesen Aspekt des Selbstschutzes eines Staates deutlich macht. Das ist sogar eine Plattform, auf der sich sehr viele Kräfte einigen könnten. Es ist ja der passive Schutz, es ist ja nicht der aktive Schutz durch Streitkräfte. Dort müßte eine Einigung möglich sein, und dort müßte es insbesondere möglich sein, mehr zu tun als das Minimum. Ich befürchte sogar, daß das Minimum noch unterschritten wird.

Bevölkerungsschutz: Sie sprachen gerade den Selbstschutz des Staates an. Neben dem Selbstschutz des Staates propagieren Sie, aber auch der Bundesverband für den Selbstschutz, den Selbstschutz des einzelnen. Ausgehend von der Idee, daß der Staat nicht überall sein kann, ist entscheidend, was der einzelne vorbeugend tun kann. Der Bundesminister des Innern hat angekündigt, daß der Bundesverband für den Selbstschutz aufgelöst wird. Halten Sie das für sachgerecht?

Prof. Ipsen: Bei aller Neutralität, die ich als DRK-Präsident in bezug auf politische Entscheidungen zu üben habe, halte ich eine solche Entscheidung doch für bedenklich.

Bevölkerungsschutz: Das Deutsche Rote Kreuz wird ja Aufgaben im Bereich der Ausbildung übernehmen, die bislang der Bundesverband wahrgenommen hat. Werden Sie das schaffen?

Prof. Ipsen: Dieses wird gerade geprüft. Ob wir dieses ohne staatliche Unterstützung schaffen können, scheint mir im Augenblick noch fraglich zu sein.

Bevölkerungsschutz: Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Hilfsorganisationen? Ist es dieser hedonistische Mensch, der unser Gesellschaftsbild prägt oder ist es ein Mensch, der auch noch Zeit für seinen Nächsten, für seinen Nachbarn hat?

Prof. Ipsen: Ich glaube gar nicht, daß der Mensch so egoistisch ist, wie er häufig in den Medien gemacht wird. Wir erleben im täglichen Leben die Zuwendung zum Nächsten in vielen Kleinigkeiten. Wir erleben durchaus immer wieder die Bereitschaft, sich auch zu engagieren. Ich halte es für viel entscheidender, wirkungsvolle und attraktive Felder anzubieten als groß darüber zu jammern, daß man sich nicht engagiert. Ich kann aus meiner Erfahrung im Verband nicht bestätigen, daß Engagement im nichtstaatlichen Bereich, also Engagement im Bereich einer Hilfsorganisation, eine Art auslaufendes Modell ist. Im Gegenteil; ich bin immer wieder wirklich erfreut zu sehen, welche Bedeutung doch gerade auf der Ebene von Gemeinden, von Kreisen, die Tätigkeit einer Hilfsorganisation auf freiwilliger Basis hat. Ich sehe da eigentlich gar nicht pessimistisch in die Zukunft.

Bevölkerungsschutz: Herr Professor Ipsen, herzlichen Dank für dieses Gespräch.

THW-Ehrung für Bundesminister a.D. Rudolf Seiters

In einer Feierstunde im Bundesinnenministerium, an der u. a. der Direktor des Technischen Hilfswerks, Gerd Jürgen Henkel, der Bundessprecher des THW, Günter Seekatz, und der Vorsitzende der THW-Helfervereinigung Niedersachsen, Dietmar Kansy MdB, teilnahmen, würdigte Bundesinnenminister Manfred Kanther mit der Verleihung des THW-Ehrenzeichens in Gold an seinen Amtsvorgänger Rudolf Seiters dessen Verdienste um das Technische Hilfswerk.

1981 hat Seiters den Vorsitz der Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e.V. in Niedersachsen übernommen, deren Ehrenvorsitzender er bis heute ist. In seiner Amtszeit als Chef des Bundeskanzleramtes wurde die gesetzliche Grundlage für die Bundesanstalt geschaffen. In seiner Zeit als Bundesinnenminister wurde die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk verselbständigt. Das Ehrenzeichen in Gold des Technischen Hilfswerks würdigt die langjährigen Verdienste von Bundesminister a. D. Seiters, auch in den Jahren, als er dem THW nicht durch sein Amt als Bundesinnenminister vorstand.

Minister Kanther verwies auf das persönliche Engagement seines Amtsvorgängers für das THW und betonte, als langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages habe dieser in Parlament und Öffentlichkeit stets seine persönliche Überzeugung von der Notwendigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie seine besondere Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit für das Gemeinwohl zum Ausdruck gebracht. Kanther würdigte auch das Engagement von Seiters für den Einsatz des THW in der technisch-humanitären Auslandshilfe. In seiner Zeit als Bundesinnenminister habe die Zahl der Auslandseinsätze des THW maßgeblich zugenommen. Als Beispiele nannte Kanther die Einsätze in den Erdbebengebieten in der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion, die Trinkwasserversor-

gung im Iran und insbesondere den Einsatz in Somalia unter schwierigsten Bedingungen. Die Auslandseinsätze seien auf breite öffentliche Beachtung gestoßen und hätten nicht nur zum Ansehen des THW beigetragen, sondern auch die Bereitschaft und den Willen der Bundesrepublik Deutschland zu humanitärer Hilfe und zur Völkerverständigung verdeutlicht.

Hohe Auszeichnung für Prinz Wittgenstein

Der Präsident der Ständigen Kommission vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, erhielt in London in der Guildhall anlässlich eines Empfangs zum 125jährigen Bestehen des Britischen Roten Kreuzes aus der Hand von Königin Elisabeth II. die Humanitätsmedaille des Britischen Roten Kreuzes.

Elisabeth II. würdigte die Verdienste Prinz Wittgensteins im Bereich der internationalen Arbeit des Roten Kreuzes. Der jetzige Ehrenpräsident, der bis November 1994 zwölf Jahre an der Spitze der größten deutschen Hilfsorganisation stand, habe sich durch seinen persönlichen Einsatz für notleidende Menschen innerhalb und außerhalb des Roten Kreuzes großes Ansehen erworben. Gleiches gelte für seine Verdienste auf dem Gebiet des Humanitären Völkerrechts.

Bundesverdienstkreuz für Gerhard Schwoch

Regierungspräsident Erwin Schleberger (Münster) hat dem langjährigen Leiter der Abteilung Einsatzdienste und Katastrophenschutz beim DRK-Landesverband Westfalen-Lippe, Gerhard Schwoch, das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz überreicht.

In seiner Würdigung der Verdienste erinnerte der Regierungspräsident daran, daß Schwoch als Abteilungsleiter und Landesbeauftragter seine Aufgaben in beispielhafter und vorbildlicher Weise wahrgenommen und durch sein aktives umsichtiges Wirken entscheidend zu der guten Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzbehörden und mit dem Innenministerium des Landes beigetragen hat.

Im Rahmen seiner Tätigkeit auf Bundesebene hat sich Schwoch durch bedeutende konzeptionelle Verbesserungsvorschläge und Anregungen ausgezeichnet und so wesentlich an der Effektivität des Katastrophenschutzes mitgewirkt. Darüber hinaus, so Schleberger weiter, habe seine engagierte Führung der Hilfszugabteilung IV bei vielen erfolgreichen und international anerkannten Einsätzen im Ausland das Ansehen des Deutschen Roten Kreuzes und auch das Ansehen der Bundesrepublik gefördert und zur Völkerverständigung beigetragen.



Aus der Hand von Innenminister Manfred Kanther nimmt Bundesminister a. D. Rudolf Seiters das THW-Ehrenzeichen entgegen. Rechts THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel. (Foto: Hilberath)

Hilfe für die Helfer

Chemische Industrie leistet qualifizierte Unterstützung durch TUIS

Ostsee-Fährhafen Puttgarden: Bei Rangierarbeiten wird ein für die Überfahrt nach Dänemark bereitstehender Bahn-Kesselwagen beschädigt. Aus dem Leck entweicht Flüssiggas. Unverzüglich schlägt das Bahnpersonal Alarm und verständigt die örtlichen Einsatzkräfte, die den gesamten Fährverkehr stoppen und den Gefahrenbereich weiträumig sichern. Was aber geschieht mit dem Flüssiggas?

Autobahn A 1 bei Dortmund: Ein mit 19 Tonnen Ethylbenzol beladener Tanklastzug kommt von der Fahrbahn ab und stürzt die Böschung hinunter. Schwer beschädigt bleibt das Fahrzeug auf der Seite liegen, zum Glück ist der Auflieger dicht geblieben. Die Feuerwehr sperrt die Unfallstelle ab und nimmt austretenden Dieselkraftstoff der Zugmaschine auf. Doch wohin mit der Ladung?

Bahnhof Passau: Bahnpersonal stellt fest, daß der Domdeckel eines mit – auch in geringer Konzentration stark übelriechendem – Ethylmercaptan gefüllten Tankcontainers undicht ist. Die alarmierten Einsatzkräfte veranlassen, daß der mit dem Container beladene Waggon per Rangierlok aus dem Bahnhofsbereich transportiert wird. Wie soll es nun weitergehen?

Drei Transportunfälle mit Gefahrgut, die mit Fragen enden. Fragen, die sich die Einsatzleiter stellen. Denn die Einsatzkräfte sind mit den geschilderten Aktivitäten zur Schadensbekämpfung an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt. Sie bedürfen nun qualifizierter Unterstützung. So wählen die Einsatzleiter in Puttgarden, Dortmund und Passau den Weg, der sich allein 1994 in über tausend Fällen bewährte: Sie suchen Hilfe bei TUIS.

Und tatsächlich gelingt es mit Hilfe von TUIS, Lösungen zu finden: In Puttgarden helfen die Fachkräfte einer Werkfeuerwehr, sie verbrennen das Flüssiggas gefahrlos mit einer sogenannten Hochleistungsfackel unter Einsatz von Stickstoff.



Tanklastler mit Gefahrgut umgestürzt: Ein typischer Fall für TUIS.

Auch auf der Autobahn bei Dortmund werden Werkfeuerwehreute tätig, sie pumpen das Ethylbenzol mit Spezialpumpen in einen mitgeführten Tank und übernehmen die Entsorgung. Und der Container aus Passau schließlich wird unter der Regie von Chemie-Experten als Sonderzug in ein Chemiewerk gebracht, über Bleichlaugewäscher entspannt und anschließend abgedichtet.

Bewährte Problemlösung

Was ist nun TUIS, was verbirgt sich dahinter? Die vier Buchstaben stehen für „Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystem“. So holrig der Wortbandwurm über die Lippen kommt, so effektiv arbeitet das System. 1982 unter Federführung des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) in Zusammenarbeit mit den Innenministerien der Länder ins Leben gerufen, haben sich mittlerweile über 200 deutsche Chemieunternehmen TUIS angeschlossen. Flächendeckend ist damit eine schnelle und qualifizierte Hilfe bei Transportunfällen mit Chemikalien – seit 1990 auch bei Lagerunfällen – gewährleistet. Auch Chemiebetriebe in den neuen Bundesländern haben sich dem System angeschlossen und decken den Bereich der Ost-West-Verkehrswege ab.

Die im TUIS zusammengeschlossenen Unternehmen bieten ihre Hilfe aus der Erfahrung an, daß Sachkunde die erste Voraussetzung für eine effektive Hilfeleistung ist. Bei der unübersehbaren und rasant wachsenden Vielfalt von gefährlichen Stoffen kann diese Sachkunde bei den Einsatzkräften von Feuerwehr und Hilfsorganisationen aber nur begrenzt erwartet werden. Hier will die chemische Industrie kraft Ausbildung und fachlicher Kompetenz mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Im Klartext heißt das: Ereignet sich auf öffentlichen Transportwegen, sei es Straße, Schiene oder Wasserweg, irgendwo in Deutschland ein Unfall, an dem ein Fahrzeug mit Gefahrgut beteiligt ist, und die Einsatzkräfte können von Hersteller, Händler oder Empfänger des Produkts keine Hilfe erwarten, steht TUIS zur Verfügung. Rund um die Uhr, an jedem Tag im Jahr.

Den TUIS-Rahmenbedingungen gemäß erfolgt die Hilfeleistung ausschließlich auf Anforderung dazu autorisierter Stellen wie Regierungspräsident, Polizei, Feuerwehr oder Katastrophenschutz sowie Deutscher Bahn und Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Damit soll sichergestellt werden, daß Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der öffentlichen

Dienste in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Drei Stufen der Hilfeleistung

TUIS bietet Hilfe in dreistufiger Form: Zur Stufe 1 zählt die telefonische Beratung. In der Stufe 2 unterstützt ein TUIS-Berater den Einsatzleiter direkt vor Ort. Die Stufe 3 umfaßt die unmittelbare technische Hilfe durch Personal und Gerät.

Das TUIS-Handbuch bildet die Grundlage zur Anforderung der Hilfe. Als Loseblattwerk stets auf dem neuesten Stand, steht es den autorisierten Stellen und den Mitgliedsfirmen zur Verfügung. In dem Buch finden sich Angaben zu allen TUIS-Firmen wie Standort, Telefon, Telefax, Art und Umfang des Hilfsangebots und die Produktpalette, zu der eigene Erfahrungen vorliegen. Daneben enthält das Handbuch ein alphabetisches Verzeichnis von Chemikalien mit der Zuordnung entsprechender Mitgliedsfirmen.

Und so weist das Handbuch in der Praxis den Weg, dargestellt am Beispiel des Ethylbenzol-Unfalls auf der BAB 1 bei Dortmund: Unter der Rubrik „Transportgüter“ findet sich das Produkt Ethylbenzol. Nummern hinter dem Produktnamen geben die Hersteller an: Nr. 056 Hüls AG, Marl, und Nr. 120 BASF AG, Lud-

wigshafen. Über diese Nummern findet man im Firmenverzeichnis Anschrift, Telefon- und Telefax-Verbindungen der beiden Unternehmen. Die Landkarte zeigt, daß die Hüls AG in Marl näher an der Schadensstelle liegt. Die Rubrik „Firmen nach Standortnummern“ schließlich gibt für diese Firma die TUIS-Stufen 1, 2 und 3 an. Nun braucht der Einsatzleiter nur noch zum Telefon zu greifen.

Unterstützung in Theorie und Praxis

Anhand einer einheitlichen Checkliste nimmt die um Hilfe ersuchte TUIS-Firma die wesentlichen Angaben zu dem Unfall auf und leitet sie an Chemiker, Toxikologen, Ökologen oder Fachleute aus der Produktion weiter – je nach Erfordernis im eigenen Unternehmen, beim Hersteller oder in einem Unternehmen, das über spezielle Kenntnisse des betreffenden Produkts verfügt. Dem Einsatzleiter können so detaillierte Informationen und Empfehlungen gegeben werden, ergänzt durch zusätzliche Informationen aus firmeneigenen Datenbanken. Die telefonische Beratung als 1. Stufe der TUIS-Hilfeleistung schließt auch die Unterstüt-

zung bei der Bewältigung von Unfall-Folgeschäden ein.

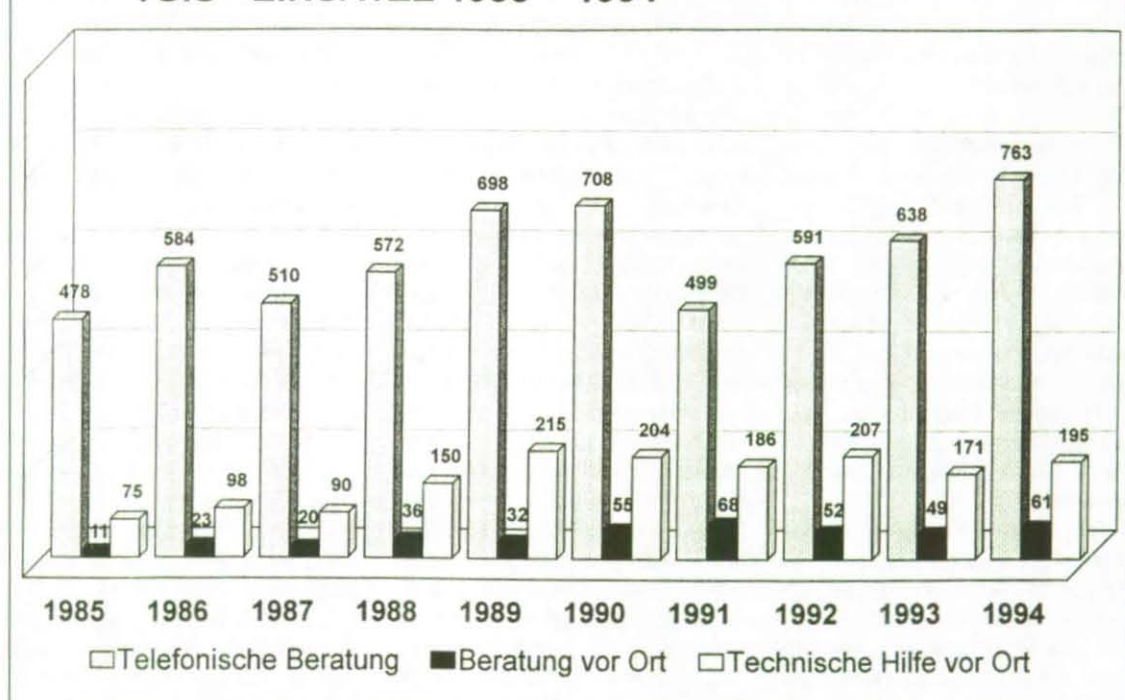
Als Hilfeleistung der 2. Stufe steht die Beratung am Unfallort. Sie wird in der Regel von einer in Unfallnähe gelegenen TUIS-Firma übernommen. Hierbei tritt ein Vertreter der Werkfeuerwehr oder eine andere Firmen-Fachkraft dem Einsatzleiter mit Ratschlägen und Empfehlungen zur Seite, ohne in seine Kompetenzen oder Verantwortlichkeiten einzugreifen.

Nur TUIS-Firmen mit speziell geschultem Personal und umfangreichen Erfahrungen in der Gefahrenabwehr bei Transportunfällen nehmen die 3. Stufe der Hilfeleistung wahr. Hier beraten und unterstützen Fachleute mit speziellen Geräten den Einsatzleiter am Unfallort. In der Regel ist es die Werkfeuerwehr der Mitgliedsfirma, die in diesem Falle zum Einsatz kommt, je nach Erfordernis durch weitere Fachkräfte aus dem Unternehmen ergänzt.

Modernste Technik im Einsatz

Bei der Hilfeleistung der 3. Stufe kann im Rahmen von TUIS auf das enorme technische Potential der dafür bereitstehenden Werkfeuerwehren zurückgegriffen werden. Speziell für die unterschiedlichen

TUIS - EINSÄTZE 1985 - 1994



Gefährdungslagen in den einzelnen Unternehmen konzipiert, wird hier eine Fülle von Sonderfahrzeugen und speziellen Geräten vorgehalten, die es bei den öffentlichen Feuerwehren überhaupt nicht gibt.

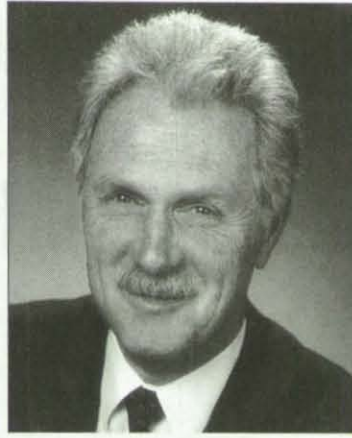
So verfügt die Werkfeuerwehr der BASF AG in Ludwigshafen zum Beispiel neben 53 anderen Feuerwehr-Einsatzfahrzeugen auch über zwei eigens für TUIS-Einsätze ausgestattete Rüstfahrzeuge. Ein Blick auf die Hilfeleistungsbilanz dieses Unternehmens: 1994 wurde BASF im Rahmen von TUIS 288mal in Anspruch genommen; davon konnten 222 Fälle durch telefonische Beratung gelöst werden, 14mal begaben sich Spezialisten zur Beratung an den Unfallort und bei 52 Unfällen wurde technische Hilfe geleistet.

Über 8000 Hilfeleistungen

Dipl.-Ing. Volker Lambrecht, als Leiter der BASF-Werkfeuerwehr mit der Praxis vertraut, ist Vorsitzender des Arbeitskreises TUIS des Verbands der Chemischen Industrie. Zur TUIS-Gesamtstatistik führt er aus: „Seit 1985 wird eine TUIS-Statistik geführt, mit der sich die Akzeptanz des Systems über die letzten zehn Jahre belegen läßt. Weit über 8000 Mal waren Mitgliedsfirmen im Rahmen von TUIS aktiv. Davon wurde in rund 1600 Fällen umfassende Hilfe mit Mannschaft, Geräten und Fahrzeugen, also die Stufe 3, geleistet.“

Detailliert geht er auf das vergangene Jahr ein: „1994 registrierten wir 1019 Schadensfälle. In 763 Aktionen reichte eine telefonische Beratung aus. In 6 Prozent, das heißt 61 Mal, half ein TUIS-Berater direkt vor Ort. Die Werkfeuerwehren mußten in Stufe 3 bei rund 200 Notfällen, davon 15 in den neuen Bundesländern, ausrücken. 50 Prozent der Anforderungen erfolgten durch die Feuerwehr, 40 Prozent durch die Polizei. Die Bahn war mit 8 Prozent beteiligt, 2 Prozent waren sonstige Hilferufe. In den ersten drei Monaten 1995 half TUIS bereits in 260 Fällen.“

Dipl.-Ing. Lambrecht macht deutlich, daß sich die Aktivitäten von TUIS nicht allein auf die praktische Gefahrenabwehr beschränken: „Bundesweit informieren wir jährlich rund 250 Feuerwehren und Polizeidienststellen durch Vorträge,



Volker Lambrecht: Die „Akzeptanz des Systems läßt sich belegen.“ (Fotos: BASF)

Broschüren, Videos und Disketten über TUIS, so daß mittlerweile rund 700 öffentliche Gefahrenabwehr-Dienststellen genaue Kenntnis über dieses System haben. Darüber hinaus bilden die großen TUIS-Feuerwehren wie zum Beispiel Bayer, Henkel, Merck und BASF regelmäßig Leiter der Freiwilligen Feuerwehren in der Abwehr von Gefahrstoff-Unfällen aus. Zwei unserer Mitgliedsfirmen schulen außerdem Polizeiführungskräfte. An jeweils 26 Wochenenden werden unter anderem an den Standorten von Bayer und BASF etwa 6000 Feuerwehrangehörige über TUIS informiert.“

Gilt „Ohne Moos nix los“ auch für TUIS? Lambrecht winkt ab: „Die Kostenfrage hat weder vor noch nach einem Einsatz jemals eine Rolle gespielt. Die telefonische Beratung des Einsatzleiters ist bei allem Aufwand an Ermittlungszeit, Telefon- und Faxkosten sowie Arbeitszeit prinzipiell unentgeltlich. Die Kosten der Beratung vor Ort beziehungsweise die Kosten für die Hilfe mit Mannschaft und Gerät haben die jeweiligen Transport-Versicherer in Kenntnis der Effizienz unserer Hilfe stets ohne Rückfragen übernommen.“

Grenzüberschreitend aktiv

Gefahrgüter werden nicht ausschließlich innerhalb Deutschlands bewegt. Das ständig wachsende grenzüberschreitende Transportaufkommen und die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes legen bereits frühzeitig eine Vernetzung der vorhandenen nationalen Hilfeleistungssysteme nahe. So beauftragten 1990 mehrere nationale Che-

mieverbände – darunter auch der VCI – den Europäischen Chemieverband CEFIC, ein Konzept für einen sicheren Warenaustausch in Europa zu entwickeln. Daraus entstand die Dachorganisation „International Chemical Environment“, kurz ICE, in der als europäisches Hilfeleistungssystem alle nationalen Systeme zusammengefaßt sind.

In jedem Land in Europa, das über ICE vernetzt ist, besteht ein „National Response Center“ als zentrale Ansprechstelle. Die entsprechende Funktion für Deutschland übernimmt die Werkfeuerwehr der BASF. Die erste Bewährungsprobe der internationalen Zusammenarbeit haben Großbritannien und Deutschland mit der gemeinsamen Schadensbekämpfung beim Transportunfall eines deutschen Produkts in Großbritannien bereits bestanden.

Komplexere Materie

Die ständig wachsende Zahl chemischer Produkte und die weiterhin ansteigende Produktion der Chemiebranche bringen naturgemäß auch eine höhere Transportrate auf den öffentlichen Verkehrswegen mit sich. Und dabei lassen sich allen Sicherheitsvorkehrungen und kalkulierten Risiken zum Trotz Unfälle nicht ausschließen.

Die Funktion eines Hilfeleistungssystems wie TUIS bleibt also auch mit Blick auf die Zukunft unverzichtbar. Mehr noch: Die komplexer werdende Materie läßt den Stellenwert dieser von der Industrie angebotenen Hilfe ungeachtet aller Verbesserungen in Technik und Taktik bei Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter steigen. Denn auch die finanzstärkste Kommune wäre nicht in der Lage, ein derartiges Potential zur Gefahrenabwehr vorzuhalten, wie es die chemische Industrie mit ihren Werkfeuerwehren praktiziert.

Gut zu wissen, daß dieses Potential sowohl hinsichtlich Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte als auch in der technischen Ausstattung ständig den Erfordernissen wechselnder Gefahren angepaßt wird. Damit immer eine optimale Hilfe garantiert werden kann. Rund um die Uhr und an jedem Ort – ob er nun Puttgarden, Dortmund, Passau oder anders heißt. –cl–

Neukonzeption des medizinischen Katastrophenschutzes aus wissenschaftlicher Sicht

Von Prof. Dr. med. E. Pfenninger und D. Richter, Universitätsklinik für Anästhesiologie, Universität Ulm

Naturkatastrophen, technische Risiken, von Menschenhand verursachte Gefahren und der Eintritt eines Verteidigungsfalles sind Ursachen von Gefährdungslagen für Mensch und Material. Die Aufgabe eines Staatswesens ist es, solchen Gefährdungen durch geeignete Maßnahmen vorzubeugen, sie soweit möglich zu vermeiden oder bei Unvermeidbarkeit ihre Folgen einzuschränken. Dies gehört zum Kernbestand der Staatspflichten und dient der Sicherung der Lebensgrundlage einer Bevölkerung.

Unter einer Katastrophe versteht man ein Geschehen, das Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maße schädigt oder gefährdet, daß zu ihrer Bekämpfung auch der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen erforderlich ist, die nicht für den täglichen Einsatz zur Verfügung stehen. Ein ungewöhnliches Schadensereignis also, und die dadurch ausgelöste Notwendigkeit ungewöhnlicher Hilfsmaßnahmen sind die beiden, den Katastrophenfall markierenden Merkmale. Solche Ereignisse treten im Frieden ebenso wie im Kriegsfall auf.

Die bisherigen zivilen Versorgungsmaßnahmen des Bundes zum Schutz der Bevölkerung bestimmten sich in ihrem gesamten Umfang wesentlich nach der jeweiligen militärischen Bedrohungssituation. Diese hat sich durch die außenpolitisch-militärischen Entwicklungen in den letzten Jahren verändert. Die Risiken, denen die Bundesrepublik Deutschland sich heute gegenüber sieht, ergeben sich aus unvorhersehbaren Folgen von Instabilitäten, die in Zeiten raschen und tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Wandels entstehen können. Es

kann auch künftig nicht ausgeschlossen werden, daß Stabilitätsbedrohungen aus außereuropäischen Regionen die Sicherheit Europas bedrohen. Außerdem können in zunehmendem Maße gewaltsam ausgetragene Spannungen ethnischer oder wirtschaftlich-sozialer Art innerhalb der Bundesrepublik Deutschland die Sicherheit gefährden. Diesen aus politischen Gesichtspunkten herangezogenen Gefährdungen sind die in lokal begrenzten Gebieten eintretenden Natur- oder technischen Katastrophen gegenüberzustellen. Zur Bewältigung dieser Katastrophen gehören insbesondere die Aufstellung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, die Ausarbeitung und Weiterführung von Katastrophenplänen sowie die Einbindung der Katastrophenschutz-einheiten in die Versorgung von Großschadensereignissen.

Die jetzige Konzeption des Katastrophenschutzes ist somit historisch und im Blickwinkel der Versorgung Verletzter im Verteidigungsfall zwar nachvollziehbar, entspricht aber den Anforderungen an eine neuzeitliche Versorgung der Verletzten nicht mehr in allen Belangen. Sanitätsführer beklagen schon lange Zeit, daß ihre Einheiten relativ groß und schwerfällig sind und beobachten mit großer Sorge das schwindende Interesse ihrer Helfer, bedingt durch die nicht vermittelbare Motivation. Dies liegt unter anderem auch daran, daß es für die mit 50 Personen konzipierten Sanitätszüge offensichtlich keine Einsatzmöglichkeiten gibt, es bleibt für einzelne Angehörige das gelegentliche Mitwirken im Rettungsdienst – soweit die Ausbildung dafür ausreicht. Als weiterer Ausdruck für diese Unzufriedenheit bildeten sich in letzter

Zeit, meist aus Beständen des Katastrophenschutzes, sogenannte „Schnelle Einsatzgruppen“, für die aber bis jetzt die rechtlichen Grundlagen fehlen. Es stellt sich somit die Frage, ob bzw. mit welchen Modifikationen das Potential des Katastrophenschutzes bei Massenanfällen von Verletzten oder beim Ausrufen der Katastrophe zum Einsatz kommen kann.

Ausgangsthesen zur Umstrukturierung

– Der medizinische Katastrophenschutz ist in seiner heutigen Form nur sehr eingeschränkt einsetzbar. Die Konzeption beruht auf politischen Gegebenheiten, die sich grundlegend geändert haben.

– Der Katastrophenschutz entspricht nicht mehr den medizinischen Erfordernissen gemessen an den heutigen Erkenntnissen zur Behandlung von Katastrophenopfern.

Untertthesen

– Die Dimensionierung der Zuggröße sowie die fehlende feste Zuordnung innerhalb der Züge lassen ein rechtzeitiges Tätigwerden der Katastrophenzüge im Sinne der notwendigen medizinischen Versorgung unwahrscheinlich erscheinen.

– Die Aufgabenteilung zwischen den Zügen (z. B. eigene Transporteinheiten) birgt die Gefahr der Behinderung oder Neutralisierung der anderen Zugteile.

– Durch Mehrfachverplanung in verschiedenen katastrophenschutzrelevanten Organisationen ist ein Tätigwerden im vorgesehenen Umfang unwahrscheinlich.

– Der medizinische Kenntnisstand der vorgehaltenen Helfer ist nicht ausreichend.

anhand der durchgeführten diagnostischen Maßnahmen sowie die daraus folgende adäquate Behandlung, sei es als selbständige Maßnahme oder als Assistenz des behandelnden Arztes, überprüft. Es ergab sich, daß die geforderten Maßnahmen vom Rettungsdienstpersonal in 80 bis 100 Prozent zufriedenstellend gelöst wurden, während das Katastrophenschutzpersonal nur in 30 bis 50 Prozent zufriedenstellende Leistungen zeigte (Abbildung 4). Es ergab sich jedoch auch, daß eine gelegentliche Tätigkeit des Katastrophenschutzpersonals im Rettungsdienst die Kenntnisse dieses Sanitätspersonals auf Rettungsdienstniveau anhebt oder gar noch darüberstehend erscheinen läßt (Abbildung 5). Es zeigte sich somit, daß, bedingt durch die hohe Motivation sowie durch die Einbindung in die praktische Tätigkeit, unabhängig vom Ausbildungsstand ein den heutigen medizinischen Erfordernissen gerecht werdendes Wissen erworben werden kann.

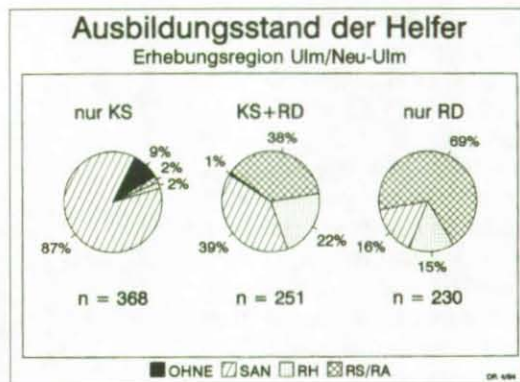
Vorgaben zur Umstrukturierung

- Der Bund zieht sich aus der Planung und Mitgestaltung des zivilen Katastrophenschutzes zurück.
- Die bundeseigenen Ausbildungsschulen sowie die Unterstützung der Landesschulen werden weitgehend abgebaut.
- Die Umsetzung muß zumindest in der ersten Phase kostenneutral möglich sein.
- Die Ehrenamtlichkeit der Helfer muß weiter bestehen bleiben.
- Die Schnittstellen zwischen Katastrophenschutz und Rettungsdienst müssen hergestellt werden.
- Die neu aufzustellenden Einheiten sind modular zu strukturieren.
- Die Stationierung der Einsatz-einheiten sollte dezentral erfolgen.
- Der medizinische Wissensstand des Katastrophenschutzpersonals muß verbessert werden.
- Das im Katastrophenschutz zur medizinischen Versorgung verwendete Material muß dem Rettungsdienst angeglichen und standardisiert werden.

Spezifisch-medizinische Vorgaben

- Aus medizinischen Überlegungen muß die Erstversorgung

Abbildung 3: Ausbildungsstand der Helfer, Erhebungsregion Ulm/Neu-Ulm, aufgeschlüsselt nach der Tätigkeit der Helfer (OHNE = ohne sanitäts- oder katastrophenschutzrelevante Ausbildung, SAN = Sanitätshelfer, RH = Rettungshelfer, RS/RA = Rettungs-sanitäter/Rettungs-assistent).



schwerverletzter Katastrophenopfer innerhalb von zwei Stunden erfolgt sein, ansonsten sinken die Überlebenschancen drastisch ab.

- Zur Planung von Versorgungs- und Transportkapazitäten müssen praxisnahe Versorgungs- und Transportzeiten angesetzt werden, als Vorgaben sind die aus dem Rettungsdienst bekannten Zeiten realistisch. Dabei muß wegen der notwendigerweise nicht optimalen medizinischen Versorgung ein Zeitabzug, andererseits jedoch wegen erschwerter logistischer Vorgaben wieder ein Zeitzuschlag eingerechnet werden, insbesondere die Transportzeiten können deutlich verlängert sein.

- Die Planung der aufzustellenden Einheiten darf nicht aus dem vorhandenen Personal und Material resultieren, sondern Größe und Anzahl der Einheiten sowie vorzuhaltendes Material müssen sich aus medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen ergeben.

Wenn grundsätzlich anerkannt wird, und alle bisherigen Untersuchungen sprechen eindeutig dafür, daß auch im Katastrophenfall primär die rettungsdienstlichen Strukturen als Grundlage dienen müssen, wird deutlich, daß dem herkömmlichen Sanitätszug mit seiner Größe und Schwerfälligkeit keine adäquate Bedeutung mehr zukommen kann.

Abbildung 4: Blutdruckmessung palpatorisch - Leistungen im Praxistest in Abhängigkeit von der Tätigkeit der Helfer.

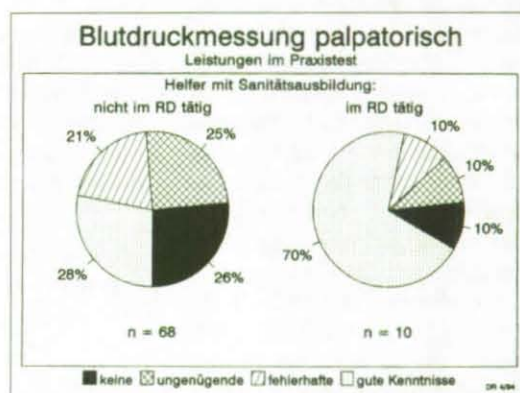
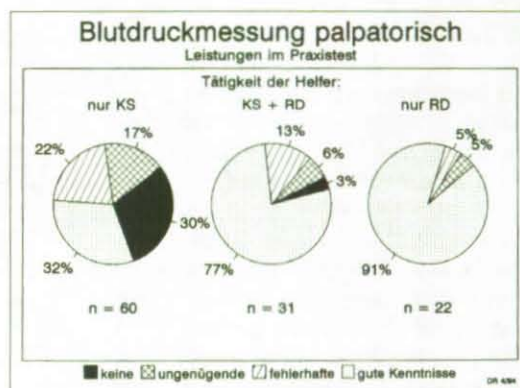


Abbildung 5: Blutdruckmessung palpatorisch - Leistungen von Sanitätshelfern in Abhängigkeit von einer Tätigkeit im Rettungsdienst.



Es ist somit festzuhalten, daß die Voraussetzung für eine Einsetzbarkeit die Neustrukturierung der Sanitätszüge ist, bzw. die Verwendung der Mittel, die in der Vergangenheit zur Finanzierung der Sanitätszüge zur Verfügung gestellt wurden, zur Erweiterung rettungsdienstähnlicher Strukturen dienen müssen. Dabei sollte das Konzept des Einsatzes in kleinen, autarken und mobilen Gruppen im Vordergrund stehen und weiter ausgearbeitet werden. Zum Einsatz vor Ort kommen somit Einheiten, die sowohl als selbständige Module als auch bei Bedarf im Sinne eines Baukastensystems zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden können. Dies bedeutet, daß wir nicht Bausteine für unterschiedliche Aufgaben vorhalten müssen, sondern in den einzelnen Bausteinen eine derartige Struktur geschaffen wird, daß sie selbständig funktionsfähig sind. Dieses Konzept würde auch dem unterschiedlichen Ausbildungsstand Rechnung tragen, so daß sowohl Arzt, Rettungssanitäter, Rettungshelfer und Sanitätspersonal für die jeweils definierten Aufgabenstellungen zum Einsatz kämen.

Der modulare Aufbau bringt eine feste Zuordnung der einzelnen Helfer zu ihren Positionen und Funktionen in der Einheit mit sich, somit kennt jeder Helfer seine Aufgabe.

Durch eine dezentrale Stationierung und die Zuordnung der Helfer zum nächstliegenden Standort kann eine Reduzierung der Ausrückzeiten erreicht werden, die für bisherige Sanitätszüge bei 1 bis 1,5 Stunden liegen. Eine Ausrückzeit von 10 bis 15 Minuten sollte angestrebt werden, um eine Hilfsfrist von 30 Minuten einhalten zu können.

Wir konnten nachweisen, daß eine nur gelegentliche Tätigkeit im Rettungsdienst, unabhängig vom vorgegebenen Ausbildungsstand, die praktischen Kenntnisse in den für die Akutversorgung wichtigsten Maßnahmen fast auf Rettungssanitäterniveau anheben kann. Wir müssen deshalb fordern, daß das Personal des Katastrophenschutzes, für das wir nach wie vor die Ehrenamtlichkeit als unabdingbar halten, sich nicht nur zur Gesellschaftsabenden mit theoretischer Weiterbildung zusammenfindet, sondern in die praktische Tätigkeit der Akutversorgung einbezogen wird.

Leichtverletzte Patienten N = 1 914				
NACA	Versorgung		Transport	
	N	Versorgungszeit	N	Fahrtzeit
1	522	14,2 ± 8,6	113	10,6 ± 6,9
2	340	15,6 ± 7,6	130	11,1 ± 7,8
3	1 052	17,6 ± 8,8	710	10,9 ± 6,3
Schwerverletzte Patienten N = 1 163				
NACA	Versorgung		Transport	
	N	Versorgungszeit	N	Fahrtzeit
4	636	19,9 ± 10,1	539	11,3 ± 7,8
5	380	27,1 ± 14,4	350	11,7 ± 6,8
6	147	35,4 ± 18,2	147	13,9 ± 4,9

Tabelle 1: Versorgungs- und Transportzeiten in Abhängigkeit vom Verletzungsschweregrad bei Notfallpatienten im Ulmer Rettungssystem von 1982 - 1992.

Natürlich unterscheidet sich der tägliche Einsatz im Rettungsdienst in vielen Punkten von einer Katastrophensituation. Zumindest das Führungspersonal des Katastrophenschutzes muß deshalb eine entsprechende katastrophenspezifische Schulung erhalten. Andererseits sind katastrophenmedizinische Kenntnisse im Rettungsdienst ebenso unabdingbar. Ein Wissen um katastrophenmedizinische Anforderungen ist im heutigen Rettungsdienst so gut wie nicht vorhanden, es entsteht somit die paradoxe Situation, daß zwar der Einzelpatient medizinisch optimal versorgt werden würde, aber übergeordnete Gesichtspunkte des Katastrophenschutzes unbeachtet blieben und somit ein geordneter Ablauf zur Bewältigung der Katastrophe verhindert werden könnte.

Personelle und materielle Ausstattung sowie der notwendige Wissensstand dürfen sich nicht an dem vorhandenen Potential orientieren, sondern müssen von den praktischen Erfordernissen abgeleitet werden. Ein wesentlicher Kritikpunkt an den bisherigen Katastrophenschutzmaßnahmen sowie auch an von verschiedenen Organisationen vorgelegten Neukonzepten ist die nicht mögliche qualifizierte Versorgung am Katastrophensort bzw. der nur mit sehr eingeschränkter Qualifikation mög-

liche Transport der Katastrophenopfer in nachfolgend weiterversorgende Kliniken. Versorgt und transportiert werden Katastrophenopfer verschiedener Schweregrade, die unterschiedlichen personellen, materiellen und zeitlichen Aufwand erfordern. Aus Gründen der Praktikabilität werden leicht- und schwerverletzte Patienten unterschieden. Als objektives Beurteilungskriterium hat sich im Rettungsdienst die Zustandsbeschreibung des Patienten nach dem NACA-Index bewährt, wobei Leichtverletzte dem Schweregrad 1 bis 3 und Schwerverletzte dem Grad 4 bis 6 zugeordnet werden (Tabelle 1).

(wird fortgesetzt)

**KOMM MIT!
SPENDE
BLUT**
BEIM ROTEN KREUZ 













„Qualität vor Quantität“

Der Grundsatz des THW-Neukonzepts hat auch für die neuen taktischen Einheiten Gültigkeit – Einsatztaktik, Stärke und Ausstattung zukunftsorientiert ausgerichtet

Der Technische Zug (TZ) ist die Basiseinheit des THW. Er besteht aus Komponenten des bisherigen Bergungs- und Instandsetzungsdienstes und anderer organisationseigener Einheiten. Sein Einsatz erfolgt in modularer Weise, angepaßt an die Erfordernisse der Schadensbekämpfung. Dabei sind Personal und Technik auf eine weitgehende Verzahnung der örtlich vorhandenen TZ-Gruppen mit überörtlich oder überregional beistellbaren THW-Fachgruppen ausgerichtet.

Der TZ, bestehend aus dem Zugtrupp, den beiden Bergungsgruppen und einer Fachgruppe, hat grundsätzlich eine Stärke von $1/10/29=40$ (+20), das heißt 1 Zugführer, 10 Unterführer, 29 Helfer sowie zusätzlich 20 Reservehelfer bilden den Zug. Die drei Gruppen des TZ haben jeweils eine Stärke von $-/3/9=12$ (+6).

Ausnahmen bilden die Fachgruppen Brückenbau, Trinkwasserversorgung und Ölschaden. Diese haben eine Stärke von $-/4/14=18$ (+9). Hier wurde die Stärke wegen der zu erwartenden Verwendung im Ausland erhöht. Dadurch ergibt sich hier eine Gesamtstärke der betroffenen TZ von $1/11/34=46$ (+23).

TZ		Technischer Zug		TZ	
1/10/29=40 (→20)		Technischer Zug		STAN-Nr.: - -	Stand: 11/94
Der Technische Zug leistet umfassende technische Hilfe zur Rettung von Menschen und Tieren sowie zur Erhaltung von Sachwerten bei Gefahrenlagen, einschließlich Wassergefahren. Er führt Erkundungs-, Sicherungs- und Bergungsarbeiten an Schadenstellen durch, überbrückt vorübergehend ausgefallene Infrastruktur, leistet Räumarbeiten und richtet Wege und Übergänge her. Ferner unterstützt er Behörden, Organisationen und andere Stellen bei der Gefahrenabwehr.					
TZ	1		MTW		
	2				
	4				
	6		ZFü TrFü		Reserve
B1	3		GKW I		
	9				Anhänger 5/7t
	12				
	18		GrFü TrFü		TrFü
					Reserve
B2	3		GKW II		
	9				
	12				
	18		GrFü TrFü		TrFü
					Reserve
FG	Die jeweils dritte Gruppe ist variabel und ist eine technische Fachgruppe (★Veränderung bei FGr-Stärke $-/4/14=18$)				

Der TZ im Detail

Zugtrupp

Der ZTr führt den TZ. Ihm obliegt die taktisch-organisatorische Abwicklung des Einsatzes. Er erteilt Einsatzaufträge, die die Gruppenführer fachlich-technisch in eigener

Verantwortung mit ihren Gruppen ausführen.

Personal und Technik:

- 1 Zugführer, 1 Zugtruppführer, 2 Helfer (und 2 Reservehelfer)
- Mannschaftstransportwagen (MTW), 1,5 t, geschlossen, Kombi, 1 + 8 Plätze
- Die Geräteausrüstung des ZTr umfaßt neben Kommunikations-

und Führungsmitteln auch Geräte zur Verkehrssicherung, Ersterkundung sowie Meß- und Warngeräte.

1. Bergungsgruppe

Die 1. BGr ist die universellere Gruppe im TZ. Sie ist auf die Bewältigung eines breiten Aufgabenspektrums ausgerichtet. In der Regel wird die 1. BGr auch zuerst zum Ein-

satz kommen (Schnelleinsatz-Gruppe).

Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Gerätekraftwagen I (GKW I), 7 t, geländegängig, Winde, geschlossen/Kofferaufbau, 1 + 8 Plätze
- Anhänger, 7 t, 2-Achs, Plane/Spiegel
- Die Geräteausstattung der 1. BGr ist weitgehend absetzbar, tragbar und autark einsetzbar (Eigenantrieb). Die zeitgemäße Ausstattung beinhaltet u. a. hydraulische und pneumatische Hebe- und Trenngeräte, Tauchpumpen, Stromerzeuger sowie Rettungsgeräte und Handwerkszeug.

2. Bergungsgruppe

Die 2. BGr ist neben einer Grundausrüstung – die der Ausstattung der 1. BGr weitgehend ähnelt – mit zusätzlichen, schwereren Komponenten ausgerüstet. Insbesondere im Bereich der Erzeugung von elektrischer, pneumatischer und hydraulischer Energie und entsprechenden Endgeräten hierzu.

Personal und Technik:

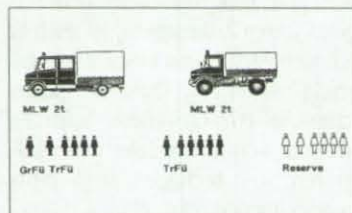
- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Gerätekraftwagen II (GKW II), 7 t, geländegängig, geschlossen/Kofferaufbau, 1 + 8 Plätze
- Die Geräteausstattung der 2. BGr eröffnet taktische Alternativen. Der Stromerzeuger (50 kVA) versorgt ganze Einsatzstellen/-abschnitte mit elektrischer Energie. Der Atemluftkompressor (300 bar) befüllt Atemluftflaschen des TZ (insgesamt 8 bis 10 Atemschutzgeräte je TZ) sowie die Druckluftflaschen für Hebekissenbetrieb und Druckluftwerkzeuge. Das Hydraulik-Aggregat versorgt die Betonkettensäge bzw. Schere und Spreizer. Der Lichtmast mit Flutlichtscheinwerfern (6 kW) leuchtet Schadenstellen großräumig aus.

In der neuen Struktur des THW ist der GKW II „Schwerpunktfahrzeug“. Er verfügt über eine verstärkte Ausstattung zur Erzeugung und Verteilung von elektrischer, pneumatischer und hydraulischer Energie. Insbesondere in Verbindung mit der Fachgruppe Infrastruktur versetzt der GKW II den TZ in die Lage, die Einsatzstelle wie eine „Baustelle“ (über Verteiler) zu organisieren. (Foto: Glass)

Durch zwölf Fachgruppen komplettiert

Fachgruppe Infrastruktur

Die FGr I erbringt die Grundleistung des THW auf dem Gebiet des bisherigen Instandsetzungsdienstes und ist die am häufigsten vertretene Fachgruppe in den TZ (fast in jedem dritten TZ). Sie ist für die Ebene der Haus-/Gebäudeanschlüsse zuständig. Das heißt, sie ist ausgerüstet, um in Ver- und Entsorgungssystemen mit den Leitungsdimensionen tätig zu werden, wie sie ab dem Übergabepunkt der Versorgungsunternehmen zu und in Gebäuden vorkommen.



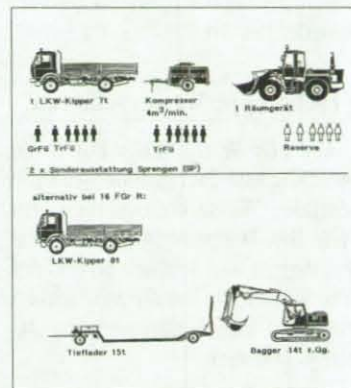
Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- 2 Mannschaftslastwagen (MLW) – Typ 1: MLW 3 t, hier werden die bisherigen MKW (ehemalige BZ) verwendet – Typ 2: MLW 2 t, geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 Plätze
- Die Geräteausstattung der FGr I ist vollständig absetzbar, tragbar und

weitgehend autark einsetzbar. Sie umfasst ein breites Spektrum an Werkzeug und Geräten für Arbeiten an Elektro-, Wasser- und Abwasserleitungen sowie in beschränktem Umfang für Gasanlagen und zur Bekämpfung kleiner Ölschäden.

Fachgruppe Räumen

Die FGr R arbeitet bei der „schweren“ Bergung und der Räumung zusammen mit den Bergungsgruppen unter Einsatz des Räumgerätes (Radlader oder Bagger), des Kippers, des Kompressors mit Bohr- und Aufbrechhämmern und ggf. mit der Sprengausstattung. Die neu eingeführten Bagger sind – zusammen mit entsprechenden Tiefladern und Zugmaschinen – jeweils zweimal pro LV statt Radlader vorgesehen und bilden in den Fällen eine wertvolle Ergänzung, wo die Leistungen von Radladern ihre Grenzen finden. Die Aufgabenzuordnung der beiden Trupps wird fachlich getrennt in die Bereiche Räumen und Sprengen.

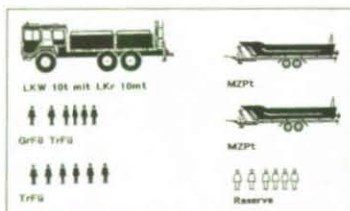


Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen/Kipper (LKW/Kipper), 7 t Nutzlast, Winde, Allrad, 1 + 2 Plätze (alternativ an 16 Standorten zusammen mit Tieflader und Bagger: LKW 8 t Nutzlast, Winde, Allrad, 1 + 2 Plätze)
- Bergungsräumgerät (BRmG) – Typ 1: Mehrzweck-Radlader, 13 t zGG, Allrad, mit Klappschaufel 2 m, Palettengabel, Baggerarm mit Tiefloflöffel, Zweischalengreifer, Polygreifer, Hydraulikhammer, 1 + 1 Plätze; Typ 2: Mehrzweck-Bagger, 14 t zGG, Raupenfahrwerk, mit Tiefloflöffel 0,6 cbm, Greiferloflöffel, Hydraulikhammer, 1 Platz
- Drucklufizerzeuger-Anhänger (Anh.Kompressor), 8 bar, 4 cbm/min, schallgedämmt, 2 Anschlüsse, 1-Achs
- Tieflader-Anhänger (Anh.Tieflader), 15 t Nutzlast, 2-Achs
- Die Geräteausstattung der FGr R beinhaltet über die Anbaugeräte und das Zubehör der Fahrzeuge hinaus zwei Sätze Sprengausstattung zur Durchführung von Sprengungen verschiedenster Art.

Fachgruppe Wassergefahren

Die FGr W – mit der FGr R die zweithäufigste Fachgruppe – ist die zentrale Wasserdienstleistung im THW. Ihre Hauptaufgabe ist das Retten, Bergen und Arbeiten an und auf dem Wasser. Sie hat die Möglichkeit zum Bau von schwimmenden Arbeitsplattformen.



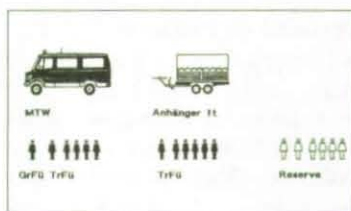
Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen mit Ladekran 10 m (LKW 10 t mit Lkr 10 m), geländegängig, 3-Achs, Aufnahmeanschlüsse für Zusatzgeräte (mit Drehmotor), 1 + 2 Plätze,
- 2 Mehrzweckpontons (MZPt), 2 t Nutzlast, Innenbordantrieb, Bugklappe, 1 + 9 Plätze, mit Bootstransportanhänger (Anh.Pt), 2 t Nutzlast, 1 Tandem-Achse, Slipeinrichtung

- 2 Schlauchboote (SchlB) – Typ 1: 1 t Nutzlast, feste Unterschale/Kiel, mit Außenbordmotor (Aubo) 20 PS/15 kW; Typ 2: wie Typ 1 ohne Aubo, mit Bootstransportanhänger (Anh. SchlB), ca. 500 kg Nutzlast, 1-Achs, Slipeinrichtung
- Die Geräteausstattung der FGr W beinhaltet die entsprechenden Boots- und Fahrausstattungen, Sicherheits- und Rettungsmittel und eine verstärkte Funkausstattung. Die Gerätschaften werden in einem 10-Fuß-Container transportiert.

Fachgruppe Ortung

Die FGr O schafft die Voraussetzungen für die Rettung Verschütteter, indem sie die Lage von Personen ermittelt. Ihre Einsatztaktik setzt auf die Kombination von Bergungsspezialisten, qualifizierten Rettungshunden und elektronischem Ortungsgerät, deren Zusammenspiel auch in schwierigsten Lagen einen Rettungserfolg verspricht. Darüber hinaus kann die FGr O weitere Aufgaben wie z.B. Vermißtensuche oder Aufspüren von Leckagen an Versorgungsleitungen übernehmen.

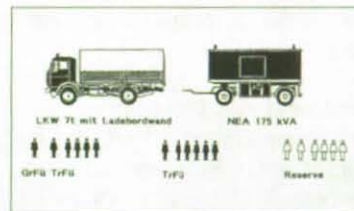


Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Mannschaftstransportwagen (MTW), geschlossen, 1,5 t Nutzlast, Kombi, 1+8 Plätze
- Anhänger (Anh.1 t), 1 Tandem-Achse, Plane/Spriegel
- Die Geräteausstattung der FGr O umfasst verschiedene elektronische Ortungsgeräte, eine spezifische Rettungshundeausrüstung, Geräte zur Ersterkundung, Sanitäts-, Rettungs- und Sicherungsgerät.

Fachgruppe Elektroversorgung

Die FGr E ist das „mobile Elektrizitätswerk“ des THW. Neben der Stromerzeugung und -Einspeisung ist die FGr E auch in der Lage, zur Unterstützung der Energieversorgungsunternehmen Reparaturen auf der Ebene des Mittel- und Nie-



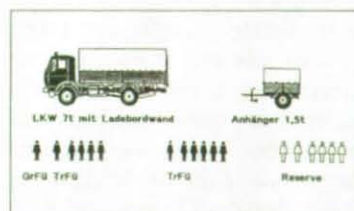
derspannungsbereiches vorzunehmen.

Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen mit Ladebordwand (LKW 7 t Lbw), geländegängig, Plane/Spriegel, 1 + 2 Plätze
- Netzersatzanlage-Anhänger (Anh. NEA 175 kVA), 175 kVA, 230–400 V DS, 50 Hz, 2-Achs
- Die Geräteausstattung der FGr E beinhaltet umfangreiches Leitungs- und Verteilermaterial, außerdem eine Vielzahl von Spezialwerkzeug, Prüf- und Meßgeräten für Arbeiten am Mittel- und Niederspannungsnetz oder -anlagen, verschiedene Hilfs- und Sicherungsgeräte sowie eine erweiterte Funkausstattung.

Fachgruppe Wasserschaden/Pumpen

Die FGr WP ist mit einer Pumpenleistung von etwa 15 cbm/min das leistungsstärkste Instrument des THW bei der Bekämpfung von Überflutungen.

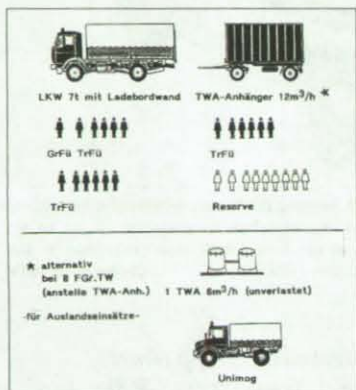


Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen mit Ladebordwand (LKW 7 t Lbw), geländegängig, Plane/Spriegel, Einbaupumpe, 1 + 2 Plätze
- Anhänger (Anh. 1,5 t), 1-Achs
- Die Geräteausstattung der FGr WP umfasst unterschiedliche Pumpentypen in Leistungsklassen von 1.000 bis 5.000 l/min mit Korndurchlässen bis zu 100 mm. Darüber hinaus verfügt die FGr WP über spezifische Geräte, beispielsweise für Arbeiten in Abwasseranlagen, sowie eine erweiterte Funkausstattung.

Fachgruppe Trinkwasserversorgung

Die **FGr TW** ist in der Lage, Trinkwasser aufzubereiten, zu transportieren, zu fördern und zu verteilen. Zusätzlich kann sie Trinkwassernetze und -förderstrecken instandsetzen oder errichten.

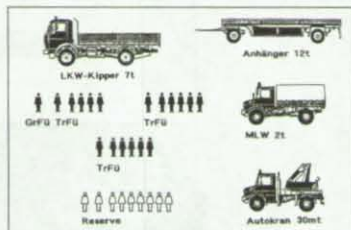


Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 3 Truppführer, 14 Helfer (und 9 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen mit Ladebordwand (LKW 7 t Lbw), geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 Plätze
- Trinkwasseraufbereitungsanlage-Anhänger (Anh. TWA/Cont.), Container 20 ft, Partikel-Filtration, Leistung ca. 12 cbm/h, alternativ Sand- oder Anschwemm-Filtration, auf Anhänger, 12 t Nutzlast, 2-Achs, Container-Plattform (Für den schnellen Einsatz zur Wasserversorgung im Ausland erhalten acht Fachgruppen Trinkwasserversorgung anstelle des TWA-Anhängers je einen Mannschaftslastwagen, 2 t Nutzlast, geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 + 6 Plätze, mit verlasteter Trinkwasseraufbereitungsanlage, zerlegbar, Leistung 6 cbm/h)
- Die Geräteausrüstung der FGr TW umfaßt insbesondere Pumpensätze für Roh- und Trinkwasser, eine Wasserinstallationsausrüstung, Meßgeräte zur Wasseranalyse (Wasserlabor) sowie Fall- und Wassertransportbehälter.

Fachgruppe Brückenbau

Die **FGr BrB** ist überregional einzusetzen. Die von ihr errichteten Brücken werden zumeist aus vorgefertigten Teilen zusammengefügt. Die FGr BrB ermöglicht bei Beschädigung von Übergängen und Brücken kurzfristigen Ersatz. Ihre Aufgabe, Brücken und ähnliche Bauwerke



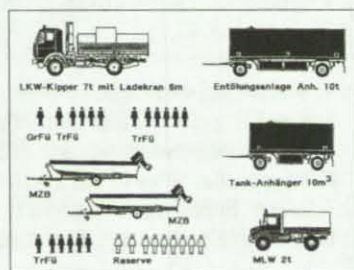
ke auch aus handelsüblichen Baustoffen zu errichten, kann auf allgemeine Bauarbeiten ausgedehnt werden.

Personal und Technik:

- 1 Brückenbauleiter/ Gruppenführer, 3 Truppführer, 14 Helfer (und 9 Reservehelfer)
- Lastkraftwagen/Kipper (LKW/Kipper), 7 t Nutzlast, Winde, 1 + 2 Plätze bzw. LKW 10 t Nutzlast, 3-Achs, Winde
- Mannschaftslastwagen (MLW 2 t), geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 + 6 Plätze
- Autokran 30 mt, 14 t zGG, geländegängig, 2-Achs, 1 + 2 Plätze, Kranseilwinde, Aufnahmeanschlüsse für Zusatzgeräte (mit Drehmotor)
- Anhänger 12 oder 24 t Nutzlast (Anh. 12/24 t), 2-Achs, Containerplattform
- Die Geräteausrüstung der FGr BrB umfaßt u. a. Geräte zum Heben und Ziehen von Lasten, Erdbohrgerät und Explosionsstampramme, Vermessungsgeräte, ein Schlauchboot mit festem Kiel sowie eine erweiterte Funkausrüstung.

Fachgruppe Ölschaden

Die **FGr Ö** ist überregional einzusetzen. Der Einsatz erfolgt im Großschadensfall mit Mineralöl und chemisch ähnlichen Produkten. Die FGr Ö kann hohe Ölkonzentrationen aufnehmen und separieren. Ihre besondere Stärke liegt darin, bei geringen Verunreinigungsanteilen einen Reinigungsgrad bis zur Einleitungsqualität in Oberflächengewässer zu erreichen.

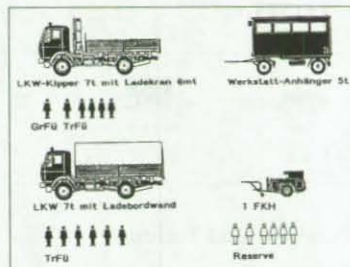


Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 3 Truppführer, 14 Helfer (und 9 Reservehelfer)
- Lastkraftkraftwagen mit Ladekran 6 m (LKW 7 t / Lkr 6 mt) 7 t Nutzlast, geländegängig, Kipper, 1 + 2 Plätze bzw. LKW 10 t Nutzlast, 3-Achs, Ladekran 6 mt
- Mannschaftslastwagen (MLW 2 t), geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 + 6 Plätze
- Entölungsanlage (Anh. MÖLA), Leistung ca. 100 cbm/h (28 l/s), auf Anhänger, 10 t Nutzlast, 2-Achs
- Tankanhänger (Anh. Tank), Fassungsvermögen 12 cbm, auf Anhänger, 10 t Nutzlast, 2-Achs, GGVS-Zulassung
- Mehrzweckboot (MZB/Aubo), 6 m, 1 t Nutzlast, Außenbordmotor (Aubo) 50 PS / 37 kW, mit Bootsanhänger (Anh. MZB), 1 t Nutzlast, 1-Achs, Slipeinrichtung
- Die Geräteausrüstung der FGr Ö beinhaltet Ölförderpumpen und Zubehör, Ölsperren, Skimmerausrüstung, Ölwehrgeräte, spezielle Meßgeräte sowie eine erweiterte Funkausrüstung.

Fachgruppe Logistik

Die **FGr Log** ist das zentrale „Serviceunternehmen“ für alle THW-Einheiten im THW-Geschäftsführerbereich. Sie versorgt die Einheiten im Einsatz mit Verbrauchsgütern, Verpflegung und durch Maßnahmen zur Materialerhaltung. Die Aufgaben der beiden Trupps werden fachlich getrennt in die Bereiche Verpflegung und Materialerhaltung/Verbrauchsgütertransport.



Personal und Technik:

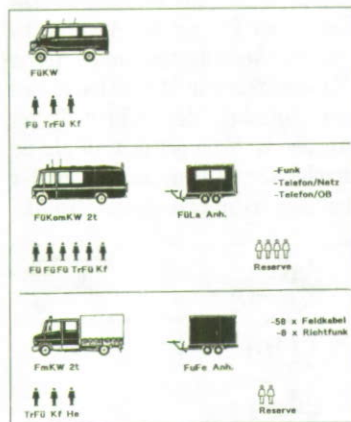
- 1 Gruppenführer, 2 Truppführer, 9 Helfer (und 6 Reservehelfer)
- Lastkraftkraftwagen mit Ladekran 6 m (LKW 7 t / Lkr 6 m), 7 t Nutzlast, geländegängig, Kipper, 1 + 2 Plätze
- Lastkraftwagen mit Ladebordwand (LKW 7 t Lbw), geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 Plätze

- Werkstattanhänger (Anh. Wkst.), 5 t Nutzlast, 2-Achs, Koffer geschlossen
- Feldkochherd (Anh.FKH), Verpflegungskapazität ca. 200 Portionen, auf Anhänger, 1-Achs
- Die FGr Log verfügt neben vielfältigen Küchengeräten über eine umfangreiche Kfz-Prüf-, Werkzeug- und Ersatzteilausstattung. Für Transportaufgaben stehen ihr verschiedene Behältersätze sowohl für Lebensmittel als auch für sonstige Materialien sowie Betriebsstoffe zur Verfügung.

Fachgruppe Führung und Kommunikation

Die **FGr FK** führt die THW-Einheiten grundsätzlich dann, wenn mehr als zwei TZ eingesetzt sind. Sie richtet in Zusammenarbeit mit dem Anforderer oder eingebunden in dessen Führungsstruktur eine THW-Einsatzleitung (THW-EL) ein und betreibt sie. Diese THW-EL ist die zuständige Ansprechstelle für alle Einsatzaufträge und Anforderungen der für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörde/Stelle.

Die FGr FK besteht aus drei Trupps: Führungstrupp, Führungs- und Kommunikationstrupp sowie Fernmeldetrupp.



Personal und Technik:

Führungstrupp (FüTr):

- 1 Führer/THW-Einsatzleiter, 1 Truppführer, 1 Helfer
- Führungskraftwagen (FüKW), 1,5 t, geländegängig, geschlossen, Kombi, 1 + 8 Plätze

Führungs- und Kommunikationstrupp (FüKomTr):

- 3 Führer (S 3/2, S 1/4, Leiter Fm-Dienst), 2 Truppführer (Fm-Be-



Der Fachgruppe Führung und Kommunikation kommt im Einsatzgeschehen besondere Bedeutung zu. Aufgrund ihrer personellen und technischen Konzeption ist sie in der Lage, neben dem THW auch andere Einheiten in die Kommunikation einzubinden. Das Foto zeigt einen Prototyp des Führungskraftwagens (FüKW). (Foto: Hilberath)

trieb), 1 Helfer (und 4 Reservehelfer)

- Führungs- und Kommunikationskraftwagen (FüKomKW), 3 t, geschlossen, Kombi, 1 + 5 Plätze
- Führungs- und Lage-Anhänger (FüLaAnh), Falcontainer, ausklappbar auf ca. 6 x 3 m, 2 t Nutzlast, 1 Tandem-Achse

Fernmelde-Trupp (FmTr):

- 1 Truppführer, 2 Helfer (und 2 Reservehelfer)
- Fernmeldekraftwagen (FmKW), 2 t Nutzlast, Doppelkabine, Plane/Spiegel, 1 + 6 Plätze
- Funk- und Fernsprechanhänger (FuFeAnh.), 2 t Nutzlast, 1 Tandem-Achse

Über die Grenzen aktiv

Fachgruppe SEEBA

Die **Schnelleinsatzeinheit** für **Bergungseinsätze** im **Ausland** nimmt in der THW-Struktur eine Sonderstellung ein. Um nach schweren Schadensereignissen im Ausland schnell technische Hilfe zur Rettung von Menschenleben leisten zu können, hat die Bundesregierung 1986 die SEEBA aufstellen lassen. Die SEEBA ist eine Zusammenfassung von Spezialisten des THW, die ständig durch besondere Ausbildung auf Auslandseinsätze vorbereitet werden. Die SEEBA-Gruppen kommen im Bedarfsfall in kürzester Zeit zusammen.

Im Einsatzfall bilden drei Fachgruppen SEEBA in Verbindung mit dem Logistik- und dem Führungstrupp (in Zweitfunktion) die SEEBA mit einer Stärke von $1/6/16/47=70$.

Personal und Technik:

- 1 Gruppenführer, 3 Truppführer, 1 Schirrmeister, 13 Helfer (und 9 Reservehelfer)
- Geländekraftwagen (GLKW), 0,5 t Nutzlast, geschlossen, 1 + 4 Plätze, luftverlastbar oder alternativ
- Mannschaftslastwagen (MLW), 2 t Nutzlast, geländegängig, Plane/Spiegel, 1 + 2 + 6 Plätze, luftverlastbar

Die Geräteausstattung der FGr SEEBA wird charakterisiert durch Ortungsgeräte, Schneid- und Schweißgerät, Spreiz- und Trennwerkzeug, schwere Hebezeuge, Bohr- und Aufbruchwerkzeug, Stromerzeuger, Beleuchtungsausstattung, Rettungsgeräte, Gaswarngeräte.

Waldbrandbekämpfung mit moderner Technik

Vorführung neuer Technologien zur Bekämpfung von Waldbränden auf dem Truppenübungsplatz Lehnin in Brandenburg

Neue Lösungsverfahren und Technologien zur Bekämpfung von Waldbränden standen auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Lehnin (Landkreis Potsdam-Mittelmark) im Mittelpunkt einer großangelegten Vorführung. Eingeladen hatte hierzu das Innenministerium des Landes Brandenburg. Beate Coellen, Leiterin des Referates Brand- und Katastrophenschutz, konnte zu der Veranstaltung zahlreiche Gäste begrüßen. Das Interesse an den in der Einladung angekündigten unterschiedlichen Brandbekämpfungsverfahren und neuer Technik auf dem Gebiet der Waldbrandbekämpfung war groß, und so drängten sich auf einem „Feldherrnhügel“ sowie zusätzlich aufgestellten Plattenwagen Vertreter von Bundesministerien, Länderinnenministerien, der Landkreise und kreisfreien Städte, Leiter von Berufsfeuerwehren, Kreisbrandmeister, Vertreter von Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschulen, Forstbehörden, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz.

Beate Coellen ging in ihrer Ansprache auf den Hintergrund der Veranstaltung ein. Die Waldbrandbekämpfung mit moderner Technik sei für das Land Brandenburg von großer Bedeutung, weil es zu den waldbrandgefährdetsten Regionen Europas gehöre. Gegenwärtig hätten Unternehmen der Feuerlöschindustrie neue Löschmittel und Brandbekämpfungsverfahren entwickelt, die für die tägliche Gefahrenabwehr von großem Interesse seien. Einige davon würden sich auch für die Waldbrandbekämpfung eignen. „So wurde unsere Idee geboren, diese verschiedenen Verfahren und Technologien konzentriert an einem Tag

im Land Brandenburg zu demonstrieren und zu beurteilen“, sagte Frau Coellen. Sie hoffe, daß die in großer Zahl erschienenen Brandschutz- und Sicherheitsexperten möglichst viele neue Erkenntnisse für ihre praktische Arbeit mit nach Hause nehmen könnten.

Hohes Brandrisiko

Zur vertiefenden Information über den Brandschutz im Land Brandenburg erhielten die Gäste eine Broschüre, aus der im folgenden zum besseren Verständnis der besonderen Waldbrandvorsorge- und -bekämpfungsmaßnahmen des neuen Bundeslandes in Auszügen zitiert wird:

„Brandenburg ist mit Abstand das waldbrandgefährdetste Bundesland. Die rund 1,01 Millionen Hektar Waldfläche – entspricht etwa 35 Prozent der Landesfläche – sind nach der jüngsten Einstufung der Waldregionen Europas in Brandrisikoklassen durch die EU-Kommission in die höchste Stufe, vergleichbar mit Südfrankreich, Korsika und Südspanien, eingeordnet worden.

Die vorherrschende Baumart in Brandenburg ist die stark waldbrandgefährdete Kiefer. Durch die kargen, sandigen Böden kommt sie

teilweise in Monokulturen vor. Aber auch andere Waldbrandrisiken spielen eine wichtige Rolle. So ist der Grundwasserspiegel in den letzten zehn Jahren um ein bis zwei Meter gesunken. Auch nahm die durchschnittliche Jahresniederschlagsmenge von 560 mm auf 330 mm pro Quadratmeter ab. Die Situation wird im südlichen Brandenburg u. a. durch großflächige Tagebaue, Kohlenstaubablagerungen und Grubenbahnen noch verschärft.

Der technische Ausrüstungsstand der Brandenburger Feuerwehren ist befriedigend, reicht aber bei weitem nicht an den Stand der Altbundesländer heran. Insbesondere fehlen in Brandenburg Tanklöschfahrzeuge. Als Ausgleich werden bei akuter Waldbrandgefahr Wassertransportfahrzeuge HTS 100 (10.000 Liter Wasserinhalt) angemietet. Besonders eignen sich für die Waldbrandbekämpfung auf Grund der Geländegängigkeit die im Land dislozierten Löschfahrzeuge vom TYP LF 8-TS 8-STA auf Robur-Fahrgestellen.

Vier Waldbrandwarnstufen

Als Kriterien der aktuellen Waldbrandgefahr wurden im Land Brandenburg vier Waldbrandwarnstufen eingeführt:



Zahlreiche Brandschutz- und Sicherheitsexperten haben sich auf dem Truppenübungsplatz Lehnin eingefunden.

- I = Waldbrandgefahr
- II = erhöhte Waldbrandgefahr
- III = hohe Waldbrandgefahr
- IV = höchste Waldbrandgefahr

Je nach Warnstufe werden die insgesamt 110 Feuerwachtürme im Land besetzt. Ab der Warnstufe IV überwachen Piloten in Flächenflugzeugen vom Typ 'Cessna' drei Schwerpunktgebiete. Kommt es zu einem Einsatz, können die Brandschutzkräfte am Boden durch fünf Löschflugzeuge vom Typ M 18 Dromedar mit einem Fassungsvermögen von 2000 Liter Wasser unterstützt werden.

Zur Lageeinschätzung steht dem Einsatzleiter der Feuerwehr ein Hubschrauber oder ein Flugzeug Typ 'Cessna' zur Verfügung. Kürzlich wurde die Einrichtung der Funkwelle 'Forst' abgeschlossen. Entsprechende Funkgeräte sind in den Ämtern für Forstwirtschaft, den Oberförstereien sowie auf den Feuerwachtürmen installiert worden.

In den Feuerwehren wurden 1994 insgesamt 61 spezielle Waldbrand-Tanklöschfahrzeuge in ausgewählten Landkreisen in Dienst gestellt. Die landeseigenen Katastrophenschutz-Einheiten (Brandschutz) erhielten 14 geländegängige Führungsfahrzeuge und 63 Kräder zur Verbesserung ihres Ausrüstungsstandes.

Weiterhin werden an der Landesprüfstelle für Feuerwehrentechnik, Borkheide, sechs Löschwasser-Außenlastbehälter mit je einem Fassungsvermögen von 5000 Litern vorgehalten, die mit dem Großhubschrauber CH 53 der Bundeswehr zum Einsatz kommen. Die Landesprüfstelle hat in enger Zusammenarbeit mit der Polizeihubschrauberstaffel des Landes Brandenburg eine technische Möglichkeit entwickelt, die den Einsatz der Behälter (bis 2000 Liter Wasser) auch mit Hubschraubern M 18 und 'Puma' der Polizei bzw. des Bundesgrenzschutzes ermöglicht.

Daneben wurden weitere Maßnahmen eingeleitet: So wurde vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Studie 'Automatisiertes Waldbrand-Früherkennungssystem' in Auftrag gegeben. Das Landesinnenministerium erstellt zur Zeit in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Analyse zu Brandgefahr-

ren – insbesondere Waldbrand – in Liegenschaften der ehemaligen Westgruppe der russischen Streitkräfte. Um einen schnellen Einsatz ab der Waldbrandwarnstufe IV zu sichern, wurde mit dem Wehrbereichskommando VIII abgesprochen, daß an den Wochenenden 100 Soldaten zur Waldbrandbekämpfung in Bereitschaft stehen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen führt das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorbeugende Waldbrand-Schutzmaßnahmen durch. Hierzu zählen u. a. die Verbesserung der Löschwasserversorgung (Anlegen von Löschteichen) sowie der Bau bzw. die Rekonstruktion von Feuerwachtürmen.“

Beindruckende Demonstrationen

Der Reigen der Vorführungen moderner Brandschutztechnik wurde eröffnet mit der Demonstration des Brandschutzprodukts EUCAM. Eine klare, farb- und geruchlose viskose Masse, die auf der Basis organischer Verbindungen von einer Firma in Dillingen/Saar hergestellt wird und über ein vielseitiges Anwendungsspektrum verfügt. Bei hohen Temperaturen bläht sich EUCAM bis zum 250fachen seines Volumens auf, wodurch die Luftsauerstoffzufuhr für einen Verbrennungsprozeß unterbunden wird. Die Isolierschicht des Dämmschaums schützt Werkstoffe und Bauteile von außen und bewirkt den gewünschten Feuerwiderstand. Eindrucksvoll wurde die flammhemmende Wirkung anhand von Strohballen und Kleidung, die teilweise mit dem Produkt behandelt waren, aufgezeigt.

Das Produkt kann auch als Löschwasserzusatz bei der Wald-

brandbekämpfung eingesetzt werden. Benötigt werden hierzu auf Kleinfahrzeugen installierte Hochdruckpumpensysteme. Sie eignen sich besonders zur Brandbekämpfung in der Anfangsphase von Waldbränden und zur Restablösung.

Ein weiterer Hersteller beeindruckte die Zuschauer mit seinem Produkt HYDREX, eine Mischung auf Polymerbasis mit organischen Stoffen, die in Verbindung mit Wasser zu Gel aufquillt. Das Polymer schließt das Wasser ein, bindet es und verhindert so ein Abfließen bzw. vorzeitiges Verdampfen des Wassers. Dies führt zur schnelleren Reduzierung der Kernbrandtemperatur, so daß ein Löschen mit weniger Wasserverbrauch (bis zu 70 Prozent Ersparnis) möglich ist. HYDREX kann problemlos und ohne größeren Aufwand dem jeweiligen Löschwasservorrat im Verhältnis 1-1,5:100 zugemischt werden. Löschdemonstrationen zeigten den Einsatzwert des Produkts auf, wobei auch die Verwendung von HYDREX mit Hochdrucktechnik dargestellt wurde. Innerhalb kurzer Zeit konnten mit einer sehr geringen Wassermenge sechs Autoreifen abgelöscht werden.

Eine besondere Attraktion der Vorführungen an diesem leider verregneten Freitag war der Einsatz des Hochleistungslöschfahrzeugs PHF 15T. Das speziell für die Waldbrandbekämpfung konzipierte Kettenfahrzeug auf der Basis eines demilitarisierten Fahrgestells des Kampfpanzers Typ Leopard I verfügt über eine hohe Manövrierfähigkeit und Beweglichkeit im Gelände bei geringem Bodendruck.

Das Fahrzeug ist mit einem 20.000 Liter fassenden Wassertank und einer ferngesteuert zu bedienenden Löschanlage ausgerüstet. Die

Das auf der Basis eines Fahrgestells des Kampfpanzers Leopard I entwickelte Hochleistungslöschfahrzeug PHF 15T.





Innerhalb weniger Sekunden wird mit Hilfe eines Impulsgerätes das Brandgut mit Löschmittel beaufschlagt.



Das Löschwasser wird von oben in den Abgasstrahl eines Triebwerks – montiert auf einer Panzerlafette – „eingespritzt“.

Löschleistung beträgt rund 2000 l/min bei zehn bar. Der Pumpenbetrieb erfolgt über das Triebwerk des Fahrzeugs, wobei ein hydrostatisches Zwischengetriebe auch im Fahrbetrieb einen gleichmäßigen Pumpendruck gewährleistet.

Die Besatzung des PHF 15T besteht aus zwei Personen, die im vorderen Teil des Fahrzeugs untergebracht sind. Die gepanzerte Tragstruktur des Fahrgestells gibt hierbei einen hohen mechanischen und thermischen Schutz für die Besatzung. Durch eine ABC-Anlage ist auch der Schutz gegen giftige Gase gegeben.

Für den Einsatz kann das Löschfahrzeug mit weiteren Komponenten – wie z. B. Räumschild, Klimaanlage, Kommunikations- und Führungssystemen – ausgestattet werden.

Eindrucksvoll wurde als erstes die Geländegängigkeit des Fahrzeugs demonstriert. Es überwand Hindernisse sowie Gräben und zeigte dabei seine Steig- und Kletterfähigkeit. Anschließend löschte die Besatzung einen brennenden Holzstoß mit ver-

schiedenen Einstellungen des Löschmonitors.

Nach der Mittagspause stellte eine Brandschutzfirma ihr IFEX-3000-System vor. Mit Hilfe eines Impuls-Feuerlöschgerätes wird das Brandgut mit Löschmittel, das stoßweise in die Flamme „geschossen“ wird, beaufschlagt. Das Löschwasser führt zu einer intensiven Kühlung des brennenden Materials, der Verbrennungsgase, Oberflächen und Umgebung. Das Feuer erlischt innerhalb weniger Sekunden. Gezeigt wurden tragbare Impulsgeräte sowie ein auf ein Fahrzeug montiertes größeres Gerät. Auch hier überzeugte die Löschwirkung des neuen Systems.

Ungewöhnliches Löschverfahren

„Hurrikan“ und „Wasserbüffel“ sind die ungewöhnlichen Namen zweier Fahrzeuge des Instituts der Feuerwehr Sachsen-Anhalt, Heyrothsberge, das mit diesem Löschkomplex das Abgas-Aerosol-Löschverfahren

demonstrierte. Das Prinzip des Verfahrens entspricht dem einer riesigen „offenen Zweistoffdüse“. In den Abgasstrahl eines Flugzeugtriebwerks wird seitlich oder von oben Wasser „eingespritzt“. Auf Grund der hohen Geschwindigkeit des Abgasstrahls kommt es an der Wassereingabestelle zu einer starken Wirbelbildung, die eine feine Zerstäubung des Wassers bewirkt. Das entstehende Wasseraerosol wird durch den Abgasstrahl, der als Trägerstrahl dient, befördert. In Abhängigkeit von der Stelle des Einspritzens in den Abgasstrahl und der Triebwerksleistung kann der resultierende Aerosolstrahl eine große Ausdehnung erreichen (150 bis 200 Meter Länge, 50 bis 80 Meter Höhe, 30 bis 50 Meter Breite).

Ein erstes auf diesem Prinzip beruhendes Löschfahrzeug wurde unter der Leitung des Instituts bereits 1980 gebaut. Das Institut besitzt das Basispatent für dieses Löschverfahren.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ein Löschkomplex gebaut, mit dem Deutschland sich 1991 am Löschen der brennenden Ölfelder in Kuwait beteiligen wollte. Die Fahrzeuge kamen dann aber doch nicht zum Einsatz. Ungarische Spezialisten beteiligten sich jedoch mit Erfolg an den Löschaktionen mit Abgas-Löschfahrzeugen, die unter Nutzung des Patents „Heyrothsberge“ entwickelt worden waren.

Der Löschkomplex besteht aus dem Abgaslöschfahrzeug „Hurrikan“ und dem Panzertanklöschfahrzeug „Wasserbüffel“. Als Basisfahrzeug für beide Geräte dient eine Panzerlafette des T 55. Der Löschpanzer hat als Aufbau ein schwenkbares Triebwerk des Kampfflugzeugs MIG-21. Zur Bereitstellung des Wassers wird der „Wasserbüffel“ verwendet, dessen Aufbau rund 15 Kubikmeter Wasser speichern kann. Der Behälter kann laufend nachgefüllt werden und somit als Zwischenpuffer dienen.

Leider ließ der Regen nur ein begrenztes Übungsfeuer auf dem Truppenübungsplatz zu. Der aus Geäst, kleinen Bäumen und Stroh gebildete Wall wollte nicht so recht brennen. Dennoch wurde das Demonstrationsziel des Instituts, die Eignung des Löschverfahrens auch



Gut zu erkennen ist der mit Wasser gefüllte und mit einer Sprengschnur versehene Folienschlauch vor der Feuerfront des „Waldbrandes“. Nach der Explosion war der Brand schlagartig gelöscht.



Löschen aus der Luft mit Hilfe des Flugzeugs Typ M18 Dromedar.

für die Waldbrandbekämpfung aufzuzeigen, erreicht. Der Einsatz war ausgerichtet auf das Aufhalten einer entgegenkommenden Flammenfront mit dem Ziel, die hohen Flammen niederzuschlagen und den Brand für konventionelle Bodenkraft bekämpfbar zu machen. Gleichzeitig wurde die noch nicht brennende Vegetation vor der Flammenfront benetzt, um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu unterbinden.

Verblüffende Löschtechnik

Eine weiteres neuartiges Lösungsverfahren zur gezielten Waldbrandbekämpfung zeigte anschließend eine Firma für Alarm- und Sicherungssysteme aus Kaltenkirchen. Um eine optimale Löschwirkung mit dem sogenannten 2RS-System zu erreichen, werden Folienschläuche auf einer Linie parallel zur Feuerfront ausgelegt und mit Wasser gefüllt. Anschließend erfolgt die Fernzündung einer im Schlauch verlaufenden Sprengschnur. Bis zu

mehreren 100 m/s schnell beschleunigen daraufhin die Wasserpartikel. Dieser explosive „Hochdrucknebel“ bewirkt im weiten Umkreis den gewünschten Niederschlags- und „Ausblaseeffekt“. Zusätzlich kühlt das zerstäubte Wasser das Brandgut und entzieht dem Feuer seine zerstörerische Energie. Die dem Feuer abgewandte Seite wird ebenfalls benetzt, dadurch wird ein Übergreifen der Flammen verhindert.

Wie auch schon bei anderen Demonstrationen im Bundesgebiet (das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ berichtete in der Ausgabe 11-12/94 unter dem Titel „Wenn Wasser-schläuche explodieren“ ausführlich und technisch detailliert über eine Vorführung der Feuerwehr Frankfurt in Harheim) waren auch in Lehnin die Brandschutzexperten nach dem erfolgreichem „Ausblasen“ eines Übungsfeuers verblüfft und begeistert von der neuen, effektiven und simplen Technik der Waldbrandbekämpfung mit Sprengstoff.



Beate Coellen, Leiterin des Referates Brand- und Katastrophenschutz, und Innenminister Alwin Ziel (rechts) haben gut lachen, sie blieben trocken beim Wasserabwurf durch das Lösflugzeug. (Fotos: Sers)

Im dritten und letzten Komplex der Vorführungen zeigte eine der größten Baumschulfachbetriebe Deutschlands eine funkferngesteuerte Forstsonderrmaschine, mit deren Hilfe auf munitionsbelasteten Flächen Brandschutzstreifen angelegt werden können. Durch den Einbau einer Kamera ist der Fahrer in der Lage, das Gerät über eine Entfernung von rund 500 Metern zu steuern und so eine Gefährdung für sich auszuschließen.

Es folgte die Demonstration eines Tandem-Tankanhängers eines namhaften Nutzfahrzeugherstellers. Der drucklose Behälter hat ein Fassungsvermögen von 10500 Liter. Bei 540 Umdrehungen der Zapfwelle in der Minute leistet die über den Gelenkwellenstrang angetriebene Drehkolbenpumpe 3000 l/m. Der auf einem Podest am Heck installierte Löschmonitor hat bei acht bar eine Wurfweite von ca. 60 Metern. Gedacht ist das Fahrzeug für die Bekämpfung von Entstehungsbränden sowie zur Waldbrandnachsorge.

Abgerundet wurde die informationsreiche Veranstaltung mit Vorführungen aus dem Bereich der Waldbrandbekämpfung aus der Luft. Gezeigt wurde die Waldbrandüberwachung mit Hilfe eines Flugzeugs des Typs „Cessna 172“ sowie der Löschmittelabwurf aus Flugzeugen des Typs M 18 Dromedar und mittels Außenlastbehälter durch Hubschrauber des Grenzschutzes und der Polizei.

Brandenburgs Innenminister Alwin Ziel, der sich gegen Mittag über den Ablauf der Veranstaltung informierte, verabschiedete die Gäste mit den Worten: „Die nächsten Sommer kommen bestimmt, und wir werden uns wieder kräftig dafür einsetzen müssen, daß unsere Wälder erhalten bleiben. Nicht nur in Brandenburg, sondern auch darüber hinaus. Dies zeigen die vielen interessierten Gäste, die sich hier über neue und wirkungsvolle Waldbrandbekämpfungsverfahren informierten. Die Veranstaltung ist gelungen, das Feuer gelöscht, obwohl es das Schwierigste war, es heute an diesem naßkalten Tag zu entzünden. Ich wünsche uns allen, daß wir erfolgreiche Einsätze haben, wenn sie denn notwendig sind, und insbesondere mit dafür sorgen können, daß es erst gar nicht dazu kommt.“

—güse—

Brandschutzerziehung in der Grundschule

Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis

Von Bernd Läufer, Kreisfeuerwehrverband Aachen

Ein Besuch der Feuerwehr in der Grundschule ist immer ein Erlebnis, sowohl für die Kinder, als auch für die Feuerwehr selbst, die diese Veranstaltung durchführt. Das Staunen und die Begeisterungsfähigkeit der Kinder, ihre Offenheit, Unvoreingenommenheit und ihre interessierten Fragen machen die Veranstaltung für alle zu einem Gewinn. Die teilweise recht überraschenden Bemerkungen und Antworten zeigen, wie gut sie bereits über „ihre“ Feuerwehr Bescheid wissen, aber auch darüber, was ein Feuer ist, wodurch es entstehen kann und was im Brandfalle zu tun ist.

Die Löschgruppe Steckenborn der Freiwilligen Feuerwehr Simmerath (Kreis Aachen) führt seit einigen Jahren mit Erfolg im örtlichen Kindergarten und der dortigen Grundschule eine Brandschutzerziehung durch. Dieser Artikel ist ein Erfahrungsbericht, der den Gedankenaustausch unter den Feuerwehren weiterführen, aber auch andere Gruppen ermutigen soll, in die Schulen zu gehen und aktiv an der Brandschutzaufklärung und -erziehung mitzuwirken.

Der Brandschutzunterricht in Steckenborn findet in festgelegten Zeitabständen statt. Die Unterweisung beginnt im Kindergarten und endet mit der 4. Klasse der Grundschule. Dabei ist zu beachten, daß der Unterricht nicht in zu geringen Zeitabständen erfolgt. Er wird dann zur Gewohnheit, verliert an Faszination, das Interesse läßt nach – und somit auch der Lernerfolg. Eine Unterweisung einmal im Jahr oder alle zwei Jahre wird für die Kinder zu einem Erlebnis. Die Löschgruppe Steckenborn führt die Brandschutzerziehung im Wechsel von zwei Jahren im Kindergarten und in der 3. und 4. Klasse der Grundschule durch. Dadurch ist sichergestellt,



Die Informationen müssen im Miteinander von Feuerwehr und Schülern erarbeitet werden. Gemeinsam wird das Verhalten im Ernstfall besprochen.

daß jedes Kind zweimal daran teilnehmen kann.

Der zeitliche Ablauf des Schultages ist wie folgt festgelegt: In den ersten beiden Schulstunden werden Filme gezeigt. Von der 3. bis zur 5. nehmen für 1½ Unterrichtsstunden zwei Gruppen im Wechsel am Unterricht in der Klasse bzw. am Kennenlernen von Fahrzeug und Gerät auf dem Schulhof teil. Der Unterricht beginnt um 8 Uhr und endet gegen 12.30 Uhr.

Wichtig ist die Festlegung der Anzahl der Helfer. Für den Unterricht in der Klasse genügen ein oder zwei Feuerwehrangehörige. Für die Fahrzeugschau benötigt man ca. fünf Helfer, je nachdem, was gezeigt wird. In keinem Fall sollten aber mehr Feuerwehrangehörige als Kinder am Fahrzeug versammelt sein, denn auch die Helfer müssen beschäftigt werden. Schließlich steht ja nicht die Mannschaft im Vordergrund.

Als Grundlage für die Brandschutzerziehung dient der Löschgruppe eine selbst zusammengestellte

Mappe. Sie enthält Unterrichtshilfen für Feuerwehr und Lehrer wie den 1989 erschienenen 15seitigen Leitfaden des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen, Literatur- und Video-Verzeichnisse sowie Arbeitsblätter zu verschiedenen Themen. Die Mappe wird ständig überarbeitet und erweitert.

Es ist ratsam, daß den Schülern der Tagesablauf kurz erläutert wird und die Feuerwehrangehörigen sich sowohl vor Beginn des Klassenunterrichts als auch vor der Besichtigung von Fahrzeug und Gerät mit Namen vorstellen.

Zur Einstimmung auf die einzelnen Unterrichtseinheiten des Vormittags werden zwei Filme gezeigt, die zum einen auf kindgerechte Weise die Arbeit der Feuerwehr vorstellen, zum anderen wichtige Anregungen für richtiges Verhalten im Brandfalle liefern.

Zuerst wird den Schülern dargestellt, was eine Feuerwehr eigentlich ist. Ihre vier Hauptaufgaben werden anhand des Feuerwehrrems „Retten, löschen, bergen, schützen“

besprochen. Unter dem Thema „Was brennt, was brennt nicht, welche Löschmittel gibt es?“ tragen die Schüler die Stoffe zusammen, die ihrer Meinung nach in die drei Bereiche gehören. Alles richtige wird an der Tafel notiert, falsche Antworten besprochen und erläutert. Begleitet wird dies durch Beispiele, z. B. wie man sich verhalten kann, wenn Kleidung brennt, was womit zu löschen ist. Wichtig ist, daß diese Beispiele alltägliche Situationen aus dem Elternhaus, der Schule oder der Freizeit vor Augen führen und somit allgemeinverständlich sind.

Vor der Durchnahme eines Themas werden Arbeitsblätter ausgegeben. Unter Überschriften wie „Es brennt! Was tun?“ findet sich ein kurzes Beispiel von fünf bis zehn Zeilen, das von einem Kind vorgelesen wird. Auf diesem Beispiel aufbauend besprechen dann Feuerwehr und Schüler gemeinsam, wie sich die dort dargestellten Personen, meist Kinder, mit denen sie sich identifizieren können, verhalten sollen. Hier können sie auch das, was sie bereits in den Filmen gesehen haben, anwenden.

Die Arbeitsunterlagen werden während des Unterrichts selbst nicht ausgefüllt. Dies würde zum einen zu viel Zeit in Anspruch nehmen, zum anderen die Aufmerksamkeit ablenken. Statt dessen werden die Blätter an einem der nächsten Tage gemeinsam mit der Lehrerin nochmal besprochen und dann ausgefüllt. Dadurch, daß der Stoff wiederholt wird, wird der Lerneffekt erhöht.



Einfaches Erklären
und praktische
Demonstrationen
machen das
Verstehen leichter.

Zum Unterricht wie zur Nachbereitung gehören auch Rollenspiele wie „Feuer melden, aber wie“, in dem etwa mit Hilfe von zwei mitgebrachten Telefonen eine Schadensmeldung geübt wird.

Bei einem Thema wie der Verbrennung ist es ratsam, durch kleine Versuche, z. B. das Erlischen einer brennenden Kerze in einem geschlossenen Glas, das vorgetragene zu erläutern und im Bewußtsein der jungen Zuschauer zu vertiefen.

Von großer Bedeutung ist auch die Einbeziehung des Lehrpersonals. Es kann den Unterricht durch seine Position als Vertrauter der Kinder unterstützen und betonen. Wichtig ist auch die Vor- wie Nachbereitung des erfahrenen und durchgenommenen Stoffes im Rahmen von Unterrichtsreihen, etwa im Sachkundeunterricht. Bei der Durchführung des Unterrichts kann die Feuerwehr dann zum Teil auf bereits behandelte Themen wie „Feuer“ oder „Wasser“ aufbauen. Dies zeigt, wie wichtig das Hand-in-Hand-Arbeiten von Lehrern und Feuerwehr ist.

Nicht zuletzt macht es den Schülern auch Spaß, wenn beispielsweise die Lehrerin in Einsatzuniform in der Klasse erscheint. Dann kann am „lebenden Objekt“ die Uniform und z. B. die Funktion und Handhabung eines Feuerlöschers erklärt werden, den die Lehrerin mit in die Klasse gebracht hat. Ein angenehmer „Nebeneffekt“: Auch bei den Lehrern wird das Interesse an der Brandschutzerziehung und -aufklärung geweckt, schließlich sollen auch sie einiges zur Brandverhütung lernen.

Was ist nun bei der Vorführung von Fahrzeug und Gerät zu beachten? Zunächst darf sich die Feuer-



Die Lehrerin als Feuerwehrfrau: Die Lehrpersonen lassen sich bei der Brandschutzerziehung gerne mit einbeziehen.

Der „Marsmensch“ begeistert die Schüler, doch Sondergeräte sollten behutsam eingesetzt werden.



wehr nicht von ihrem Stolz leiten lassen und versuchen, möglichst alles, was sie vorzuweisen hat, auf dem Schulhof zu präsentieren. Zur Demonstration geballter Technik kann der „Tag der offenen Tür“ dienen. Hier geht es darum, überschaubar zu zeigen, wie und womit die Feuerwehr helfen kann. Es ist dabei durchaus ausreichend, einer Klasse ein Löschfahrzeug vorzuführen. Die Erfahrung zeigt, daß der Zeitraum einer Doppelschulstunde sowieso

nicht ausreicht, um alles wichtige zu zeigen, zu erklären und vorzuführen.

Man darf allerdings nicht den Fehler begehen, „im Sauseschritt“ das, was man sich vorgenommen hat, auch durchzuführen. Engagierte Arbeit mit Kindern kann unberechenbar sein. Es ist zuletzt besser, nicht alles machen zu wollen, aber das, was gemacht wird, gründlich und zur Freude der Zuschauer durchzunehmen.



Nach der Erklärung von Fahrzeug und Gerät müssen die Schüler auch selbst Hand anlegen können.

Der Feuerwehrangehörige hüte sich davor, mit detaillierten feuerwehrtechnischen Informationen – „Fachchinesisch“ – aufzuwarten. Einfaches Erklären und Beispiele aus dem Alltag machen es leichter, den Erklärungen zu folgen.

Auch beim „Praktischen Teil“ ist das Mitwirken der Kinder oberstes Gebot. Natürlich müssen die Geräte erklärt werden, doch nach der Beschreibung einer Kübelspritze oder eines Übungsfeuerlöschers müssen die Kleinen auch selbst „Hand anlegen“ können. Wenn einige unter fachkundiger Anleitung und Betreuung C-Schläuche von der Haspel abrollen und mit einem C-Rohr zur „brennenden“ Abfalltonne auf dem Schulhof vorgehen können, ist das mit Sicherheit ein bleibendes Erlebnis.

Die Vorführung von Materialien und Geräten ist für die Schüler... interessanter, wenn sie Parallelen zu Objekten und Situationen aus ihrer Umgebung erkennen können. Die Bemerkung „Das ist ja wie Katzenstreu!“ bei der Erklärung von Ölbindemittel zeigt, daß sie wissen, wie dieses Mittel funktioniert. Natürlich dürfen sie am Ende der Vorführung das Fahrzeug besetzen und sich einmal im Mannschaftsraum als Feuerwehrleute fühlen.

Im Rahmen der Vorführung werden folgende Geräte und Stoffe erklärt:

- Hydrant auf dem Schulgelände (mit Funktionsdemonstration)
- Feuerlöschkreiselpumpe, Saugschläuche, Saugkorb
- Kübelspritze
- Schaumlöschmittel
- Ölbindemittel
- Kaminfegewerkzeug
- Hitzeschutzkleidung
- Atemschutzgerät

Mit dem Abrücken von der Schule ist die Arbeit allerdings noch nicht ganz getan. Abschließend sollte die Feuerwehr sich am Standort die Zeit nehmen, wenn möglich mit der Lehrperson kurz den Unterrichtstag durchzusprechen, zu überlegen, was gut und was weniger sinnvoll war und was somit beim nächsten Besuch in der Schule anders gemacht werden kann.

Bestandsaufnahme der deutschen humanitären Auslandshilfe

Von Klaus Liebetanz

Der Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe traf sich zu einer Klausurtagung in der Tagungsstätte der Benediktinerabtei Maria Laach, um eine Bestandsaufnahme der deutschen humanitären Auslandshilfe durchzuführen. Dem Koordinierungsausschuß gehören Vertreter aller wichtigen deutschen Hilfsorganisationen und der zuständigen staatlichen Stellen an. Im Vordergrund dieser Tagung standen drei zentrale Fragen:

1. Über welche Einsatzpotentiale verfügen die deutschen privaten Hilfsorganisationen und staatlichen Stellen?
2. Wie kann das Krisenmanagement der deutschen humanitären Auslandshilfe verbessert werden?
3. Wie müssen die politischen Rahmenbedingungen verändert werden, damit die deutsche humanitäre Auslandshilfe tatsächlich der gestiegenen internationalen Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands entspricht?

Einsatzpotentiale der deutschen Hilfsorganisationen

RAPID-Modulsystem des Deutschen Roten Kreuzes

Im Zusammenhang mit der ruandischen Flüchtlingskatastrophe 1994 wurde zum ersten Mal das neuentwickelte RAPID-Modulsystem des DRK eingesetzt. RAPID steht für rasche, angepaßte, professionelle, internationale Desasterhilfe.

Dabei kam in Tansania das Modul „Medizinische Hilfen“ für ca. 250.000 ruandische Flüchtlinge erfolgreich zum Einsatz. Das Modul kann je nach Bedarfslage nach dem Baukastenprinzip zusammengestellt werden. Es ist den Gegebenheiten der sog. Dritten Welt angepaßt.

Im Camp Benako (Tansania) übernahm das DRK-Modul die Auf-

gabe eines Kreiskrankenhauses unter Leitung der Rotkreuz-Föderation. Unterstützt wurden die Mediziner durch ein „Wasser und Sanitär“-Modul des DRK.

Der Einsatz des DRK in Tansania und auch in Goma (Zaire) war so erfolgreich, daß die Internationale Rotkreuz-Föderation das Modulsystem des DRK als richtungsweisend und vorbildlich auch für die anderen ca. 150 Rotkreuz- und Rothalmondgesellschaften ansah.

Insgesamt umfaßt das DRK-Modulsystem acht verschiedene Teilbereiche:

- Rettungshundestaffel
- Kommunikationsmodul
- Logistikmodul
- Modul für medizinische Hilfen
- Modul für eine Auslandsdelegation (Büro/Kommunikation)
- Modul für Notunterkünfte (in Vorbereitung)
- Wasser- und Sanitärmodul
- Campmodul

Jährlich wird ein medizinischer Pool von ca. 400 Personen in verschiedenen Seminaren des DRK auf ihren möglichen Auslandseinsatz vorbereitet. Zur Zeit laufen auf der Ebene der Internationalen Rotkreuzgesellschaft verschiedene Lehrgänge, die das DRK-Modulsystem mit anderen Rotkreuzgesellschaften kompatibel machen.

ECOM-Einsatz des Malteser Auslandsdienstes in Bukavu (Zaire)

ECOM steht für Emergency Corps of the Orders of Malta. Die Kernzelle dieses Hilfskorps wird von Maltesern aus Deutschland und den Benelux-Staaten gebildet.

Der Malteser-Auslandsdienst war mit seinen Hilfskräften südlich des Kivu-Sees in den ruandischen Flüchtlingslagern um Bukavu in enger Zusammenarbeit mit dem

Deutschen Caritasverband und dem THW eingesetzt. Der Schwerpunkt der Hilfe lag bei medizinischen Hilfen und bei der Trinkwassergewinnung.

Der Malteser Auslandsdienst kann im Katastrophenfall auf eine Datei von ca. 300 einsatzwilligen Personen zurückgreifen. Das Rückgrat des Expertenpools bilden hauptamtliche Helfer und Ärzte aus den Malteser-Krankenhäusern.

Jobanniter-Unfall-Hilfe und Arbeiter-Samariter-Bund

Beide deutsche Hilfsorganisationen sind dabei, den Aufbau eines Modulsystems abzuschließen, das die Bereiche Rettungshundestaffel, Trinkwasseraufbereitung, medizinische Hilfen, Kommunikation und Logistik umfaßt.

Der ASB kann auf eine Helferdatei von ca. 400 und die JUH auf rund 250 Personen zurückgreifen.

Technisches Hilfswerk: Wasser für Goma

Der Goma-Einsatz vom 29. Juli 1994 bis 28. Februar 1995 mit insgesamt 560 Helfern war bislang der umfangreichste Hilfeinsatz des Technischen Hilfswerks im Ausland. Mit der Produktion von bis zu 1,2 Millionen Liter Trinkwasser durch das THW pro Tag konnte die Mortalitätsrate in den Lagern um Goma von täglich bis zu 7000 Toten innerhalb von 14 Tagen auf unter 500 Tote pro Tag reduziert werden.

Derzeit ist das THW weltweit die einzige Organisation, die auf kurzfristig entstehenden Trinkwasserbedarf auch im größeren Rahmen reagieren kann. Um zukünftig noch rascher verfügbar zu sein, wird ein Teil der Fachgruppen „Wasserversorgung“ zusätzlich als „Schnelleinsatzeinheit Wasserversorgung“ (SEEWA) luftverlastbar ausgestattet und ausgebildet.

Aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Situation Deutschlands gilt ab 1. Januar 1995 das THW-Neukonzept. Neben der technischen Hilfe im Zivilschutz und bei der Gefahrenabwehr in Amtshilfe kommt der technischen Hilfe im Ausland im Auftrag der Bundesregierung eine größere Bedeutung zu. Hier ist vor allem die SEEBA (Schnelleinsatzeinheit-Bergung-Ausland) für Ortung und Bergung zu nennen. Die Einheit besteht aus ca. 100 Spezialisten, ist luftverlastbar und kann innerhalb von sechs Stunden einsatzbereit sein.

Für den Komplex „Trinkwasserversorgung“ stehen zur Zeit 32 Fachgruppen mit jeweils einer Trinkwasserproduktion von 12 cbm/h (einschließlich eines Wasserlabors) zur Verfügung.

Für Infrastrukturmaßnahmen hält das THW rund 200 technische Fachgruppen vor, die zur Einrichtung und zum Betreiben von Lagern und Sanitäreinrichtungen geeignet sind.

Darüber hinaus verfügt das THW über eine ausreichende Anzahl von Modulen „Führung/Kommunikation“ und „Logistik“, die auch im Ausland eingesetzt werden können.

Das THW verbindet die Vorteile einer zentralgeführten Bundeseinrichtung mit der Fachkompetenz und Motivation von beruflich vorgebildeten ehrenamtlichen Führungskräften und Helfern.

Die THW-Leitung sieht einen Auslandshelfer-Pool von ca. 3000 Personen vor. Bei der medizinischen Notfallversorgung und sanitätsdienstlichen Betreuung seiner Auslandshelfer wird das THW tatkräftig durch die Johanniter-Unfall-Hilfe und die Uni-Klinik Tübingen (Prof. Domres) unterstützt.

Humanitäre Hilfe der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat den UNHCR zur Unterstützung seiner Bemühungen um die ruandische Flüchtlingskatastrophe eine Boeing 707 und zwei Transall im Auftrag der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Damit hat die Bundeswehr der UN-Flüchtlingsorganisation unschätzbare logistische Dienste erwiesen.

Besonders bewährt haben sich dabei die Transall auf Kurzflügen und unter den Bedingungen afrikanischer Landepisten. Auch deutsche Hilfsorganisationen haben sich die-

ser Transportkapazität bedient. Ferner unterstützt die Bundeswehr deutsche Hilfsorganisationen kostenlos mit ausgesondertem Material und Überschußbeständen der ehemaligen NVA, wenn ein besonderes Bundesinteresse durch das Auswärtige Amt bescheinigt wird.

Warnung des Deutschen Caritasverbandes (DCV) vor rücksichtsloser Intervention

Der DCV war während der ruandischen Flüchtlingskatastrophe bemüht, sehr eng mit den vorhandenen oder nur noch in Teilen bestehenden einheimischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Ziel war es, nur mit einem kleinen Expertenpool, gezielte Hilfe über Partner zu leisten.

Die deutsche Caritas beklagt, daß zahlreiche ausländische Hilfsorganisationen zum Teil mit Hilfe von ECHO (Europäisches Büro für Humanitäre Hilfe) unter großem PR-Aufwand Aktionen betreiben, die die einheimischen Hilfsbemühungen beiseite drängen. Bei ihrem ebenso blitzartigen Rückzug aus der Katastrophenregion hinterlassen diese Organisationen eine Leere, die zu neuem Chaos führt. Es wurde verabsäumt, einheimische, funktionsfähige Strukturen aufzubauen.

Die im Koordinierungsausschuß vertretenen deutschen Hilfsorganisationen halten sich in der Regel an die gemeinsam vereinbarten partnerschaftlichen Grundsätze der Humanitären Hilfe (s. Positionspapier vom 14. Juli 1992).

Es nimmt deshalb nicht wunder, daß viele aus den Medien weltweit bekannte Hilfsorganisationen den Ort der Katastrophe bereits schon verlassen haben, während die deutschen Hilfsorganisationen in der Regel noch vor Ort sind und die sinnvolle Übergabe an eine Partnerorganisation oder eine staatliche Stelle durchführen.

Vorschlag für ein verbessertes Krisenmanagement

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der deutschen Hilfsorganisationen und zuständigen Regierungsstellen hat einen Vorschlag zur Vervollständigung des Krisenmanagement bei internationalen Katastrophen

erarbeitet, der auf der Klausurtagung in Maria Laach gebilligt wurde. Wesentliche Punkte waren:

Eine 1. Krisensitzung soll schon frühzeitig bei einer sich abzeichnenden Katastrophe stattfinden. Sie dient einer ersten Lageeinschätzung mit dem Schwerpunkt auf dem Bedarf an humanitärer Hilfe im Krisengebiet. Dabei soll festgestellt werden, ob es für die deutsche humanitäre Hilfe Handlungsbedarf gibt. Gegebenenfalls sind zusätzliche Informationen über die zuständigen Deutschen Botschaften und/oder durch ein eigenes Erkundungsteam einzuholen.

Diese 1. Krisensitzung dient nicht der operativen Koordinierung und der Mittelvergabe. Auf dieser Sitzung soll beurteilt werden, ob es die Lage erfordert, kurzfristig eine Sondersitzung des Koordinierungsausschusses Humanitärer Hilfe einzuberufen (2. Krisensitzung), oder ob auf die nächste turnusmäßige Sitzung gewartet werden kann, um die Umsetzung der geplanten Hilfsmaßnahmen aufeinander abzustimmen. Das Protokoll der 1. Krisensitzung wird allen Mitgliedern des Koordinierungsausschusses unverzüglich übermittelt.

Aus Gründen der Praktikabilität soll die 1. Krisensitzung nicht mehr als zehn Personen umfassen. Ihr sollen jeweils ein Vertreter der folgenden Hilfsorganisationen und staatlichen Stellen angehören: DRK, MHD, JUH, ASB, Caritas, Diakonisches Werk, BMI, THW, BMZ, GTZ, AA, BMVg, BMV und zwei weitere Hilfsorganisationen, die in der betreffenden Region besonders engagiert sind.

Für den Fall einer nach Länge und Ausmaß größeren internationalen Katastrophe ist im Lagezentrum des Auswärtigen Amtes ein ständiger Krisenstab unter Einschluß der Hilfsorganisationen vorgesehen. Das Telekommunikationszentrum (TELKO) des Auswärtigen Amtes verfügt über ein weltweites Netz gesicherter Verbindungen.

Neue Abteilung im Auswärtigen Amt: „Vereinte Nationen – Menschenrechte – Humanitäre Hilfe“

Mit der Einrichtung dieser neuen Abteilung und der Ernennung von Staatsminister Schäfer zum Beauf-



Das Telekommunikationszentrum (TELKO) des Auswärtigen Amtes verfügt über ein weltweites Netz gesicherter Verbindungen.

tragen für Humanitäre Hilfe und Menschenrechtsfragen bleibt zu hoffen, daß der Arbeitsstab Humanitäre Hilfe endlich die personelle und technische Ausstattung erhält, die notwendig ist, um seinem Auftrag gerecht zu werden. Dazu gehören vor allem folgende Aufgaben:

- Betrieb eines Lagezentrums der deutschen humanitären Hilfe mit Herausgabe von zeitgerechten Lage-Infos, auch aus dem internationalen Bereich,
- regelmäßige Aktualisierung der Einsatzpotentiale der deutschen Hilfsorganisationen und entsprechender staatlichen Stellen,
- Vorbereiten und Durchführen von rechtzeitigen Erkundungsmissionen (Fact-Finding-Missionen),
- Betreiben von Koordinierungsbüros im Krisengebiet,
- Abstellen von deutschen Kurzzeitexperten zu internationalen Organisationen,
- systematische Überwachung der Vergabepraxis von ECHO (European Communities Humanitarian Office) und ständige Abstimmung eines qualifizierten Beamten zur unmittelbaren Einflußnahme auf die teilweise nach „afrikanischen“ Prinzipien arbeitenden Behörde,
- Sicherstellung des Übergangs von humanitärer Soforthilfe zur strukturellen Aufbauhilfe.

Falls es dem Auswärtigen Amt nicht gelingen sollte, die Personalfrage des Arbeitsstabes bedarfsgerecht zu lösen, wird sich der Eindruck verfestigen, daß das Auswärtige Amt in der humanitären Auslandshilfe nur eine lästige Nebenaufgabe sieht. Die bloße Umbenennung in eine Unterabteilung „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ würde dieses Urteil nicht verändern.

Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für die deutsche Humanitäre Hilfe dringend erforderlich

Im fünften Jahr der deutschen Wiedervereinigung ist im Deutschen Bundestag viel von einer neuen Weltverantwortung des größer gewordenen Deutschlands die Rede gewesen.

In seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede hat Bundespräsident Roman Herzog seine Auffassung mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: „Das Ende des Trittbrettfahrers ist erreicht!“ Es bleibt nunmehr zu hoffen, daß sich das verstärkte weltpolitische Engagement des wiedervereinigten Deutschlands nicht in der Hauptsache auf einen Einsatz von Krisenreaktionskräften der Bundeswehr bezieht.

Eine verstärkte deutsche humanitäre Auslandshilfe wird zwar immer wieder bei großen internationalen Katastrophen beschworen, zuletzt bei dem namenlosen Elend der ruandischen Flüchtlingskatastrophe. Die bundesdeutsche Realität sieht – insbesondere nach Wahlen – für die humanitäre Soforthilfe ganz anders aus.

Seit Jahren fordert der Arbeitsstab Humanitäre Hilfe, den Haushaltsansatz beim Titel humanitäre Soforthilfe auf 100 Millionen DM zu erhöhen. Der Unterausschuß Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages sprach sich sogar einstimmig für eine Erhöhung auf 110 Millionen DM aus.

Am 1. September 1994 erklärte Bundesaußenminister Klaus Kinkel auf einer Sondersitzung des „Gesprächskreises Humanitäre Hilfe“ vor leitenden Persönlichkeiten der deutschen Hilfsorganisationen, er werde sich persönlich für eine Anhebung der Soforthilfemittel einsetzen.

Am 27. Januar 1995 gedachte der Deutsche Bundestag in einer würdigen Gedenkstunde der Tragödie von Auschwitz. In diesem Zusammenhang ist auch von der Gleichgültigkeit und unterlassenen Hilfeleistung vieler damaliger deutscher Zeitge-

nossen die Rede gewesen. „So etwas darf sich nicht wiederholen!“

Am Tag darauf beschließt der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die zehnprozentige Kürzung der Haushaltsmittel für die humanitäre Soforthilfe für die Opfer des derzeitigen Völkermordes.

Ende März 1995 verabschiedet der Deutsche Bundestag den Haushalt und stattet die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr so aus, daß sie den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen sein werden.

Gründe für die Kürzung der humanitären Soforthilfemittel

Wie konnte es trotz des eindeutigen gegenteiligen Versprechens von Bundesaußenminister Kinkel geschehen, daß sich die Koalition für eine zehnprozentige Kürzung der humanitären Soforthilfemittel aussprach?

Dies ist im wesentlichen auf haushaltstechnische und parteipolitische Gründe zurückzuführen.

Haushaltstechnische Gründe für die Kürzung

In der Regierungserklärung vom 23. November 1994 wird ein strikter Kurs der Haushaltskonsolidierung beschworen: „Es kann nur dann an einer Stelle mehr ausgegeben werden, wenn gleichzeitig an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen werden.“

Im Fall der Anhebung der humanitären Soforthilfe (Kap. 0502 Tit. 68612) ist die o.a. Forderung ein „Totschlagargument“.

Da der Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im wesentlichen aus den Gehältern der Beamten, Angestellten und Arbeiter und fixen Sachkosten der politischen und kulturellen Einrichtungen des Bundes im Ausland besteht, können kaum die gewünschten Einsparungen als Kompensation vorgenommen werden. Da der Titel 68612 zu den wenigen variablen Kosten des Auswärtigen Amtes gehört, haben die AA-Haushälter im Jahre 1994 zusätzlich zur globalen Haushaltskürzung um zehn Prozent weitere zwölf Millionen DM gestrichen und anderenorts verwandt, so daß der Arbeitsstab Humanitäre Hilfe ab August 1994 praktisch ohne Mittel war.

Parteilpolitische Gründe für die Kürzung der Soforthilfemittel

Es ist kein Geheimnis, daß Entwicklungsminister Carl D. Spranger „Humanitäre Hilfe“ und „Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zusammenfassen will (siehe „Die Welt“ vom 4. Januar 1995).

Warum sollte deshalb der CSU-Berichterstatler des Einzelplans 05 sich für die Anhebung der humanitären Soforthilfe stark machen?

Die mehr an wirtschaftlichen Fragen interessierte F. D. P. wollte wegen der „Humanitären Hilfe“ keinen Koalitionsstreit vom Zaun brechen.

Die CDU würde die „Humanitäre Hilfe“ gern im Kanzleramt angesiedelt wissen, möchte sich jedoch nicht mit Klaus Kinkel anlegen, um die Koalition nicht zu gefährden. Sie verhält sich zur Zeit noch passiv abwartend.

Beendigung des parteipolitischen Klein-Klein – Stärkung der deutschen humanitären Hilfe!

In seiner vielbeachteten außenpolitischen Grundsatzrede vom 13. März 1995 forderte Bundespräsident Roman Herzog, „daß es in den Fragen von internationaler Bedeutung kein parteipolitisches Klein-Klein geben darf und daß darüber nicht nach Kassenlage und nach dem politischen Barometer ... entschieden werden kann“.

Nachdem sich die Koalition endlich dazu durchgerungen hat, Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt zum „Beauftragten für Humanitäre Hilfe und Menschenrechtsfragen der Bundesregierung“ zu ernennen, sollte die Frage nach der Federführung für die deutsche humanitäre Auslandshilfe innerhalb der Bundesregierung entschieden sein. Sie liegt danach eindeutig beim Auswärtigen Amt.

Eine weitere parteipolitische Blockierung innerhalb der Koalition würde die Bundesregierung um einen möglichen Erfolg in der deutschen humanitären Auslandshilfe bringen.

Deutschland wäre gerade wegen seiner historischen Erfahrungen in diesem Jahrhundert besonders prädestiniert, eine führende Rolle in der weltweiten humanitären Hilfe zu übernehmen, im Gegensatz zu

einem möglichen militärischen Einsatz im Rahmen der Vereinten Nationen.

Deshalb sollte die Bundesregierung Geschlossenheit zeigen und die deutsche humanitäre Hilfe so ausstatten, daß sie eine führende Rolle übernehmen kann und den weltweit zunehmenden Opfern gerecht wird, notfalls sollten Mittel aus dem BMZ in die humanitäre Soforthilfe umgewidmet werden.

Zur Zeit ist der für die Anfangsphase der Bewältigung einer Katastrophe so wichtige Haushaltstitel für die humanitäre Soforthilfe mit 76,5 Millionen DM viel zu niedrig eingesetzt.

Selbst das kleine Dänemark (1/16 der Bevölkerung des wiedervereinten Deutschlands) gibt in absoluten Zahlen jährlich doppelt so viel für die humanitäre Soforthilfe aus wie Gesamtdeutschland. Pro Einwohner Dänemarks werden es sogar etwa 32 mal mehr für den o.a. Zweck sein.

Humanitäre lebensrettende Auslandshilfe sollte von der Bundesregierung mit dem gleichen Engagement an Energie, finanzieller Ausstattung und politischer Unterstützung betrieben werden, wie es gewöhnlich für einen vergleichbaren militärischen Einsatz vorgesehen wäre.

SOS Kurs Menschen retten!



..... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)
Postfach 10 63 40, 28063 Bremen
Postbank Nl. Hamburg
(BLZ 200 100 20) 70 46-200

Gemeinsam unter einem Dach

Katastrophenschutz-Zentrum in Schwäbisch Hall eingeweiht

Mit einem Festakt feierten die Angehörigen des Katastrophenschutzes und des THW-Ortsverbandes Schwäbisch Hall die Einweihung des Katastrophenschutz-Zentrums in den ehemaligen Dolan Barracks in Schwäbisch Hall-Hessental.

Landrat Ulrich Stückle begrüßte die zahlreichen Gäste, an ihrer Spitze den für den Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Prof. Dr. Kurt Schelter, die Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. von Stetten und Ulrich Heinrich sowie Landtagsabgeordneten Dr. Walter Müller.

Stückle betonte, daß diese Einweihung und Übergabe nicht selbstverständlich sei. Zumindest aus heutiger Sicht wäre die Realisierung dieser Maßnahme so nicht mehr denkbar. In einem kurzen Rückblick ging der Landrat auf die am Standort Schwäbisch Hall aufgestellten Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes ein und wies auf die teilweise unzumutbaren Unterkünfte der in den 60er und 70er Jahren aufgestellten Einheiten hin.

1981 habe nach längeren Verhandlungen mit dem Bundesamt für Zivilschutz das ehemalige Fabrikationsgebäude der Firma Hengella angemietet werden können und erstmals in der Geschichte des Haller Katastrophenschutzes sei damit eine zentrale Unterbringung der KatS-Einheiten möglich geworden. Vor dem Hintergrund des auslaufenden Mietvertrages und der Ankündigung des Bundes, künftig keine Mittel für die Anmietungen mehr bereitzustellen, habe man sich, so Stückle, gemeinsam mit dem THW frühzeitig nach einem Folgeobjekt umgesehen. Als Ende 1992 bekannt geworden war, daß die US-Heeresflieger die Dolan-Barracks aufgeben würden, hätten Landratsamt und THW diese Chance genutzt. Im Frühjahr 1994 sei die Liegenschaft von der Bundesverwaltung dem THW und Landratsamt übergeben worden. Mit geringem Mittel-, aber mit hohem Helfer-einsatz habe das THW anschließend

begonnen, den zugewiesenen Gebäudeteil um- bzw. auszubauen.

Viel Engagement

Mit ebenso großem Engagement hätten die Helferinnen und Helfer des ABC-Zuges, der Einsatzeinheiten des DRK, der DLRG sowie der Technischen Einsatzleitung und der Betreuungsgruppe seit Jahresbeginn ihre Umbaumaßnahmen durchgeführt, sagte Stückle. Insgesamt seien 8000 Helferstunden für die Arbeiten im THW-Bereich und erweiterten Katastrophenschutz geleistet worden, dies entspräche über 400.000 DM an Eigenleistung.

Mit großer Sorge habe das Landratsamt Schwäbisch Hall die seit 1991 begonnene Neustrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes des Bundes verfolgt und entschieden, die Fernmeldezentrale, die Technische Einsatzleitung, eine Betreuungsgruppe – als Überbleibsel der ehemaligen Betreuungsleitzüge – und den vielfach bewährten Veterinärzug in Regie des Landkreises weiterzuführen. Damit sei sichergestellt, so der Landrat, daß diese vom Bund nicht mehr benötigten und aufgelösten Einrichtungen und Einheiten bei einem Großschadensereignis im Landkreis sowie für die Bekämpfung von Katastrophen weiterhin zur Verfügung stehen.

„Wir sind froh, so Landrat Stückle zum Schluß, daß in Zusammenarbeit mit dem THW auf dem Gelände der ehemaligen Dolan Barracks eine zentrale Unterbringung der Katastrophenschutzkräfte möglich wurde.“

Anschließend übergab er den Zugführern der Einheiten das Katastrophenschutz-Zentrum.

Keine einheitlichen Strukturen

Staatssekretär Prof. Dr. Schelter überbrachte die Grüße von Bundesinnenminister Kanther und wünschte den Mitarbeitern und Helfern viel Erfolg und Freude bei der Arbeit. Er betonte, daß die Kräfte des Katastrophen- und Zivilschutzes

in Schwäbisch Hall nun noch enger zusammenarbeiten könnten.

So seien künftig die Helfer, die persönliche Ausstattung und die Fahrzeuge der Feuerwehr, des DRK, der DLRG, des THW gemeinsam untergebracht. Schelter begrüßte die Verzahnung dieser Einrichtungen, weil sie eine optimale Vorbereitung auf Einsätze in der Gefahrenabwehr ermögliche.

Die Welt habe sich, so Schelter, seit Ende der 80er Jahre verändert. Diese sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, aber auch die Haushaltssituation hätten es erfordert, den Zivilschutz neu zu ordnen. Dennoch käme der Krisenvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen weiter eine wachsende Bedeutung zu. Die Grundverantwortung für Vorkerungen und Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in Krisen- und Notsituationen liege aber nach dem Grundgesetz bei den Ländern. Art und Umfang der staatlichen Notfallvorsorge seien durch die Länder sicherzustellen.

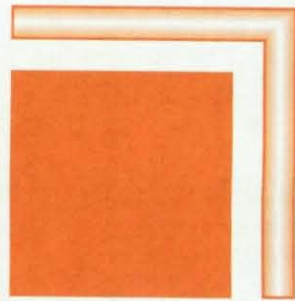
Der Staatssekretär wies darauf hin, daß das neue Zivilschutzkonzept künftig auf einheitliche Strukturen für den Zivilschutz verzichte und der Bund die von den Ländern geschaffenen Strukturen akzeptiere.

Zum Schluß seiner Rede sagte Schelter den Führungskräften und Helfern im KatS die politische Unterstützung des Bundes zu und wünschte dem neuen Katastrophenschutz-Zentrum einen guten Start.

Besucher aus nah und fern strömten an diesem Tag zum Katastrophenschutz-Zentrum, um es zu besichtigen. Für die musikalische Unterhaltung der zahlreichen Gäste sorgte der Musikverein Untermünkheim. In der DRK-Halle waren Miniatur-Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes zu besichtigen, und der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) veranstaltete einen Sicherheitswettbewerb.

Der Sonntag nachmittag stand ganz im Zeichen der Vorführungen der KatS-Einheiten und Hilfsorganisationen. Helga Übelmesser-Larsen

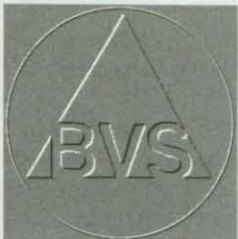
AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

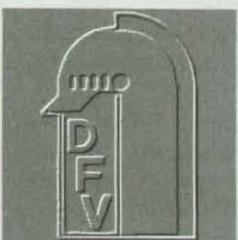
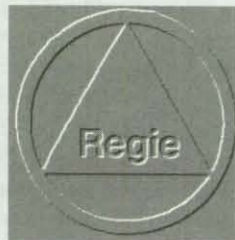


MALTESER-HILFSDIENST



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT

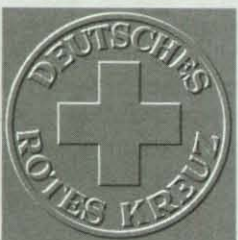
VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



TECHNISCHES HILFSWERK



DEUTSCHES ROTES KREUZ



WARNDIENST

Reintegration verhindert weitere Flucht

ASB unterstützt Wiederaufbau kurdischer Dörfer im Nordirak

Als die Wagenkolonne in das nordirakische Dorf Chama unweit der türkischen Grenze einfährt, fliehen die Menschen in ihre Häuser. Mit angstvoll aufgerissenen Augen kriechen zwei verkrüppelte, offensichtlich geistig verwirrte, erwachsene Männer in einen Verschlag – 1991 sind sie von irakischen Truppen schwer mißhandelt worden. Nur ihre alte Mutter, die nunmehr die Verantwortung für die ganze Familie trägt, bleibt vor ihrem Haus sitzen und putzt ungerührt weiter das Gemüse. Zögernd geht der Dorfälteste auf die Neuankömmlinge zu, und als er einen der Männer erkennt, entspannt er sich. Sie umarmen sich, und dann ist das ganze Dorf auf den Beinen, denn Harald Schottner ist da!

Schottner, der ASB-Delegierte im Nordirak, ist unterwegs mit Mitarbeitern der Deutschen Botschaft in Ankara und des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, das die Rückführung von Flüchtlingen und den Wiederaufbau im Nordirak fördert und finanziell unterstützt.

Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat

Nach Chama sind über dreihundert Menschen zurückgekehrt. Zusammen mit dem ASB bauten sie 57 Häuser wieder auf und begannen ihre Felder zu bestellen. Der ASB stellte Saatgut und Vieh zur Verfügung und half den Menschen mit Nahrungsmitteln über den ersten Winter. Heute beweist das friedliche Blöken der Schafe und die Schreie spielender Kinder, daß die Menschen von Chama es geschafft haben, wengleich der Schrecken vor Fremden bleibt.

Erinnern wir uns: Am 2. März 1991, nur zwei Tage nach dem Ende des zweiten Golfkrieges, erhoben sich im Südirak die Schiiten gegen Sadam Hussein. Kurz darauf schlos-



Auf dieser Tafel sind die geplanten Häuser im Kurdengebiet aufgelistet. (Foto: Marenbach)

sen sich die Kurden im Nordirak dem Aufstand an. Ende März 1991 hatten die irakischen Streitkräfte an beiden Fronten die Aufstände niedergeschlagen. Es folgte eine brutale Repressionswelle gegen die Zivilbevölkerung. Dieses Vorgehen löste eine Massenfucht aus. Schätzungen zufolge flüchteten bis Ende April 1991 etwa zwei Millionen mehrheitlich kurdische Flüchtlinge in die Grenzgebiete des Irak, der Südosttürkei und des Iran.

Die Alliierten unterstützten die aufständischen Kurden von Anfang an. Den größten Teil des traditionellen Siedlungsgebietes der irakischen Kurden, die Region nördlich des 36. Breitengrades, erklärten sie zur Schutzzone. Für die ohnehin stark dezimierte Luftwaffe Saddam Husseins herrscht seitdem über dem Gebiet absolutes Flugverbot. Diese Schutzmaßnahmen ermunterten in der Folge viele Kurden, in ihre Heimat zurückzukehren.

Im Dorfhaus von Chama sitzen sich die Besucher und die Dorfältesten beim Tee im Schneidersitz gegenüber. Es wird viel gelobt, aber auch darauf hingewiesen, wieviele

Verwandte sich noch immer in Flüchtlingslagern befinden, und es wird um weitere Hilfe gebeten. Der ASB-Delegierte und Ministerialdirektor Wolfgang Düren aus dem Innenministerium des Landes NRW wissen um die Not im Land.

Seit drei Jahren im Wiederaufbau

Seit 1991 hatten sie mit dem Innenminister von NRW, Dr. Herbert Schnoor, die Vorstellung entwickelt, daß hier Flüchtlingsbewegungen aktiv verhindert werden könnten. Dies hieß konkret: Flüchtlingsrückführung in die Heimat, Wiederaufbau, Ernährung während der Wiederaufbauphase und Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur.

Seitdem sind vierzig Lastwagen, gestiftet vom Land NRW, pausenlos im Einsatz. Sie bringen die Flüchtlinge zurück und transportieren Baumaterial sowie Nahrungsmittel und Vieh. Tausende von Häusern wurden in den letzten drei Jahren im nordirakischen Kurdengebiet gebaut, allein in den Sommermonaten 1994 sind 280 Wohnhäuser für 1539 Menschen fertiggestellt worden, außerdem zwei Schulen und eine Krankenstation. Hunderte von Straßenkilometern mußten repariert oder auch neu angelegt werden. Brunnen, Abwasserentsorgungsanlagen und Gesundheitsstationen wurden gebaut und ausgerüstet. „Hätten wir dies nicht getan, wäre den Kurden im Nordirak nur noch der Weg nach Europa geblieben“, sagt Schottner und fügt hinzu: „Ich kann nicht glauben, daß sie dort glücklicher gewesen wären, wenn ich sehe, wie sie jetzt hier leben!“ Aus einer Vision ist Realität geworden! Das Dorf Chama ist ein Beispiel dafür, wie man vor Ort Probleme lösen kann, die in Deutschland unlösbar geworden wären.

Ingo Marenbach

Sachsen-Anhalt

Halle. Zum ersten Mal trafen sich die Leiter der Katastrophenschutz-Organisationen der Stadt Halle zu einer Jahresbesprechung. Horst Dölling, Abteilungsleiter im Amt für Zivil- und Katastrophenschutz, nannte als größtes Problem, die fehlende Bereitschaft vieler Bürger, ehrenamtlich mitzuarbeiten; außerdem wünsche er sich eine bessere Funkausstattung für die Fahrzeuge. Immer wieder komme es vor, daß Verletzentransporte nicht in ein anderes Krankenhaus umgeleitet werden könnten, da man die Fahrzeuge über Funk nicht mehr erreiche.

Nicht nur das diesjährige Hochwasser, sondern auch die regelmäßig durchgeführten Übungen hätten gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit aller Organisationen unter der Führung eines Stabes sei. „Der bisherige gute Aufbau im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes war nur möglich, nachdem die Landesregierung am 1. Juli 1994 das Katastrophenschutzgesetz für Sachsen-Anhalt verabschiedet hat“, sagte Dölling.

Erstmals dabei in dieser Runde waren die BVS-Mitarbeiter Hilmar Matheis und Joachim Schöffler. Sie wollen die Aktivitäten der Organisationen unterstützen. Schöffler, Berater für Öffentlichkeitsarbeit in Dessau, will bei Helfertagen und Sicherheitswettbewerben ehrenamtliche Helfer für die Mitarbeit im Bevölkerungsschutz gewinnen.

Baden-Württemberg

Villingen-Schwenningen. Publik Relations – eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit für den Bevölkerungsschutz zu betreiben, hat sich seit Mitte letzten Jahres zu einem Schwerpunkt der Arbeit des BVS in Baden-Württemberg entwickelt. Reine Ausstellungspräsentationen gehören der Vergangenheit an. Dafür ist um die große Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ herum ein attraktives und medienwirksames Veran-

staltungsprogramm entwickelt worden.

Der Verlauf und das Ergebnis der „Tage des Bevölkerungsschutzes“ an der Fachhochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen zeigten, daß regionale Konzeptionen für die Öffentlichkeitsarbeit der richtige Weg sind. Die Aktionstage wurden von Klaus Gaa, Abteilungsleiter im baden-württembergischen Innenministerium, eröffnet. Zuvor konnte der Rektor der Fachhochschule, Prof. Thomas Feltes, neben Vertretern von Hilfsorganisationen und Behörden auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Christa Lörcher und den Stv. Vorsitzenden der F.D.P.-Landtagsfraktion, Ernst Pfister, begrüßen.

Tags darauf diskutierten vor rund 100 Zuhörern die Bundestagsabgeordnete Christa Lörcher, der CDU-Kreisvorsitzende Siegfried Kauder und Wolfgang Kaiser von Bündnis 90/Grüne mit acht Vertretern der Hilfsorganisationen über die Frage: „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Amt ohne Ehre?“. Moderiert wurde diese Talkrunde von Johannes Krauthemer vom „seefunk-radio“ in Konstanz.

„Die stillen Helden – Wer hilft, wenn doch mal was passiert?“ Dieser Frage gingen einen Tag lang 17 Redakteure von Schülerzeitungen aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis in einem Seminar nach. Die Schülerinnen und Schüler verfaßten nach Recherchen u. a. im Landratsamt und bei der Feuerwehr Beiträge für ihre Zeitungen, die von einer Jury bewertet und ausgezeichnet wurden. Die Aktion bildete den Abschluß der

erfolgreichen „Tage des Bevölkerungsschutzes“.

Bayern

Regenstauf. „Es ist schon beeindruckend, wie groß die Palette der Hilfsfahrzeuge und Geräte ist, die im Notfall den Bürgern des Landkreises zur Verfügung stehen“, war die allgemeine Meinung der Besucher beim „Tag des Katastrophenschutzes“ in Regenstauf. Anlaß für diesen Tag war die Feier zum 25jährigen Bestehen der Jugendfeuerwehr im Landkreis Regensburg. 270 Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes mit fast 50 Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen zeigten ihr Können. Rund 3.000 Besucher nutzten die Gelegenheit zur Information über den Katastrophenschutz. Der BVS bot ein Sicherheits-Quiz, an dem sich 453 Besucher beteiligten. Um die Fragen zu beantworten, konnten sich die Teilnehmer zuvor bei allen Hilfsorganisationen sowie anhand der BVS-Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ in der Jahnhalle informieren.

*

Sulzbach-Rosenberg. Großes Interesse zeigten die zahlreichen Repräsentanten der Behörden und Organisationen an der BVS-Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ anläßlich der Eröffnung in der Sparkasse in Sulzbach-Rosenberg.

Das von den Vertretern der Kommune und der Organisationen



Regenstauf: Eine Rettung aus bergigem Gelände wird demonstriert.





Sulzbach-Rosenberg: Blick auf einen Teil der Ehrengäste bei der Eröffnung. (Foto: Jäger)

gemeinsam vertretene Anliegen, den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung in Unglücks- und Katastrophenfällen wirkungsvoll zu gewährleisten, wurde von den Rednern der Veranstaltung demonstrativ unterstrichen.

Landrat Willi Morgenschweiß und Bürgermeister Gerd Geismann betonten, daß die menschliche Gemeinschaft durch eine Vielzahl von Gefahren bedroht sei. Der Schutz und die Sicherheit reduziere sich letztlich nicht auf Polizei und Streitkräfte. Der Bürger brauche vielmehr ein weiteres Sicherheitsnetz für Schadens- und Unglücksfälle.

Den Rahmen habe der Staat geschaffen, doch beruhe das Sicherheitsnetz auf dem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Landrat und Bürgermeister appellierten an die Jugend, sich vermehrt für eine ehrenamtliche Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Miltenberg. „Was ist Bevölkerungsschutz?“ heißt die Ausstellung des BVS, die in den Kreiskrankenhäusern Erlenbach und Miltenberg der Patienten und Besuchern präsentiert wurde. Geschäftsführer der Krankenhaus GmbH Alfred Büchler und BVS-Mitarbeiter Rigobert Hagel eröffneten die Bilderschau. Unter den zahlreichen Gästen waren auch die Verwaltungsleiter beider Häuser; sie sind für die Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter verantwortlich. Einmal im Jahr werden alle Beschäftigten durch den BVS im Selbstschutz geschult. Sie üben mit dem Feuerlöscher und trainieren Rettungsmaßnahmen.

Bamberg/Schwabach. „Miteinander können die Hilfsorganisationen die Ziele erreichen, die ihnen einzeln versagt bleiben“, erklärte Bambergs Oberbürgermeister Herbert Lauer bei der Eröffnung der Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ im Einkaufszentrum Atrium. Zehn



BVS-Mitarbeiter Rigobert Hagel eröffnet die Ausstellung im Kreiskrankenhaus Miltenberg.

Tage lang präsentierten sich alle Bamberger Hilfsorganisationen, zeigten ihre Ausrüstung, Ausschnitte aus ihrer Ausbildung und beantworteten Fragen der Ausstellungsbesucher.

Beim folgenden Einsatz im HUMA SB-Warenhaus in Schwabach dankte Oberbürgermeister Hartwig Reimann in seiner Ansprache den Organisationen für ihr Engagement. Die Kommune könne nur die Rahmenbedingungen schaffen, um Unglücksfälle zu bewältigen, so Oberbürgermeister Reimann, das eigentliche Sicherheitsnetz beruhe auf der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger.

Die Marketingleiter der HUMA-Gruppe bezogen bei ihrer Tagung in Schwabach die Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ in ihr Programm mit ein. Erhard Hosemann, Berater für Öffentlichkeitsarbeit in Nürnberg, erläuterte den HUMA-Führungskräften die Konzeption und die Einsatzgrundsätze der ersten, gemeinsamen Ausstellung aller Organisationen im Bevölkerungsschutz. Sie soll nun bundesweit in den Verkaufshäusern der Gruppe zum Einsatz kommen.

Marquartstein. Die Pressesprecher der in Bayern im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen trafen sich auf Einladung des BVS zu einer gemeinsamen Arbeitstagung in Marquartstein. Erstmals versuchten die Hilfsorganisationen damit, organisationsübergreifend Gemeinsamkeiten zu suchen und gemeinsame Projekte für die Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Ziel dabei sei es nicht, das individuelle Gesicht jeder Organisation umzuformen, sondern es sollten die Projekte der anderen Verbände gegenseitig bekannt gemacht werden, so Heinrich Rehberg vom BVS. Einen breiten Raum nahmen die Maßnahmen zur Helferwerbung ein, denn trotz verstärkter Werbung im vergangenen „Jahr des Ehrenamtes“ gehen die Helferzahlen überall zurück.

Die verstärkte Zusammenarbeit der Organisationen besteht in Bayern seit über einem Jahr und begann mit der Konzeption der Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“.

Lebensretter legen Jahresbilanz vor



Infolge des Supersommers 1994 rechnet die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mit deutlich mehr Ertrinkungsfällen als in den Vorjahren. DLRG-Präsident Dr. Joachim Pröhl begründete in der Jahresbilanzpressekonferenz der Gesellschaft in Berlin diese Erwartungen mit den deutlich gestiegenen Rettungs- und Erste-Hilfe-Einsätzen.

Die Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer konnten im vergangenen Jahr 671 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahren, das sei ein Plus von 15,5 Prozent. In 99 Fällen, also bei jedem siebten Einsatz, mußten die Helfer ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, um das anderer zu retten. 11.588 mal leisteten die ehrenamtlich tätigen Mitglieder vorbeugende Hilfe bei Wassersportlern, vor allem bei Segeln und Surfen (+ 8,9 Prozent).

Als Gründe für diese Entwicklung nannte Pröhl vor allem Leichtsinns, Übermut und Überschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit. Besonders dramatisch sei die Steigerungsrate bei den Erste-Hilfe-Einsätzen. Im Vergleich zu 1993 stiegen die Einsätze um 57,1 Prozent auf 58.022. 45.000 Lebensretter, in der Mehrzahl junge Menschen ab dem 16. Lebensjahr, leisteten mehr als 2,6 Millionen Wachstunden ohne Bezahlung und haben damit einen großen Beitrag geleistet, die Freizeit für Millionen Wassersportler und Schwimmer an Küsten, Binnengewässern und in Bädern sicherer zu machen, so Dr. Pröhl. Gegenüber 1993 seien durch den schönen Sommer 158.000 Wachstunden (+ 6,4 Prozent) mehr erbracht worden.

Der DLRG-Präsident forderte die Bundesländer auf, Hochwasserlagen in ihre Katastrophenschutzgesetzgebung aufzunehmen und die DLRG als kompetente Wasserrettungsorganisation in die Strukturen einzubinden. Die zahlreichen Überschwemmungen der letzten beiden Jahre hätten bewiesen, daß die DLRG bundesweit bei der Bewältigung von

Hochwasserkatastrophen unverzichtbarer Partner sei. Es habe sich aber auch gezeigt, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um Großschadensereignissen dieser Art effizient und wirkungsvoll zu begegnen. „Wir brauchen dringend neue Konzepte, die auf die Erfordernisse zugeschnitten sind, denn wir müssen in den nächsten Jahren mit weiteren Hochwasserkatastrophen vielleicht noch größeren Ausmaßes rechnen“, so DLRG-Chef Pröhl.

Die Schwimm- und Rettungsschwimmbildung ist die zweite Hauptaufgabe der DLRG im dualen System aus Vorbeugung und Hilfeleistung. Zwar hätten 1994 100.000 Kinder (+ 5,7 Prozent) das beliebte Frühschwimmerzeugnis „Seepferdchen“ erworben, ansonsten seien die Schwimmbildungszahlen aber weiterhin rückgängig. Bei den Jugendschwimmabzeichen und Schwimmbildungszahlen für Erwachsene sank die Zahl der Prüfungen um 4,6 Prozent auf 167.726.

Stabilisiert habe sich die Zahl der Rettungsschwimmprüfungen aufgrund einer bundesweiten Werbekampagne mit Schwimmolympiasieger Michael Groß. Ursachen für die Entwicklung sieht die DLRG vor allem in der Konkurrenz mit neuen Sportarten und den Bäderschließungen. Viele der über 2.000 DLRG-Gliederungen führten bereits lange Wartelisten. Heute könnten zwar 75 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland schwimmen, wenn der Trend zur Bäderschließung aber anhalte, sei die Schwimmfähigkeit der Bevölkerung gefährdet. „Dann droht ein Rückfall in die 50er Jahre mit der Folge, daß wieder viele Menschen ertrinken“, befürchtet der DLRG-Präsident.

1994 konnte die humanitäre Organisation wieder einen Anstieg der Mitglieder auf 540.000 verzeichnen, dennoch gehe die Zahl der aktiven Mitarbeiter zurück. Die in Aus- und Weiterbildung tätigen ehrenamtlichen Helfer gingen um

8,1 Prozent, die in Verwaltung und Organisation tätigen sogar um zehn Prozent zurück.

Seit fünf Jahren ist die DLRG auch wieder in den neuen Bundesländern vertreten. 10.000 neue Mitglieder setzten sich heute in über 100 Ortsgruppen in Ostdeutschland für die Ziele der Gesellschaft ein.

Mit den Gothaer Versicherungen habe die DLRG nun einen Wirtschaftspartner gefunden, der nicht nur mit finanziellen, sondern auch mit personellen und organisatorischen Hilfen die Aufbauarbeit der DLRG fördert. Die Ortsgruppe in Leipzig, wo die DLRG 1913 gegründet wurde, sei bereits ein erster Erfolg.

Als bedrückend bezeichnete der DLRG-Präsident die Bädersituation in Ostdeutschland. Lediglich ein Drittel der Frei-, Natur- und Hallenbäder sei ohne größere Beanstandungen nutzbar. Unter diesen Bedingungen sei eine qualifizierte Schwimm- und Rettungsschwimmbildung nur schwer möglich.

Großen Nachholbedarf sieht die DLRG auch im Wasserrettungsdienst. An vielen Gewässern fehlten Wasserrettungsstationen und Rettungsschwimmer. Einerseits hätten die Menschen in den neuen Bundesländern ihre Liebe für das Segeln, Surfen, Tauchen entdeckt, andererseits fehle es an den notwendigen Verordnungen und Sicherungseinrichtungen. Darin sieht Dr. Klaus Wilkens, Schatzmeister der DLRG, auch einen Grund für die hohe Ertrinkungsrate im Osten. Im Vergleich West- zu Ostdeutschland betrage nach Angabe des Statistischen Bundesamtes das Verhältnis 1:1,5 pro 100.000 Einwohner. In Ostdeutschland ist die Ertrinkungsrate damit annähernd doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.

Wirtschaftlich sei die DLRG auf einem guten Weg, der Mitgliedsbeitrag sei nach wie vor die Säule der Finanzierung.



Bayern: Landesjugendfeuerwehrtag ein voller Erfolg

Vom Rot und Blau der Fahrzeuge und Uniformen beherrscht, zeigte sich die bayerische Stadt Wertingen, Landkreis Dillingen, als ein vorbildlicher Gastgeber für die erste Mammutveranstaltung der Jugendfeuerwehr Bayern.

Richtig los ging es am Freitagmorgen: Auf dem Marktplatz bauten Jugendgruppen aus den sieben Regierungsbezirken Bayerns verschiedene Info-Stände auf, mit denen sie die Jugendarbeit der Feuerwehren geschickt in Szene setzten, angefangen von Fotoausstellungen, Spielen, Seifenkistenrennen bis zu handwerklichen Betätigungen wie z.B. Siebdruck auf T-Shirts. Unterdessen erfolgte das Training für die Wettkampfteilnehmer auf dem Sportgelände.

In seiner ersten Sitzung konstituierte sich der für die Jugendarbeit zuständige Fachbereich 9 des Landesfeuerwehrverbands. Hierbei informierte der Vorsitzende, Stadtbrandrat Karl Binai, die Mitglieder über die Aufgaben des Gremiums, wobei er als Schwerpunkte die Öffentlichkeitsarbeit und den Informationsfluß untereinander sah. Er betonte, daß man die Jugendarbeit nicht nur zur Organisation des Nachwuchses sähe, sondern sich der Verband auch ihrer Bedeutung zur Erziehung der Jugendlichen bewußt sei.

In Vertretung des erkrankten Landesjugendfeuerwehrwarts Gerhard Barth eröffnete Toni Wolf die 3. Sitzung des Landesjugendfeuerwehrausschusses. Der Ausschuß ernannte Franz Waltl (Landkreis Eichstätt) einstimmig zum Fachbereichsleiter „Jugendringe/Jugendpolitik“.

Während nach dem Mittagessen auf dem Marktplatz Hochbetrieb herrschte, trafen sich Führungsdienstgrade aus ganz Bayern zu einer Arbeitstagung mit dem Thema „Senkung des Eintrittalters auf zwölf Jahre“. Einem Grundsatzreferat von Toni Wolf, in dem er ausführlich das

Für und Wider einer solchen Änderung beleuchtete, schloß sich eine heftige Diskussion an, wobei man sich darauf einigte, daß die Kommunen sich dieses Themas annehmen und bis zum Herbst von allen Ebenen Stellungnahmen vorliegen sollten, um dann eine endgültige Entscheidung herbeiführen zu können. Nach regem Treiben auf dem Marktplatz fanden sich Tagungs- und Wettkampfteilnehmer dann zu einem bunten Abend in der Dreifachturnhalle ein.

Die Jugendfeuerwehren selbst standen am Samstag morgen im Mittelpunkt des Geschehens: In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik und Feuerwehr eröffnete Toni Wolf den Landesentscheid im neuen Bundeswettbewerb der Deutschen Jugendfeuerwehr. Bei „Kaiserwetter“ kämpften die 28 Mannschaften um Punkte und um den Sieg. Im Anschluß an das Mittagessen nahm Landesjugendfeuerwehrwart Gerhard Barth bei der Siegerehrung die Spannung von Teilnehmern und Zuschauern. Nach der Verleihung des Bayerischen Jugendleistungsabzeichens an die Gastgruppen aus Grassnitz und Kirb (Österreich) sowie Krakau (Polen), das diese während der Veranstaltung hart erkämpft hatten, gab er die Platzierung bekannt:

Groß war der Jubel bei den Jugendfeuerwehren Niederperlesreuth/Waltenreut und Münster am Lech, die den Freistaat am 3. September beim Bundesentscheid in Waldkraiburg vertreten dürfen. Sämtliche Teilnehmer erhielten ein T-Shirt, die Mannschaften jeweils einen Tischwimpel sowie die sechs Bestplatzierten jeweils zusätzlich einen Pokal.

Im Anschluß trafen sich die Kreisjugendfeuerwehrwarte zur Dienstversammlung, zu der Barth auch den Landesjugendfeuerwehrwart Baden-Württembergs, Hans-Peter Schäfer, den Landesjugendreferenten Oberösterreichs, Ober-

brandrat Alfred Hacklmeier, den Sprecher der Feuerwehren Bayerns, Kreisbrandrat Fritz Poll, den ehemaligen Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbands Bayern, Kreisbrandrat Waldemar Ehm, Bürgermeister Dietrich Riesenbeck sowie weitere zahlreiche Vertreter der Feuerwehr begrüßen konnte. Er übermittelte die Grüße des Deutschen Feuerwehrverbands und der Bundesjugendleitung und bedankte sich bei den Organisatoren des Landesjugendfeuerwehrtags. In seinem Rückblick auf die letzten beiden Jahre ging Barth auf die Gründung des Landesfeuerwehrverbands sowie der Jugendfeuerwehr Bayern ein. Themen wie Schutzzanzüge für die Jugendlichen, Werbemittelserie und das vergangene „Jahr des Ehrenamtes“ waren weitere Inhalte seines Resümeees. Nach den Berichten der Fachbereichsleiter Bildung, Fachzeitschriften, EDV, Öffentlichkeitsarbeit und Wettkämpfe sowie des neuen Fachbereichsleiters Jugendringe wurde der Ausschuß einstimmig entlastet. Auch die Haushaltsplanung wurde ohne Gegenstimme angenommen. Da es noch keine Bewerber für die Ausrichtung des Landesentscheides im internationalen Wettbewerb des CTIF sowie für den 2. Landesjugendfeuerwehrtag 1997 gibt, wurde dies dem Landesjugendfeuerwehrwart zur Vergabe übertragen.

Zum Ende standen zwei Ehrungen an: Kreisjugendfeuerwehrwart Anton Winkler, Dillingen, erhielt die DJF-Ehrendnadel in Silber und der ehemalige Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands Bayern, Kreisbrandrat Waldemar Ehm, wurde mit einem Präsent verabschiedet.

Mit einem Dank an die Veranstalter beendete Gerhard Barth den 1. Landesjugendfeuerwehrtag Bayerns, der den Teilnehmern mit Sicherheit in guter Erinnerung bleiben wird.

Stefan Brunner

„Freie Fahrt für schnelle Hilfe“

Am Steuer von Alarmfahrzeugen der Feuerwehr wird der Streß immer größer. Und das nicht nur wegen zunehmender Verkehrsdichte und verstopfter Straßen. Auch Falschparker und künstliche Fahrbahn-Engpässe in Wohngebieten machen den Rettungskräften zunehmend das Leben schwer, weil es kein Durchkommen mehr gibt.

In einer bundesweiten Informationskampagne wollen die Feuerwehren darum jetzt das Bewußtsein der Bürger dafür schärfen, daß bei Unglücksfällen und Bränden Sekunden über Leben und Tod entscheiden können. Der Deutsche Feuerwehrverband, der diese Aktion in Absprache mit den Länderinnenministern konzipiert hat, will deutlich machen, daß „das Verhalten der Verkehrsteilnehmer als maßgeblicher Einflußfaktor für Erfolg oder

Mißerfolg einer Rettungsaktion bei Unglücksfällen und Notlagen entscheidend sein kann“. In der Bevölkerung müsse ein Unrechtsbewußtsein für das Fehlverhalten beim ruhenden und fließenden Verkehr geweckt werden, das gelte z. B. beim Versperren von Rettungswegen.

Die Kampagne soll in den Städten und Gemeinden das ganze Jahr über laufen und ihren Höhepunkt in einer „Feuerwehr-Aktionswoche 1995“ vom 13. bis 23. September finden.

„Leben spenden“ in Böblingen

Zu einem großen Erfolg wurde eine Knochenmark-Spendeaktion des Kreisfeuerwehrverbandes Böblingen. Über 1200 mögliche Spender konnten dabei registriert werden. Eine parallel durchgeführte Spendenaktion erbrachte den stolzen Betrag von 65.000 DM, wovon



Hilfe für die Aktion „Leben spenden“ in Böblingen. (Foto: Schmidt)

die Feuerwehren des Kreises einen erheblichen Teil aufbrachten. Die vom Kreisfeuerwehrverband zusammen mit der Deutschen Knochenmarkspenderdatei in Tübingen (DKMS) konzipierte Aktion stand unter der Schirmherrschaft des Böblinger Oberbürgermeisters Alexander Vogelsang.

Bei der ersten Abnahme in der Feuerwache Böblingen kamen aus den Feuerwehren 550 Spender. Am zweiten Spendeternin, ebenfalls in der Feuerwache, konnten Spender aus der Bevölkerung teilnehmen.

Die Feuerwehr-Erholungsheime in Deutschland

Heute: Sattelmühle (Rheinland-Pfalz)

Das Feuerwehrsicherungs- und Erholungsheim Sattelmühle im Herzen des Naturparks Pfälzerwald ist eine Oase der Ruhe und Erholung. Die Landschaft mit ihren malerisch zerstreut liegenden Gemeinden, romantischen Burgen, idyllisch gelegenen Hütten des Pfälzerwaldvereins, der Naturfreunde- und Forsthäuser ist von den großen Strömen des Fremdenverkehrs weitgehend unberührt geblieben. Hier findet man noch freundliche und naturverbundene Menschen, die dem Gast zu erschwinglichen Preisen seinen Wunsch erfüllen.

Ideale Voraussetzungen für erholsame Ferien, Entspannung und Ruhe in sauberer, herzhafter Luft. Das Haus verfügt über elf gut ausgestattete Zimmer mit insgesamt 30 Betten. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle bei der Verbandsgemeinde Lambrecht (Pfalz), Telefon 06325/181108.

Feuerwehrsicherungs- und Erholungsheim des Landkreises Bad Dürkheim, 67472 Esthal-Sattelmühle, Telefon 06325/8744





„Frieden im Zeichen der Menschlichkeit“

Offizielle Festveranstaltung des Deutschen Roten Kreuzes
in der Ruine der Marienkirche in Frankfurt/Oder

Zweifellos ist es ein Zufall, daß der Geburtstag des Rotkreuzbegründers Henry Dunant und – genau 117 Jahre später – das Ende des 2. Weltkrieges in Europa auf einen 8. Mai fielen. Sehr bewußt und absichtsvoll hingegen war die Entscheidung des Deutschen Roten Kreuzes, den 8. Mai – alljährlich im Gedenken an Dunant begangener Weltrotkreuztag – im Jahre des 50. Jahrestages des Kriegsendes unter das Motto „Frieden im Zeichen der Menschlichkeit“ zu stellen, die Festveranstaltung am Vorabend dieses Tages in Frankfurt/Oder durchzuführen. Die Oderstadt hat gerade in jüngster Zeit in vielfältiger Hinsicht eine Brückenfunktion zu den Staaten und Völkern Osteuropas entwickelt.

So stellte auch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die neben vielen namhaften Ehrengästen der Einladung des Roten Kreuzes gefolgt war, in ihrem Grußwort fest, daß es für eine Veranstaltung unter diesem Motto am Vorabend des 8. Mai keinen besseren Ort als Frankfurt gegeben habe. Die Oderstadt sei Brücke zu dem Volk, „über das so viel menschliches Leid in deutschem Namen gebracht wurde“. Rita Süßmuth dankte dem Roten Kreuz und seinen Mitgliedern für deren aufopferungsvolle Arbeit in 182 Ländern der Welt. Dieser Arbeit müsse weltweit zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung verholfen werden. „Sagen wir nicht“, so die Bundestagspräsidentin, „das Wirken des Roten Kreuzes mache keinen Sinn. Denn wenn man nicht immer wieder das Zeichen der Menschlichkeit gegen die Unmenschlichkeit setzt, gewinnt die Unmenschlichkeit an Raum.“

Nachdem Turmbläser den Auftakt zur Festveranstaltung in der Ruine der Marienkirche gegeben hatten, intonierte das deutsch-polnische

Bundestags-
präsidentin
Rita Süßmuth
dankt
dem Roten Kreuz
und seinen
Mitgliedern
für deren
aufopferungsvolle
Arbeit.



Jugendorchester Bachs „Air“. Damit war ein erster symbolhafter Akzent gesetzt, der sich wie ein roter Faden durch diesen Tag zog und auch von DRK-Präsident Knut Ipsen in der Festansprache aufgenommen wurde. „Frieden wird nur gewonnen“, so Prof. Ipsen, „durch die Beseitigung von Friedensstörungen. Und wer wüßte dies besser als unser Nachbar, das polnische Volk.“ Auf die kontroverse Diskussion um die Bewertung des 8. Mai 1945 eingehend, erklärte er: „Das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist eine Befreiung gewesen. Die Befreiung der Menschen war indessen am 8. Mai 1945 nicht abgeschlossen, weder in diesem Lande noch in anderen europäischen Ländern.“ Angesichts der über 30 größeren bewaffneten Konflikte, die gegenwärtig die Welt

erschüttern, vielerorts zu beklagender Verletzungen grundlegender Menschenrechte, sei es, appellierte Prof. Ipsen, weder mit der Tradition noch mit dem Hauptgrundsatz der Bewegung vom Roten Kreuz, der Menschlichkeit, vereinbar, diesen Befund allein zu beklagen oder gar vor ihm zu resignieren.

Zum Abschluß seiner Ansprache würdigte Prof. Ipsen die Verdienste des Völkerrechtlers, langjährigen Präsidenten des Polnischen Roten Kreuzes und „alten Freundes“ des Deutschen Roten Kreuzes, Prof. Roman Jasica. In ebenso bewegten wie bewegenden Worten dankte Prof. Jasica für die ihm verliehene höchste DRK-Auszeichnung, das Ehrenzeichen.

Sein Nachfolger im Amt des DRK-Präsidenten, Andrzej Podsiadlo, bezeichnete die Veranstaltung als

Deutsches Rotes Kreuz



Beginn einer neuen Etappe in der Zusammenarbeit beider Rotkreuzgesellschaften und Mario Villaruel Lander, Präsident der Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, würdigte in seinem Grußwort den Fall der Berliner Mauer vor nunmehr fünf Jahren, der einen neuen geschichtlichen Abschnitt eingeleitet habe. Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt ging auf die Aufforderung des DRK-Präsidenten ein, der dem Land die Unterstützung des DRK-Landesverbandes anempfohlen hatte. Sie würdigte die besonderen Verdienste des Roten Kreuzes im Land Brandenburg in der Altenpflege, der Kinder- und Behindertenbetreuung.

Erstmals verlieh das Deutsche Rote Kreuz seinen Internationalen Jugendfriedenspreis. Die Auszeichnung für herausragende Aktivitäten zur Völkerverständigung ging an das gemeinsame deutsch-polnische „Jugendprojekt Muskauer Park“. Die Friedensbotschaft des DRK-Präsidenten wurde durch DRK-Mitgliedern in deutscher, polnischer, englischer und französischer Sprache verlesen – sicher ein auch emotionaler Höhepunkt dieser Veranstaltung, zu deren Abschluß vor der Marienkirche Tausende Friedens-Tauben in den blauen Frankfurter Himmel stiegen.

Zwischen Marienkirche und Frankfurter Rathaus präsentierte sich das Rote Kreuz mit einer Leistungsschau. Neben einem interessanten Querschnitt aus der Arbeit der Brandenburger – vom „Body-Grips-Mobil“ des JRK, über die Wasserwacht, Soziale Dienste bis hin zur erst unlängst gegründeten ersten Rettungshundestaffel des Kreisverbandes Forst – fand natürlich ebenso die Frankfurter „Gulaschkanone“ regen Zuspruch der Besucher und Gäste. Auch der Aufruf zur Tat in einem der extra aus Bayern und Berlin gekommenen Blutspendebusse fand ein mehr als hundertfaches Echo.

Der Abschluß der Weltrotkreuztags-Ereignisse fand auf der Frankfurter „Friedensbrücke“ statt, die den Grenzstrom Oder überspannt. DRK-Präsident Knut Ipsen übergab zwei Motorräder für die mobile Grenzbetreuung. Auf ihnen werden zukünftig deutsche und polnische Rotkreuzhelfer in der staugeplagten

Anlässlich des Weltrotkreuztages übergibt DRK-Präsident Knut Ipsen zwei Motorräder für die mobile Grenzbetreuung auf polnischer und deutscher Seite.

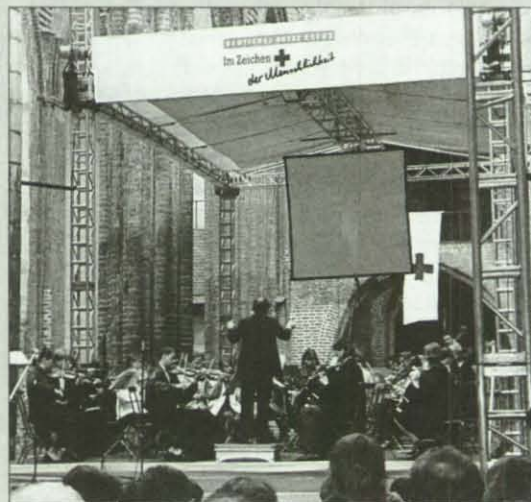


Dr. Reiner Maria Gohlke (Mitte) übergibt im Auftrag des Süddeutschen Verlags einen Scheck für den ersten Jugendfriedenspreis des DRK.



Das deutsch-polnische Jugendorchester sorgt für den festlichen musikalischen Rahmen der Veranstaltung.

(Fotos: Zimmermann)



deutsch-polnischen Grenzregion Frankfurt – Slubice ihren Dienst für Menschen in Not tun – gemeinsam.

Das letzte Wort sei Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth eingeräumt, die spontan äußerte: „Dies war eine Veranstaltung, von der ich

wirklich sagen muß, sie war grenzüberschreitend – wie es dem Roten Kreuz gemäß ist, denn das Rote Kreuz kennt keine Grenzen.“

Lutz Eckhardt



Bundeswettkampf '95

Spannung und Unterhaltung in Wiesbaden

Der diesjährige JUH-Bundeswettkampf, der Ende Mai in Wiesbaden stattfand, bot neben spannenden Begegnungen ein buntes Unterhaltungsprogramm. Einer Werbe- und Informationsveranstaltung auf dem Mauritiusplatz mit Blutdruckmeßservice und Blutzuckerkontrolle am Freitag folgte am Samstag der Wettkampf auf dem Gelände des Camp Lindsey.

Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm hatte zuvor den 200 Teilnehmern des Bundeswettkampfes „ein erfolgreiches Ringen um Punkte und Plätze“ gewünscht. „Ein Gewinner jedoch steht für mich von vornherein fest“, so Blüm in seinem Grußwort, „und das ist die Allgemeinheit, die sich stets auf eine solch qualifizierte Hilfsorganisation wie die Johanniter-Unfall-Hilfe verlassen kann.“

Erste-Hilfe-Wettkämpfe sind ein Bestandteil der Ausbildung für den Dienst am leidenden Menschen. Sie bieten eine gute Gelegenheit, den Institutionen, Gremien und Personen, die die JUH unterstützen, Rechenschaft über die geleistete Arbeit abzulegen. Für die Johanniter ist der Wettkampf ein ausgezeichnetes Mittel, Wissen und Können zu überprüfen, darüber hinaus den Mitkämpfer zu unterstützen, dem „Gegner“ fair zu begegnen und sich nach dem Wettbewerb mit allen Anwesenden darüber zu freuen, daß man es „durchgestanden“ hat.

Die Organisatoren hatten ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm vorbereitet. Mitwirkende waren Brigitte Grothum, Ingrid Volkert, das Circus-Varieté Merz & Pilini, die Circuschule Corelli, das Trompeten Consort „Friedemann Immer“ und die Atlanta-Jazz-Band. Der Johanniter-Spielmanszug, eine Einrichtung der Johanniter-Jugend in Ahlhorn/Großenkneten, gab mit seinen 38 aktiven Spielleuten traditionelle Märsche, Folklore, Schlagermusik und moderne Rhythmen zum Besten. Im Einsatz war die Feldbäckerei des Kreisverbandes Mann-

heim, die in Deutschland einmalig ist. Wenn beide Backebenen des Ofens ausgenutzt werden, produziert sie mit drei bis vier Mitarbeitern pro Stunde rund 1.000 Baguettes.

Damit sich die Besucher des Bundeswettkampfes ein Bild von der Rettungshundearbeit machen konnten, zeigte die Rettungshundestaffel Hessen-Mitte des Kreisverbandes Gießen Vorführungen von dieser besonderen Art des Rettungsdienstes. Außerdem gab es eine große Verlosung mit vielen Preisen, eine Hüpfburg, Kinderbetreuung, ein Erste-Hilfe-Quiz, Info- und Demonstrationsstände.



Oben:
Einen
„Baustellenunfall“
bekamen
die S-Mannschaften
als Aufgabe.



Links:
Auch
das Projekt
„Ersthelfer
von morgen“
war auf dem
Bundeswettkampf
vertreten.

Die Sieger:

A-Mannschaften:

1. Platz: KV Neumünster
2. Platz: KV München
3. Platz: KV Speyer

Gastmannschaften:

- OG Karlsbach (MHD)
- KV Hünfeld (DRK)
- Riga (Sveta Jana Palidziba)

B1-Mannschaften:

1. Platz: KV Karlsruhe
2. Platz: KV Trier-Saarburg
3. Platz: KV Neumünster

B2-Mannschaften:

1. Platz: KV Freising

SH-Mannschaften

1. Platz: KV Ostalb

S-Mannschaften

1. Platz: KV Lübeck
2. Platz: KV Mannheim
3. Platz: OV Kettwig

Gastmannschaft:

- Triest S.O.G. IT.

„Die Menschen sind das Eigentliche. Überall“

Dieter Clauß, der erste Bundesauslandsbeauftragte der Malteser

Nicht nur der Mann ist neu, sondern auch sein Amt: Seit dem 1. Januar ist Dieter Clauß der erste Bundesauslandsbeauftragte der Malteser.

Sechzig Jahre ist er alt, einsachtzig groß. Er wirkt jünger, selbstbewußt, energisch und – gelassen. Ein kraftvoller Händedruck, ein fester, offener Blick. Die neue Position will den Stellenwert der Auslandsarbeit bei den Maltesern unterstreichen. Clauß hat sie als Ehrenamt übernommen. Im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, deren Mitglied beide sind, hatte Baron Heerman ihn gefragt, ob er was Sinnvolles machen wolle: „Da hab' ich zugesagt.“

„Ruhig schlafen, das habe ich noch nie gekonnt“

Dabei könnte Clauß auch ohne die Malteser eigentlich nicht über Langeweile klagen: Er ist Präsident der Clausewitz Gesellschaft, seit fünfzehn Jahren Mitglied der kirchlichen Kommission *Justitia et Pax*... „Ich bin ein dynamischer Typ, ich brauche Aufgaben, Entwicklungsmöglichkeiten. Ruhig schlafen, das habe ich noch nie gekonnt.“

1934 in Leipzig geboren, kam Clauß 1948 „nach Kriegswirren“ nach Westdeutschland. Nach dem humanistischen Abitur in Nimburg an der Weser ging er 1955 zum Bundesgrenzschutz, ein Jahr später rückte er als Infanterist bei der Bundeswehr in Hannover ein. Er wurde Jugendoffizier in Münster, Brigadekommandeur in Iserlohn, Divisionskommandeur in Neumünster, Personalchef der Bundeswehr in Bonn. Dazwischen gab es zahlreiche andere Verwendungen und immer wieder Aufenthalte im Ausland, an der Kanadischen Führungsakademie in Kingston/Ontario zum Beispiel, am Nato Defense College in Rom, im Nato-Hauptquartier in Brüssel.



Er ist der erste Bundesauslandsbeauftragte der Malteser: Dieter Clauß.

Zuletzt – von 1991 bis 1993 – war er Stellvertretender Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa.

„Für mich ist Osteuropa noch lange nicht ‚erledigt‘“

„Ich habe mich als Soldat immer als Schützer und Helfer verstanden. Da gab es keinen Widerspruch zu meinem kirchlich-christlichen Engagement. Gerechtigkeit schafft Frieden. Das ist eine politische Aufgabe. Doch in einer Welt, in der es keinen ewigen Frieden gibt, sind die Streitkräfte ein wichtiges Instrument der Friedenserhaltung.“ Bei den Maltesern will Clauß beides noch enger binden, das kirchlich-christliche Engagement mit seinem Anliegen zu retten, zu schützen und zu helfen. „Die Menschen sind das Eigentliche. Überall.“

Und: auch wenn er darüber nachdenkt, bei einigen seiner Ehrenämter kürzer zu treten, bei seinen Aufgaben für die Malteser wird das mit Sicherheit nicht der Fall sein – „im Gegenteil“. In der Auslandsarbeit fühlt Clauß sich gut aufgehoben. Nicht zuletzt seine Verwendungen

bei der NATO führten ihn oft ins Ausland, zuletzt nach Osteuropa. „Für mich ist Osteuropa noch lange nicht ‚erledigt‘. Meiner Meinung nach wird Osteuropa für unsere Malteser-Auslandsarbeit noch Jahrzehnte Schwerpunkt sein.“

Pflöcke eingesteckt

Der erste Bundesauslandsbeauftragte hat sich Pflöcke eingesteckt. Was will er erreichen? Er geht die Punkte systematisch durch. Er will Strukturen schaffen, das entstehende Netz von Auslandsbeauftragten, -referenten und -koordinatoren und damit die Auslandsarbeit der Gliederungen stärken. Er will die Auslandsarbeit der Gliederungen direkt unterstützen durch eine bessere Ausnutzung zentraler Kompetenzen. Auch die Zusammenarbeit in ECOM auszubauen, ist ihm ein wichtiges Ziel.

In neun Diözesen ist der neue Bundesauslandsbeauftragte schon gewesen, spätestens wenn das Jahr um ist, möchte er überall gewesen sein. „Die Malteser in den Gliederungen sehen mich ein bißchen als außenstehend an, als Klagemauer und gleichzeitig als Verbindung nach Köln. Und ich finde das gut, so kann ich ihre Interessen gerne wahrnehmen. Ich glaube, da, wo ich war, habe ich den Gliederungen die Befürchtung genommen, da kommt einer, der uns beschneiden will. Das will ich nicht. Ich will vielmehr Lücken füllen, wo die Gliederungen Hilfe brauchen.“

Ein bißchen Angst hat jeder

Aber es sind nicht nur die Gliederungen, denen er helfen will: „Grundsätzlich will ich mit meinem Ehrenamt auch die Hauptamtlichen entlasten.“ So übernimmt Clauß beratende, koordinierende und repräsentative Verantwortung für die





Auslandsarbeit der Malteser, etwa im Verhältnis zum Auswärtigen Amt, zur UNO, zur Europäischen Union, zur Caritas, zum Technischen Hilfswerk und Roten Kreuz.

Ein bißchen Angst macht ihm das alles schon. Angst, Erwartungen nicht zu erfüllen, Menschen zu enttäuschen. Wer ihn in seiner freundlich-souveränen Art erlebt, mag das kaum glauben. Nach seinen Schwächen gefragt, sagt er: „Ungeduld und Hang zum Perfektionismus.“ Die Neugierde treibt ihn an, deshalb

kann er sich nicht vorstellen, sein Amt je als Belastung zu empfinden – solange die Familie es mitträgt. Dieter Clauß ist verheiratet, achtzehnmal ist er mit seiner Familie umgezogen. Von den drei Kindern ist die jüngste Tochter noch zu Hause. Seine Frau Marion hält ihm den Rücken frei. Aber er achtet auch selbst darauf, Freiräume zu behalten. In seiner Bonner Wohnung gibt es kein Arbeitszimmer und kein Fax, wohl aber eine schöne Bibliothek mit einem Schreibtisch.

chenentzündungen und Amputationen – in die vom Hammer Forum gewonnenen Krankenhäuser.

Die vorbereitende Koordination des Einsatzes war über das Referat Katastrophenschutz im Generalsekretariat gelaufen, das die Unterstützung des Bundesamtes für Zivilschutz gewann und die Anerkennung des Einsatzes als praktische Ausbildung für den Katastrophenschutz. Durch den Kontakt zur Rückholdienstzentrale floß deren Know-how schon in die Planung ein.

Die örtliche Einsatzleitung in Frankfurt, wo die Kinder landeten, lag bei den Maltesern in Oestrich-Winkel, die neben der Nähe zum Einsatzort ebenfalls Erfahrung aus Rückholdienst-Einsätzen einbrachten. Die Einsatzleitung in Paderborn wiederum band in der Person von Friedhelm Craes langjährige Katastrophenschutzserfahrung ein und hatte den Vorteil der örtlichen Nähe zum Hammer Forum, mithin zum Auftraggeber, was für das Gelingen eines solchen Einsatzes oft entscheidend ist.

Während des Transports mit 27 Krankentransportwagen (KTW), davon 18 KTW 4-Tragen aus dem Katastrophenschutz, garantierten die Malteser die medizinische Versorgung der Kinder. Dabei erwiesen sich die KTW 4-Tragen des erweiterten Katastrophenschutzes als überaus angemessene Fahrzeuge: Die Kinder im Alter von vier bis zwölf Jahren waren in einem vital stabilen Zustand und bedurften keiner intensivmedizinischen Betreuung. Deshalb waren die Fahrzeuge durch die Möglichkeit der gleichzeitigen Beförderung mehrerer Patienten auch psychologisch günstig für die Kinder, die zum Teil psychisch sehr angespannt waren. Zum Glück hatten die Erfstädter Malteser eine junge Dame mitgebracht, die sich mit den Kindern verständigen konnte. Darauf muß die Einsatzleitung in Zukunft achten: daß die Malteser selbst an Dolmetscher denken, weil die Gefahr besteht, daß der Auftraggeber es nicht tut.

Der Anblick der Kinder und der Einsatz für die kleinen Patienten machte allen beteiligten Helfern die Notwendigkeit und den Sinn ihres ehrenamtlichen Engagements hautnah bewußt. Besser kann Motivation nicht funktionieren.

Üben einmal anders

Ein Einsatz als praktische Ausbildung

Auf Bitten des Hammer Forums transportierte der Malteser-Hilfsdienst kriegsverletzte Kinder zur medizinischen Behandlung in Krankenhäuser in ganz Deutschland. Erstmals genehmigte das Bundesamt für den Zivilschutz den Einsatz als praktische Ausbildung für den Katastrophenschutz. – Eine Bewertung.

Ziel des Hammer Forums ist die medizinische Mindestversorgung von kriegsverletzten Kindern. Wo diese im Heimatland nicht sicherge-

stellt ist, organisiert das Hammer Forum die Behandlung der Kinder in Deutschland und ihre Rückkehr zu ihren Familien. Schon seit Jahren unterstützt der Malteser-Hilfsdienst das Hammer Forum mit dem medizinisch begleiteten Transport der Kinder innerhalb Deutschlands.

Der Einsatz verlief uneingeschränkt positiv. Rund 80 ehrenamtliche Helfer aus Gliederungen von Hamburg bis Augsburg brachten 43 Kinder – die meisten litten an Kno-



Den zehnjährigen Saifullah und die kleine Najla, die beide nicht gehfähig sind, brachten die Augsburger Malteser vom Frankfurter Flughafen in die Augsburger Krankenhäuser Vincentinum und Hessingklinik.

(Foto: Puchner)

Mitwirkung der Gemeinden im Katastrophenschutz



Die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes werden in der Bundesrepublik Deutschland den Grundsätzen einer pluralen Gesellschaftsordnung folgend von sich ergänzenden öffentlich-rechtlichen und privaten Trägerorganisationen wahrgenommen. Der gemeindlichen Ebene kommt dabei im Rahmen des Katastrophenmanagements hinsichtlich der Integration und Koordination aller verfügbaren Schutzpotentiale eine Schlüsselposition zu.

Die örtliche Katastrophenschutzbehörde – Kreis oder kreisfreie Stadt – leitet und koordiniert alle Hilfsmaßnahmen in ihrem Bereich, und trifft die hierfür erforderlichen Vorbereitungen. Die Katastrophenschutzbehörde bildet eine Katastrophenschutzleitung und bindet dabei den vorhandenen Sachverstand von Fachämtern sowohl der eigenen als auch externer Verwaltungsstellen bis hin zur Beorderung von Potentialen aus der Privatwirtschaft ein. Diese besondere Verantwortung der Katastrophenschutzbehörde beschränkt sich nicht nur auf den abwehrenden, sondern vor allem auch auf den vorbeugenden Gefahrenschutz.

Das im deutschen Katastrophenschutzrecht (1) verankerte Subsidiaritätsprinzip verkörpert dabei die Selbstverantwortung der mit einzelnen Fachaufgaben, z. B. Brandschutz, ABC-, Sanitäts-, Betreuungsdienst, Bergung sowie die fach- und organisationsübergreifende Führung und Kommunikation, regional beauftragten Träger.

Besonders im Bereich von Führung und Kommunikation (Einsatzlogistik) stellen gemeindliche Schutzkomponenten von Feuerwehr und kommunalen Regieeinheiten ein fachaufgaben- und organisationsübergreifendes Potential für das örtliche Management der vorhandenen Schutzressourcen.

Die unmittelbare trägerschaftliche Anbindung an die Katastrophenschutzbehörden gewährleistet insofern eine direkte Verfügbarkeit und

Vortrag von **Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, Bundesvorsitzender der ARKAT, Braunschweig**, anlässlich des Seminars über deutsch-tunesische Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Katastrophenschutzes am 8./9. Juni 1995 an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Nutzung im regionalen Verantwortungsbereich der kreisfreien Stadt oder des Landkreises selbst. Die Führungsorganisation des Katastrophenschutzes geht dabei in aller Regel von einem lageabhängigen fraktalen Aufbau der technisch/taktischen Führungsebene aus.

Wichtiges Handlungsziel ist dabei die Schaffung integrierter Führungskonzepte, um die Gefahrenabwehr in bezug auf die jeweiligen Schadensszenarien operativ und funktional flexibel gestalten zu können.

Ein integriertes Gefahrenmanagement erfordert insgesamt modulare Strukturen, organisatorisch, technisch, personell und ausbildungsmäßig eingebunden in eine einheitliche Systematik für Führung, Kommunikation und Logistik.

In Großschadens- und Katastrophenfällen wird es in der Regel notwendig sein, die Örtliche Einsatzleitung in ihrem Führungs- und Kommunikationsteil zu ergänzen und zu verstärken. Funktionsträger und Betriebspersonal aus dem gemeindlichen Katastrophenschutz können dabei Ressourcen von Feuerwehr und Polizei ergänzen bzw. gegebenenfalls auch ersetzen, wenn diese in rückwärtigen Führungsbereichen bzw. der Katastrophenschutzleitung benötigt werden.

Zeitgemäße Führungsmodelle müssen deshalb dynamisch konfigurierbar sein und den Aufbau konföderativer Strukturen mit einem

hohen Grad an dezentralisierbarer Kompetenz ermöglichen.

Letztendlich bestimmen aber immer die Rahmenbedingungen des konkreten Einsatzgeschehens den jeweils spezifizierten Aufbau einer dezentralen schadensbildorientierten und nach dem Prinzip schneller Regelkreise zu segmentierenden Führungssystematik.

Das Beispiel zeigt schematisch die Integration gemeindlicher Komponenten und Verwaltungseinheiten in eine fraktal aufwuchs- und anpassungsfähige Führungs- und Kommunikationsstruktur und deren Einbindung in die übergeordneten Leitungs- und Koordinierungsebenen.

Erste Führungseinheit in einem Schadensfall dürfte in aller Regel die Besatzung eines Einsatzleitwagens (ELW) der Feuerwehr (Polizei) sein. In Großschadens- und Katastrophenfällen wird es dann notwendig werden, die Einsatzleitung den Prinzipien einer fraktalen Führungssystematik folgend aufzubauen, d. h. den örtlichen Einsatzleiter zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Einsatzraum zu unterstützen. Für diesen Fall wird im Bereich jeder Kreisverwaltungsbehörde eine „Unterstützungsgruppe“ Örtliche Einsatzleitung -UG-ÖEL- aufzustellen sein (2).

Seitens der ARKAT wird hierzu derzeit in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg an einem Konzept für eine dezentral (mobil) verfügbare Leitstelle für das rechnerunterstützte Katastrophenmanagement gearbeitet.

Abhängig von dem Schadensausmaß kann die Einsatzleitung beispielsweise durch eine Sanitätseinsatzleitung zur Koordination des medizinischen Einsatzes, Schnelleinsatzgruppen des Fernmeldedienstes für gegebenenfalls zusätzlich notwendige Fernmeldeverbindungen oder auch mobile Meßleitstellen bei ABC-Gefahren ergänzt werden (3).

Gemeindliche Schutzpotentiale nehmen überdies Fachaufgaben auch originär im Brandschutz und



ABC-Dienst wahr. So sind die Einheiten des Brandschutzes bis auf wenige Ausnahmen der Feuerwehr zugeordnet. Während im ABC-Bereich zu 56 Prozent die kommunalen Feuerwehren, zu 30 Prozent die kommunalen Regieeinheiten, zu sechs Prozent das Technische Hilfswerk und zu acht Prozent private Hilfsorganisationen präsent sind.

Die deutsche Katastrophenschutzgesetzgebung überläßt es dabei der gemeindlichen Ebene, subsidiär zu entscheiden, welche öffentliche oder private Trägerorganisation mit der Wahrnehmung der Aufgaben regional zu beauftragen ist. In diesem Sinne werden die Aufgaben des Katastrophenschutzes den Grundsätzen einer pluralen Gesellschaftsordnung folgend in Deutschland von verschiedenen sich ergänzenden Organisationen wahrgenommen. Mit einem Anteil von fast 50 Prozent (Feuerwehr und Regieeinheiten) halten die kommunalen Gebietskörperschaften also auch in den jeweiligen Fachkomponenten des Katastrophenschutzes einen bedeutenden Anteil, gemessen am Gesamthilfeleistungspotential im Zivil- und Katastrophenschutz.

Verbandliche Einbindung

Während die Mitglieder der Feuerwehren im Deutschen Feuerwehrverband als deren einheitliche Vertretung und Fachverband zusammengeschlossen sind, ist der Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes (ARKAT) die kraft gesetzlicher Grundlage begründete Vertretung der in der Regie der kommunalen Gebietskörperschaften mitwirkenden Helfer des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland. Die ARKAT ist gegenwärtig in bundesweit neun Mitgliedsverbänden aktiv. Der Verband vertritt zur Zeit etwa 23000 Helfer in den direkt von den Kreisen und kreisfreien Städten getragenen kommunalen Katastrophenschutzeinheiten.

Leistungsschwerpunkte sind:

- die Förderung der Aus- und Weiterbildung und der Zusammenarbeit im Katastrophenschutz;
- die Beratung der an der Gesetzgebung und der Verwaltung beteilig-

ten Organe im Bund, in den Ländern, Kreisen und Gemeinden;

- die Verbreitung des Gedankens des Zivil- und Katastrophenschutzes;
- die Organisation von Fachtagungen und Seminaren;
- die Projektarbeit (z.B. Konzeption von Schnelleinsatzgruppen des Katastrophenschutzes, der Entwicklung von Modellen zur Führung, Einsatzlogistik und Kommunikation im Sinne neuer Leitbilder für ein integriertes Management in der Gefahrenvorsorge und -abwehr);
- die Initiierung und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, z. B. auf geräte- und fahrzeugtechnischem Gebiet;
- die Organisation humanitärer Hilfeleistungen;
- Jugendarbeit und
- Öffentlichkeitsinformation.

Durch die Zusammenarbeit mit bedeutenden Industrieunternehmen und auf dem Gebiet der Entwicklung moderner Schutztechnologien wissenschaftlich arbeitenden Institutionen und Forschungseinrichtungen gelang es der ARKAT, eine Reihe von zukunftsweisenden Entwicklungen anzuregen. So stellte die ARKAT für den Sanitätsdienst ein neuartiges Basiskonzept für einen 4-Tragen-KTW/RTW für den alternativen Einsatz im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst auf der Interschutz der Öffentlichkeit vor.

Kooperationsmöglichkeiten

Die ARKAT und ihre Gliederungen auf Bundes-, Landes- und Ortsebene sind bereit an konkreten Projektvorschlägen für eine deutsch-tunesische Kooperation im Bereich des Katastrophenschutzes mitzuwirken.

Der Katastrophenschutzverband ARKAT ist bemüht, in Grundsatzfragen des Gefahrenschutzes als Ganzem in interdisziplinären und organisationsübergreifenden Themenstellungen an der Weiterentwicklung von Strategien, Konzepten und Technologien des Katastrophenschutzes mitzuwirken.

Durch die kooperative Mitgliedschaft der ARKAT im Schutzforum (Bonn), in dem sich u. a. namhafte Repräsentanten aus Wissenschaft und Forschung den Möglichkeiten des Schutzes vor Gefahren der Technik, der Natur und der Anwendung von Gewalt aus humanitär-ethischer,

medizinischer und technologischer Sicht widmen, können Kontakte auch zu diesem Expertenkreis vermittelt werden.

Zusammenfassung

Die langfristige Entwicklung im Gefahren- und Katastrophenschutz wird durch weltweit neue Gefahrenbilder und veränderte Katastrophenszenarien geprägt.

Es sind vor allem zunehmende Gefahren aus der Nutzung von Mensch und Umwelt gefährdenden Technologien. Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen fordern uns zu vermehrten Hilfeleistungen heraus. Humanitäre und soziale Katastrophen, wirtschafts-, umwelt- und ressourcenorientierte Ursachen führen zu neuen Konfliktpotentialen (4, 5).

Terrorismus und das internationale Verbrechen sind als weitere Risikoarten hinzugekommen. Biosphärische Gefahren nehmen wieder zu mit teilweise für die Pflanzen- und Tierwelt epidemischen Charakter.

Klimaverschiebungen, Störungen der Atmosphäre, verstärkte Aktivitäten der Lithosphäre, Gefahren aus dem Kosmos, erfordern künftig ein regional sicher unterschiedlich ausgeprägtes Bewußtsein für Fragen des Katastrophenmanagements. Die Zunahme globaler Risiken und Gefährdungspotentiale ist deshalb eine Herausforderung mit einer weit in die Zukunft weisenden Dimension. Auch auf diesem Gebiet wird an die Vernunft der Nationen zu appellieren sein, aus ihrer unmittelbaren Verantwortung heraus gemeinschaftlich zu handeln.

Schrifttum:

1. Kirk, M. u. Molitor, F.-J. „Die Aufgaben der Katastrophenschutzbehörde nach § 7 KatSG“. In: Schöttler, H. (Hrsg.), „Katastrophenschutzergänzungsgesetz 1990“ - Regensburg: Walhalla u. Praetorik Verlag 1991, S. 53 ff.
2. „Neukonzeption der Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung -VG-ÖEL-“. -Bayerisches Staatsministerium des Inneren ID4-2253.46/9 (Entwurf) v. 13.01.1995.
3. Kühn, K.-D. „Integration von mobilen Komponenten des Katastrophenschutzes in Führung, Kommunikation und Logistik bei Großschadenslagen“ - „Bevölkerungsschutz“ (1994) 2, S. 53 ff.
4. Kühn, K.-D. „Wege zu neuen Schutzstrukturen in der Gefahrenabwehr“ - „Bevölkerungsschutz“ (1992) 6, S. 22 ff.
5. Kühn, K.-D. „Die Integration von Schutzpotentialen im Umfeld industrieller Anlagen“ - „Notfallvorsorge und zivile Verteidigung“ (1992) 2, S. 36 ff.

Hamburg



Zweithöchste Sturmflut

Mit 6,02 Meter über Normalnull bestand Hamburg in diesem Jahr die zweithöchste Sturmflut seit 1976. Damals war das Hochwasser auf 6,45 Meter gestiegen, die „große Flut“ von 1962, mit Hunderten von Opfern, hatte gar „nur“ 5,70 Meter betragen.

„Wasserstandsstufe III“ lautete das Stichwort, das die Hamburger THW-Helfer alarmierte. Jeder Führer kennt bei dieser Alarmstufe seine Aufgaben. Als erstes gilt es, dabei die Einsatzkräfte zu alarmieren, die Meldeköpfe zu besetzen, die Fluttore zu schließen und die Bereitstellungsräume zu beziehen. Zeitgleich treten die Fachberater zu den eingerichteten Stäben.

320 THW-Helfer standen für die Schadenabwehr und -bekämpfung nach der Alarmierung bereit. Auch hier im Ernstfall klappte es, wie bei den vorangegangenen Übungen. An den Deichen bestand die Hauptaufgabe darin, Treibholz und andere schwere Gegenstände zu bergen, damit die Deiche nicht beschädigt wurden. Einige Durchsickerungen konnten schnell mit Sandsäcken abgedichtet werden. Nach sieben Stunden ging das Wasser zurück und der Wind flaute ab. Die Helfer wurden entlassen, aber jeder von ihnen weiß, daß der „Blanke Hans“ jederzeit wieder zuschlagen kann. Inse-



Der Präsident der Oberfinanzdirektion Kiel, Norbert Lorenz (4. von links), beim THW Hamburg.

samt entstanden bei diesem Hochwasser in Hamburg keine größeren Schäden. A.K.

Hoher Besuch beim THW

Der Präsident der Oberfinanzdirektion Kiel, Norbert Lorenz, besuchte kürzlich auf Einladung von Landesbeauftragten Trautvetter den THW-Landesverband Hamburg. In seiner Begleitung befand sich der Vorsteher des Bundesvermögensamtes Hamburg, Manfred Rowold. Nach der Begrüßung durch den Landesbeauftragten, wurde in Kurzvorträgen der Hauptsachgebietsleiter dem Präsidenten Aufgaben, Organisation, Ausbildung und Ausstattung des THW erläutert. Eingehend wurden die Probleme der Umstrukturierung und die damit verbundenen Liegenschaftsfragen erörtert. Präsident Lorenz sagte Trautvetter seine Unterstützung in dieser Frage zu. Zum Abschluß seines Besuches

informierte sich der Präsident im THW-Bezirksverband Hamburg-Nord über die Unterbringung der ehrenamtlichen Helfer und deren Aufgaben. A.K.

Hessen



Waldbrandübung mit rund 235 Einsatzkräften

Darmstadt. „Brände in mehreren Abteilungen, Ausbreitung Richtung Nordost, Zufahrten teilweise durch umgestürzte Bäume versperrt.“ 22. April 1995, 7.50 Uhr, Waldbrand an der Stadtgrenze Darmstadt /Pfungstadt. Die Berufsfeuerwehr trifft zuerst an der Einsatzstelle ein. In Windeseile wird die Technische Einsatzleitung (TEL) im umgebauten Omnibus installiert. Parallel dazu alarmiert die Leitfunkstelle Darmstadt weitere Kräfte: Übungsalarm! – Der erste Waldbrand des Jahres ist rein imaginär, vorbereitet vom Amt für Brand und Katastrophenschutz in Zusammenarbeit mit den Forstämtern Darmstadt und Seeheim-Jugenheim.

Kurze Zeit später waren ca. 235 Helfer der Berufsfeuerwehr Darmstadt, der Freiwilligen Feuerwehren Griesheim, Pfungstadt, Seeheim-Jugenheim, der Darmstädter Stadtteile Arheilgen, Eberstadt, Innenstadt und Wixhausen sowie der Werkfeuerwehren Merck und Röhm, des Technischen Hilfswerks (OV Darmstadt) und des DRK



THW-Helfer bergen Treibholz bei Windstärke 10.

(Foto: von Essen)





(Stadtmitte und Eberstadt) im Einsatz.

Eines der Übungsziele war die Zusammenarbeit der verschiedenen Einheiten sowohl untereinander als auch mit den Bediensteten der Forstbehörde. Von der TEL bekam jeder Einheitsführer seinen ersten Einsatzbefehl schriftlich, zusammen mit einer Funkskizze und einem Kartenausschnitt des Einsatzgebietes.

In vier Abschnitten warteten die unterschiedlichsten Aufgaben auf die Übenden: Mit Motorsägen mußten umgestürzte Bäume beseitigt werden, um die Zufahrten frei zu machen. Die Wasserversorgung war über fünf B-Leitungen und Pendelverkehr mit Tanklöschfahrzeugen aufrechtzuerhalten. Gefährdete Bereiche waren zu sichern und die Brände mit C-Rohren und Feuerpatschen zu bekämpfen. Außerdem sollte die Sanitätsbetreuung und die Versorgung der Einsatzkräfte gewährleistet werden. Hier gab es allerdings – sehr zum Leidwesen der Helfer – einige Engpässe, da das Versorgungsfahrzeug mit Orientierungsproblemen zu kämpfen hatte.

Obwohl auch die Einsatzkräfte teilweise die gleichen Probleme hatten, arbeiteten die Abschnitte zur Zufriedenheit der Übungsleitung und spielten ihrerseits der TEL Lageänderungen und Anforderungen ein. Einen Minuspunkt gab es bei der Zusammenarbeit mit den Forstämtern. Deren Mitarbeiter waren versucht, Einheiten vor Ort ohne Absprache mit Technischer Einsatz- oder Abschnitteleitung Aufträge zu erteilen. Es zeigte sich, daß durch das Nichteinhalten der



Die Teilnehmer des Wochenendseminars stellen sich dem Fotografen. (Foto: Bretzer)

Führungsstrukturen Mißverständnisse und Fehler entstehen, die den gesamten Einsatzablauf negativ beeinflussen können.

„Im großen und ganzen zufriedenstellend“ lautete schließlich das Urteil der Übungsleitung bei der abschließenden Besprechung mit Abschnitteleitern und Zugführern. Kein überschwängliches Lob, doch Fehler muß man nutzen, um daraus zu lernen. Die Übung hat gezeigt, wo Schulungsbedarf vorhanden ist und wird helfen, Probleme im Ernstfall zu vermeiden.

Baden-Württemberg



Neues Seminar

Rhein-Neckar-Kreis. Erstmals fand in Friedenweiler/Schwarzwald

ein Wochenendseminar zum Thema „Führung und Führungsvorgang“ statt. Auf Anregung des THW-Kreisbeauftragten Klaus Bretzer nahmen 20 Führungskräfte aus den Ortsverbänden Eberbach, Neckargemünd, Sinsheim und Wiesloch an dieser Veranstaltung teil. Ihr Ziel war es, Führung als die wesentliche Leistung bei der Katastrophen- und Krisenbewältigung bewußt zu machen.

Heinz Seib vom Deutschen Roten Kreuz, zugleich Fachberater Ausbildung der Katastrophenschutzbehörde im Rhein-Neckar-Kreis, zeigte die Grundstrukturen der Führungslehre, den Führungsvorgang und den Führungsregelkreis auf. In der anschließenden Planübung „Bebender Oktober“ setzten die Teilnehmer das Erlernte in die Tat um. In Gruppenselbstarbeit erarbeiteten sie die Maßnahmen für eine angemessene Schadenslage im Kreisgebiet.

Werner Bolliger und Hugo Sacher vom Schweizer Zivilschutz, Kanton Aargau, setzten die Veranstaltung fort. „Führung sorgt dafür, daß ein Auftrag mit geringstmöglichem Aufwand zeitgerecht erfüllt werden kann.“ Mit einer Checkliste und einer „Sündenliste“ verdeutlichten die beiden Schweizer die Regeln der Führungslehre. Dabei war interessant für die Teilnehmer, zu erfahren, daß die Grundsätze des Führungsvorganges auch jenseits der Grenze unverändert ihre Gültigkeit haben und ebenso angewendet werden.

Abschließend erläuterte THW-Geschäftsführer Richard von Hazebrouck die neue THW-Struktur 2001 und das künftige Einsatzkonzept. Das Führungsseminar wurde von allen Teilnehmern positiv aufgenommen.

K.B.



Feuerwehr und Technisches Hilfswerk gemeinsam im Einsatz.

(Foto: Betz)

Warndienst-Experten trafen sich in Brüssel

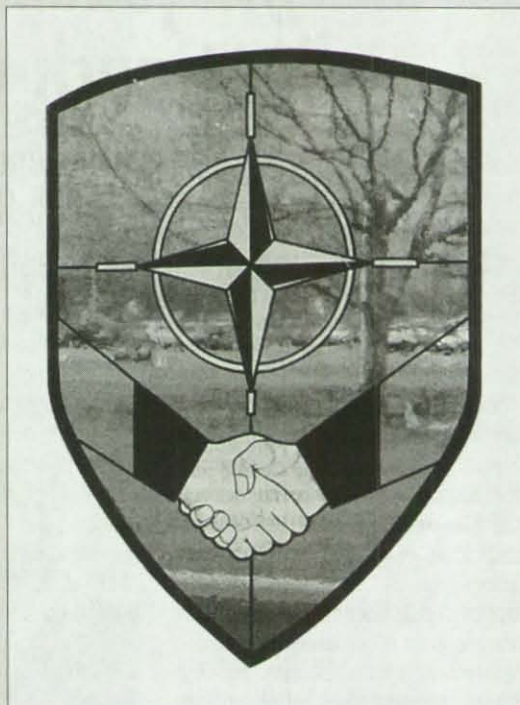


Das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ ebenso wie die Zusammenarbeit von Warndienstorganisationen innerhalb der Europäischen Union waren zentrale Themen einer Besprechung am 15. und 16. Juni 1995 mit Fachleuten aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Portugal und dem Vereinigten Königreich, einschließlich der Kanalinseln Guernsey und Jersey; Vertreter aus dem NATO-Hauptquartier, von der Europäischen Union sowie von SHAPE nahmen an der Besprechung im NATO-Hauptquartier ebenfalls teil. Die Sitzung fand unter deutschem Vorsitz statt.

Warndienstorganisationen, die am 18. März 1995 die internationale Übung INTEX '95 durchführten, hatten während der INTEX '95 erstmals Besucher aus mittelosteuropäischen und asiatischen Ländern in Kopenhagen und Bonn begrüßen können. In Kopenhagen sind Gäste aus Estland, Lettland und der Ukraine in die dortige moderne Warndienstorganisation und in das Übungsgeschehen eingewiesen worden. In der Bundesrepublik Deutschland wurden Einsatzstäbe und Kommunikationseinrichtungen in der Zentrale in Bonn sowie das international mitwirkende Warnamt VII bei Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz besichtigt. Der deutsche Warndienst hatte ein Programm vorbereitet, an dem Besucher aus Kirgisistan, Rumänien, Slowakien und Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn großes Interesse bekundeten.

In der Besprechung in Brüssel wurden nun nach einer ausführlichen Erörterung der Erfahrungen aus der Übung INTEX '95 die Konsequenzen besprochen, die für die gemeinsame internationale Übung der Warndienstorganisationen im nächsten Jahr, der Übung INTEX '96, zu ziehen sein werden. Dem schnellen und zuverlässigen Informationsaustausch über die nationalen Gren-

Das Emblem symbolisiert das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“.



zen hinweg wird weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

Im NATO-Hauptquartier unterrichteten sich die Nationen ferner unter dem Thema „Research and Development Programmes for Warning and Detection Systems“ über Planungen, Neuerungen und Entwicklungen ihrer nationalen Systeme. Z. B. wurde die jüngste Entwicklung des Warndienstes in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Maßnahmen zur Strafung des deutschen Zivilschutzes zur Kenntnis genommen, so der Abbau der Sirenen, soweit diese nicht von den Ländern übernommen wurden, die Aufgabe aller 40 Warndienst-Leitmeßstellen Ende 1994 und die vorgesehene Schließung der für unsere westlichen Nachbarstaaten bisher tätigen Warnämter II in Bassum, V in Linnich und VII in Bad Kreuznach. Auf die Errichtung eines Warnamtes in Berlin-Karlshorst und die Möglichkeit einer dort einzurichtenden Verbindung zu ost-

europäischen Ländern wurde ebenso hingewiesen, wie auf den laufenden Aufbau von Warndienst-Meßstellen in den neuen Ländern der Bundesrepublik. Dänemark konnte auf Fortschritte in seiner Warndienstorganisation verweisen.

Der Vertreter von SHAPE berichtete in der Besprechung über Änderungen im ABC-Vorschriftenbereich. Künftige Planungen und Verbesserungen in der internationalen Zusammenarbeit waren weitere Themen auf der umfangreichen Tagungsordnung.

Der Direktor für Zivile Notstandsplanung im NATO-Hauptquartier unterstrich vor den Teilnehmern der Tagung in Brüssel die Bedeutung der Ost-Erweiterung im internationalen Rahmen und die Wichtigkeit der Abstimmung auch mit den für den Zivilschutz zuständigen Organen der Europäischen Union.

„In jedem Neuanfang liegt auch eine Chance“

Gemeinsame „Johannisfeier“
von Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst
stand im Zeichen der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes

Zahlreiche Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft folgten auch dieses Jahr wieder der Einladung der beiden christlichen deutschen Hilfsdienste Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst zur gemeinsamen Johannisfeier am 21. Juni in der Bonner Rheinaue. MHD-Präsident Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin konnte zu der schon traditionellen Veranstaltung als Festredner Bundesinnenminister Manfred Kanther begrüßen.

Im Mittelpunkt der Ansprache des Präsidenten des Malteser-Hilfsdienstes stand eine Stellungnahme zur Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes. „Die im Katastrophenschutz mitwirkenden privaten Organisationen haben ernsthafte Sorgen um ein bundesweit kompatibles und effizientes Hilfeleistungssystem“, sagte der Präsident. Grundlage für die Arbeit der Organisationen sei das ehrenamtliche Engagement von 1,5 Millionen aktiven Helfern in den Organisationen. Nur auf der Basis dieses Potentials sei es möglich, einen effizienten Zivil- und Katastrophenschutz dauerhaft zu sichern. „Der Stellenwert der ehrenamtlichen Arbeit in Gesellschaft und Politik spiegelt diese Bedeutung derzeit leider nicht wider. Daher ist gerade der Bund aufgerufen, die Motivation der Helferinnen und Helfer durch Anerkennung und Unterstützung zu stärken und auch ihre Ausbildungs- und Einsatzbedingungen zu verbessern“, so von Brandenstein-Zeppelin.



Bundesinnenminister Manfred Kanther (links) und Abteilungsleiter Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass im Gespräch mit Andreas von Block-Schlesier, Bundesvorstand der JUH.

Aufgabe nicht vollständig an Länder abgeben

Eine vom Bund ausgehende Initiative könne wesentlich das Bemühen der Organisationen unterstützen, Bürger überall im Lande zu finden, die ihr Engagement in die Notfallvorsorge einbringen würden. Der Präsident erinnert daran, daß der Bund seiner im Völkerrecht und Grundgesetz festgeschriebenen Verantwortung zur Sicherstellung des Zivilschutzes auch im Rahmen einer gesetzlichen Neuregelung dieses Bereiches gerecht werden müsse. Diese Aufgabe könne nicht vollständig an die Länder abgegeben werden.

Alle großen Hilfsorganisationen begrüßen, so von Brandenstein-Zeppelin weiter, daß durch die Neukon-

zeption des Zivil- und Katastrophenschutzes die Chance bestehe, in den Bundesländern ein einheitliches System der Notfallvorsorge zu schaffen. Die Eigenentwicklung in den 16 Bundesländern gebiete es jedoch, die Rahmenbedingungen durch den Bund sachkundig und neutral mitzugestalten. Der Bund sei hier aufgerufen, eine aktive Koordinationsfunktion in diesem Bereich zu übernehmen, um auf vergleichbare und kompatible Strukturen sowie Standards zurückgreifen zu können.

„Denkbare technische Unglücksfälle und Naturkatastrophen machen weder an den Grenzen der Bundesländer noch an den Grenzen der Bundesrepublik halt. Daher muß eine länderübergreifende einheitliche Vorsorge betrieben werden, die

allerdings eben der geforderten Koordination bedarf.“ Dabei gehe es nicht nur darum, die technische Ausstattung der Helfer kompatibel zu erhalten, sondern auch um aufeinander abgestimmte Strukturen innerhalb der Führung, Organisation und vor allem auch der Ausbildung. Dies gelte in besonderem Maße auch international für die Hilfsfähigkeit der Bundesrepublik über die eigenen Grenzen hinaus.

Bei der notwendigen Koordination in diesem Bereich werde den Bundesverbänden der Organisationen in Zukunft eine entscheidende Rolle zukommen, betonte der Präsident. Sie seien länderübergreifend für die internen Regelungen in Fragen von Strukturen, Standards und Ausbildung zuständig und damit die geborenen Partner des Bundes zur effizienten Gestaltung und Gewährleistung eines staatlichen Hilfeleistungssystems. In jedem Neuanfang läge auch eine Chance. „Der Bund ist daher aufgerufen, die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen als Partner auch künftig anzuerkennen und gemeinsam mit ihnen die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit 1,5 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer auch weiterhin die bestmöglichen Voraussetzungen zur Hilfeleistung vorfinden.“

Positive Entwicklung

Bundesinnenminister Manfred Kanther stellte die Überlegungen des Bundes zur Neuordnung des Zivil-/Katastrophenschutzes in den Mittelpunkt seiner Ansprache. Er erinnerte an die Bemühungen des Bundes, über den Zivilschutz auf bundeseinheitliche Stärke und Strukturen des Katastrophenschutzes der Länder und seine Führungsorganisationen hinzuwirken. Ein ärgerliches Nebeneinander und Doppelgleisigkeit von Zivilschutz und Katastrophenschutz der Länder sei eine beklagenswerte Tatsache. Mit dem neuen Zivilschutzkonzept wolle der Bund diese Entwicklung korrigieren.

Das Bedrohungsszenario, auf den der Zivil- und Katastrophenschutz des Bundes aufgebaut war, habe sich glücklicherweise grundlegend geändert. Wir bräuchten uns nicht mehr auf die Gefahr eines flächendeckenden Landkrieges und eines Überraschungsangriffes einzustellen.



MHD-Präsident Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin appellierte an den Bund, die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen als Partner auch künftig anzuerkennen. (Fotos: Sers)

Die Unsicherheitsfaktoren und Gefährdungen, die uns bedrohen, seien andere geworden. Wir müßten uns eher auf regionale, lokal begrenzte Schadenslagen einstellen, bei denen die Infrastruktur in der Fläche im wesentlichen in Takt bleibt und gegenseitige Hilfe möglich ist. Dies sei eine „doch unglaublich positive Entwicklung der letzten Jahre“.

Er unterstrich die Verantwortung und Zuständigkeit des Bundes für den Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren und Schäden, die ihr in einem Verteidigungsfall drohen. Vorsorge zu treffen für „alle anderen vielfältigen Notwendigkeiten des Katastrophenschutzes“ sei Angelegenheit der Bundesländer. Entsprechendes gelte für die Finanzierungsverantwortung und Finanzkompetenz der Länder.

Kanther warb um Verständnis für die erheblichen finanziellen Kürzungen im Zivilschutz. Die Finanzmittel der öffentlichen Hand seien knapp, würden knapper und blieben für eine lange Zeit knapp. Es sei notwendig, daß Politiker dies zugäben und nicht hinter beliebigen Versprechungen kaschierten. Manche Unzufriedenheit über die Politik in unserem Lande habe damit zu tun, daß die Bürger das Gefühl hätten, ihr Geld würde nicht immer so sachkundig, sparsam und wohlüberlegt ausgegeben werden, wie sie das verlangen könnten. Der Zivil- und Katastrophenschutz müsse sich dem verminderten Finanzvolumen anpassen. Als Politiker schulde er gegenüber

dem Steuerbürger einen sorgfältigen Umgang mit jeder Mark. Das sei nicht nur eine Reminiszenz an sein früheres Amt als hessischer Finanzminister, sondern sei auch seine „tiefe Überzeugung“.

Die Diskussion um die Neuordnung des Zivilschutzes müsse jetzt rasch zu einem Ende geführt werden. Es müsse Sicherheit in die Organisationen gebracht werden. Er habe vor, dies nun kurzfristig herbeizuführen.

Der Bundesinnenminister hob hervor, daß der Bund künftig seinen Beitrag zu dem gemeinsamen Hilfeleistungssystem von Bund, Ländern und Kommunen leisten wolle. Weiterhin werde der Bund den Ländern für die Aufgaben des Katastrophenschutzes rund 10.000 Einsatzfahrzeuge mit einem Wert von über einer Milliarde DM zur Verfügung stellen.

Es sei klar, daß auf das ehrenamtliche Engagement der Bürger im Katastrophenschutz nicht verzichtet werden könne und dürfe. Das Ehrenamt sei eine der „höchst einzuschätzenden Korsettstangen“ unseres gesellschaftlichen Gefüges. Dies dürfe an keiner Stelle geschwächt werden. Das Engagement und die Leistungen der Hilfsorganisationen verdienten Achtung, Anerkennung und Dankbarkeit. Es sei für ihn eine Freude und Verpflichtung, mit den Hilfsorganisationen das Gespräch bald fortführen zu können, und er wünsche allen Mitwirkenden Erfolg, Kraft und Gottes Segen.

—güse—

Ratgeber für Vergiftungsfälle

Mit einer rund 550 Seiten dicken „Mitteilung“ hat die Senatskommission für Klinisch-Toxikologische Analytik der Deutschen Forschungsgemeinschaft nun einen Ratgeber für Analytiker, Chemiker und Ärzte veröffentlicht, der die Feststellung und Behandlung von Vergiftungen wesentlich erleichtern soll. In „Einfache toxikologische Laboratoriumsuntersuchungen bei akuten Vergiftungen“ aus der VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim, werden von der Kommission kritisch überprüfte und zum Teil auch verbesserte Methoden beschrieben, die auch in kleinen Laboratorien, patientennah, durchführbar sind. Der Stellenwert dieser Publikation, die auch ein Verzeichnis jener Informations- und Behandlungszentren enthält, die einen 24-Stunden-Dienst anbieten, ergibt sich allein schon daraus, daß in Deutschland jährlich etwa 200 000 Vergiftungsfälle registriert werden. Diese erfordern meist nicht nur sofortige ärztliche Hilfe, sondern auch Spürsinn. Denn oft ist das Bewußtsein der Patienten bereits getrübt oder es handelt sich um Kinder. Dazu kommt, daß auch die Angehörigen der Vergifteten nur selten zutreffende Angaben machen können – und auch, daß Menschen, die sich das Leben nehmen wollen, ihre gewollte Vergiftung schlichtweg abstreiten.

Brandschützer für mehr Arbeitssicherheit

Für die genaue Einhaltung von Sicherheitsregeln bei feuergefährlichen Arbeiten hat der Bundesverband Feuerlöschgeräte und -anlagen, bvfa, im Zusammenhang mit dem Großbrand im Klinikum Aachen plädiert. Es sei heute kein Problem, Brandschutz durch mobile Feuerlöscher in diesen kritischen Arbeitssituationen sicherzustellen. Dies gelte besonders, wenn bei Tätigkeiten im technischen Bereich automatische Brandschutzanlagen,

wie in Aachen geschehen, abgeschaltet werden müssen.

Der bvfa wendet sich damit gegen Pressemeldungen, wonach die automatische Brandschutzanlage ohne Wirkung geblieben sei. Im Klinikum Aachen habe sich erneut bestätigt, daß die ersten Minuten eines Entstehungsbrandes entscheidend für einen effektiven Brandschutz sind. Genau in dieser Phase entfalten automatische Brandschutzanlagen ihre schützende Wirkung. Falls sie zu dieser Zeit aus technischen Gründen abgeschaltet werden müssen, ist Brandschutz durch mobile Geräte unverzichtbar.

Haben sich die Flammen einmal großflächig ausgebreitet, kann die automatische Löschanlage, wenn sie, wie geschehen, erst zu diesem Zeitpunkt wieder eingeschaltet wird, ihre Funktion nicht mehr voll erfüllen.

Offensive für das Ehrenamt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesprächskreis eingesetzt, der in Kürze Empfehlungen für eine gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes in Sport, Kultur und Sozialem erarbeiten soll. Die Bedeutung des Ehrenamtes ist für unsere Staats- und Lebensform zu wichtig, als daß gesellschaftliche Wertorientierungen auf den Kopf gestellt werden dürfen, indem persönlicher Vorteil und materieller Nutzen höher gestellt werden als gesamtgesellschaftliches Engagement.

Der Gesprächskreis ist sich im klaren, daß durch ein Bündel von Maßnahmen ein Umdenkungsprozeß eingeleitet werden muß. Bereits jetzt bestehende Maßnahmen werden leider von der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst nicht in dem wünschenswerten Maß umgesetzt. Die Ausübung des Ehrenamtes ist eher mit Nachteilen als mit Vorteilen, geschweige denn Anerkennung, verbunden.

Zielsetzung muß ein Umdenken in der Gesellschaft sein. Das Ehrenamt ist für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung. Ohne die ehrenamtliche Mitarbeit von sieben bis acht Millionen Helferinnen und

Helfern in Vereinen, Verbänden und Organisationen geht nichts mehr.

Die Ehrenamtlichen müssen verspüren, daß Politik und Wirtschaft ihre Tätigkeit anerkennt und würdigt, nicht durch Worte, sondern durch Taten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird eine Reihe von Expertenanhörungen durchführen, von denen eine Signalwirkung für das Ehrenamt ausgehen wird. Sie will nicht, daß über die Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft allorts nur geredet wird, sondern dem Ehrenamt durch praktikable Empfehlungen zu der notwendigen gesellschaftlichen Anerkennung verholfen wird.

„Grüne Welle“ für Feuerwehr

Bei Feuerwehreinsätzen kommt es auf das schnellstmögliche Eintreffen am Einsatzort an. Neben der Verwendung von Blaulicht und Martinshorn für den Einsatzweg ist es notwendig, mit Hilfe geeigneter Signalisierung die betroffenen Verkehrsknotenpunkte von Hindernissen freizumachen. Hierdurch wird die Einsatzfahrt beschleunigt, und es werden Gefahrensituationen für die übrigen Verkehrsteilnehmer sowie die Lärmbelästigung durch den Horneinsatz verhindert. Die Eingriffe in die Verkehrssignalisierung zugunsten der Feuerwehr lassen sich in Straßennetzen verwirklichen, deren Knotenpunkte mit Signalgruppen-Fernsteuerung mit ISA-Steuergeräten in Mikroprozessortechnik ausgerüstet sind und an Verkehrsrechnern betrieben werden.

In Bamberg wurde mit der Erweiterung des Verkehrsrechners und der Installierung der neuesten Steuergerätegeneration die Möglichkeit geschaffen, auf dem innerstädtischen Ring alle Verkehrsampeln auf Grünlicht zu schalten, so daß die anrückenden Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr durch wartende Autos behindert werden. Die Lichtsignalanlagen in den Feuerwehrdurchfahrtsrouten werden über eine Tableau-Steuerung von der Feuerwehreinsatzzentrale beeinflusst.

Über 100.000 DM investierte die Stadt in die neue Technik. Dies war

notwendig, weil die Feuerwehr wegen des immer dichter werdenden Verkehrs in der Innenstadt schon seit längerem Probleme hatte, die gesetzlich vorgeschriebenen Rettungsfristen einzuhalten.

Kooperationsvertrag unterzeichnet

Der Präsident des Slowakischen Roten Kreuzes, Dr. med. Miroslav Chovanec, und der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Johann Wilhelm Römer, haben in Bonn einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Rotkreuzgesellschaften weiter fördern soll.

Wesentlicher Bestandteil des Vertrages ist die Hilfe bei der Ausbildung von Fachkräften in allen Bereichen, sei es auf dem Gebiet der Sozialfürsorge, der Jugendarbeit, dem Katastrophenschutz, der Flüchtlingsfürsorge, des Blutspendedienstes, des Suchdienstes oder aber auch im Aufbau einzelner Rotkreuzbereiche wie z. B. des Jugendrotkreuzes.

Der Präsident des Slowakischen Roten Kreuzes wurde von Generalsekretär Dr. Viliam Dobias und der Leiterin der Auslandsarbeit, Maria Beinrohova, begleitet.

Zwischenbilanz zur Reform des Rettungsdienstes

„Der Vorschlag, die Notfallrettung künftig auf Notärzte abzustützen und zugleich Rettungswagen in der Fläche erheblich zu reduzieren, wie ihn das Gutachten der Wirtschaftsberatungsgesellschaft WIBERA im März 1995 enthält, wird nicht umgesetzt“, erklärt Innenminister Dr. Günther Beckstein als Zwischenbilanz zu diesem Gutachten. Der Vorschlag hatte zum Inhalt, die vorgegebene Hilfsfrist durch Notärzte einhalten zu lassen und zugleich Rettungswagen in der Fläche erheblich zu reduzieren. Dies würde die

Zugunglück bei Hannover



Am Freitag, dem 9. Juni 1995, ereignete sich auf dem Rangierbahnhof Seelze bei Hannover ein Zugunglück. Ein Güterzug kollidierte mit einer auf einem Nebengleis zusammengestellten Zugeinheit. Die Diesellokomotive und zwei Güterwagen entgleisten durch die Wucht des Aufpralls und verkeilten sich ineinander. Die zwei Waggons wurden auf der ganzen Wagenlänge aufgerissen. Der Lokomotivführer kam mit leichten Verletzungen und einem Schock davon. Unmittelbar nach dem Unglück rückte die Bahnfeuerwehr Hannover-Leinhausen zur Unfallstelle aus. Der Zufall wollte es, daß zur Unglückzeit die ortsansässige Freiwillige Feuerwehr in nächster Nähe im Einsatz war und den lauten Aufprall hörte. Die Wehrmänner eilten zur Unfallstelle, bargen den verletzten Lokomotivführer und brachten ihn ins Krankenhaus. Die Bahnfeuerwehr erdete die bereits abgeschaltete Fahrleitung und pumpte 1500 Liter Dieseldieselkraftstoff aus dem Tank der Lok, die sich in einer gefährlichen Schräglage befand. Mit Trenn- und Schneidgeräten mußten anschließend die verkeilten Güterwagen getrennt werden. Danach wurden die Fahrleitungen abgenommen bzw. versetzt, so daß der 150-Tonnen-Schienenkran der Bahn AG die Unfallfahrzeuge aufgleisen konnte. Vom Ladegut der Waggons ging glücklicherweise keine besondere Gefahr aus, geladen waren meterdicke Papierrollen. (Foto: Köhler)

Zahl der Rettungswachen gerade im ländlichen Bereich zwangsläufig erheblich vermindern.

Bisher ist der mit nichtärztlichem Personal besetzte Rettungstransportwagen überwiegend als erster am Einsatzort. Notärzte werden in medizinisch gravierend erscheinenden Fällen ergänzend zugezogen. Beckstein: „Die Umstellung, daß nicht mehr der Rettungstransportwagen, sondern der Notarzt in allen Fällen als erster kommt, ist aus praktischen Gründen nicht umsetzbar. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Ärzten ist es nur schwer möglich, die Hilfsfrist in der Fläche einzuhalten. Außerdem weisen die Vertretungen der Notärzte selbst darauf hin, daß der Rettungstransportwagen als Behandlungsraum am Einsatzort unbedingt erforderlich ist.“

Bei seiner Zwischenbilanz zum laufenden Anhörungsverfahren hob Beckstein gleichzeitig hervor, daß die bisher eingegangenen Stellungnahmen zum WIBERA-Gutachten die hohe Qualität des Bayerischen Ret-

tungsdienstes bestätigt hätten. Dennoch seien Verbesserungen anzustreben: Die Betriebs- und Investitionskosten hätten sich in Bayern zwischen 1989 und 1993 fast verdoppelt und lägen zur Zeit trotz abflacher Steigerung jährlich bei ca. 400 Millionen DM. Das zunehmende Engagement privater Unternehmer, von denen zur Zeit rund 300 Zulassungsanträge vorliegen, von den Rettungsdiensten selbst beklagte strukturelle Mängel sowie das Fehlen von Regelungen zur Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung seien Ziel von Verbesserungen.

Bei der Notfallrettung sei es deshalb Absicht des Innenministeriums, die Koordinationsfunktion der Rettungsleitstellen zu stärken, indem sämtliche Notfalltransporte über sie abgewickelt würden. Andere Vorschläge, die sich aus den bisher eingegangenen Stellungnahmen zum Gutachten ergeben, will Beckstein zusammen mit dem Gutachter und den Beteiligten diskutieren: „Dabei kommt es mir vor allem darauf an,

Lösungen zu finden, die den Rettungsdienst verbessern. Hierzu strebe ich einen möglichst breiten Konsens an.“

Leistungs- auszeichnungen für Bergwacht

„Die Bergwacht ist in den 75 Jahren ihres Bestehens im Bewußtsein unserer Bürger längst zu einem Begriff für selbstloses Helfen in größter Not geworden. Sie ist aber auch ein Beispiel für vorbildliche private Initiative“, sagte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich der Überreichung der Leistungsauszeichnungen für besondere Verdienste um die Bergwacht am 19. Juni 1995 in München. Der Staatssekretär sprach den Geehrten im Namen der Bayerischen Staatsregierung für ihre Leistungen seinen Dank aus und beglückwünschte sie zu der hohen Auszeichnung. Er verwies auf die beeindruckenden Leistungsdaten der Bergwacht für 1994. Im vergangenen Jahr führte die Bergwacht insgesamt 516 Hubschraubereinsätze, 34 Bergnotretungen und über 1.900 Erste-Hilfe-Leistungen im Sommer sowie fast 2.800 Erste-Hilfe-Leistungen der Ski-Wacht im Winter durch. Hinzu kamen 773 Krankentransporte und 174 Vermißsuchaktionen.

Regensburger: „Diese Zahlen dokumentieren die Effektivität und Schlagkraft der Bergwacht. Eine solche Bilanz kann nur durch ein außerordentlich hohes Maß an Idealismus und Opferbereitschaft erreicht werden. Die Bergwacht arbeitet ohne hauptamtliche Kräfte professionell und liefert so den besten Beweis dafür, was ehrenamtliche Tätigkeit zu leisten imstande ist.“

Leistungen des Rettungsdienstes 1992/93

Im Straßenverkehr der Bundesrepublik Deutschland ereignen sich

jedes Jahr etwa 400.000 Unfälle, bei denen Menschen verletzt werden. Nach schweren Unfällen hängt das Leben oft von einem schnellen und wirksamen Einsatz der Retter ab. Die genaue Analyse aktueller Daten und Fakten aus dem Bereich des gesamten Rettungsdienstes kann wesentlich dazu beitragen, die Qualität von Notarzt- und Notfalleinsätzen zu optimieren.

In den Jahren 1992 und 1993 wurde für die alten und neuen Bundesländer eine Stichprobenerhebung von Daten aus dem Rettungswesen durchgeführt. Dabei wurde in den alten Bundesländern in 34 repräsentativ ausgewählten Rettungsdienstbereichen jeweils eine Woche lang in vier Erhebungswellen alle Einsätze erfaßt und auf Jahreswerte hochgerechnet. In einem getrennten Verfahren wurden in 26 ausgewählten Kreisen der neuen Bundesländer Daten erhoben und ausgewertet, wobei für die Hochrechnung aber nur das Jahr 1993 berücksichtigt wurde, da in der Zeit davor der Rettungsdienst noch in der Umstrukturierung war.

Die Hochrechnung ergibt für das Jahr 1993 mehr als 8,2 Millionen Einsätze des organisierten Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland. In den alten Bundesländern ist die Anzahl der Einsätze in den letzten Jahren kontinuierlich auf jetzt 6,9 Millionen gestiegen.

(bast-info 24/95)

Erste Hilfe in Europa

Medizinische Notfälle in Europa – sind wir hierauf vorbereitet? Unter diesem Titel führte das Galup-Institut im vergangenen Jahr eine Befragung in fünf europäischen Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, England und Deutschland) durch. In den ausgewählten Ländern wohnen 80 Prozent der europäischen Bevölkerung. Die Meinungsforscher ermittelten hierbei folgende Ergebnisse:

- 48 Prozent der befragten Europäer erklärten, sie seien auf medizinische Notfälle vorbereitet;
- der Großteil der Befragten (68 Prozent) kennt seine nationale Notrufnummer nicht;

– 25 Prozent erklärten, ein medizinisches Training für Laien absolviert zu haben (Deutschland und England je 41 Prozent, Frankreich 19 Prozent, Italien 12 Prozent, Spanien 10 Prozent);

– von den über 50 Jahre alten Befragten hatten nur noch 19 Prozent ein Training in Erster Hilfe erhalten;

– 35 Prozent der Befragten meinten, sie könnten notfalls eine Herz-Lungen-Wiederbelebung, 50 Prozent eine Mund-zu-Mund/Mund-zu-Nase-Beatmung durchführen;

– nur 22 Prozent wußten, daß plötzlich auftretende Schmerzen im Bauchraum einem Herzinfarkt zugrundeliegen können.

KatS-Schule stellte Tätigkeit ein

„Hiermit entlasse ich Sie aus Ihren Dienstpflichten gegenüber dem Land Niedersachsen“, mit diesen Worten setzte LtD. Ministerialrat Manfred Gallwitz für das Niedersächsische Innenministerium den rechtlichen Schlußpunkt hinter das Wirken der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf. Die Schule ging am 11. Juli 1995 auf die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft über und wird deren bundesweites Organisations- und Ausbildungszentrum. Im Gespräch bleibt die Erhaltung von Teilen der Einrichtung und der pädagogischen Kapazität für zukünftige Ausbildungszwecke in Niedersachsen.

Für die Beendigung des Dienstbetriebes hatte das Niedersächsische Innenministerium die Form eines Empfanges für Spitzenvertreter des Katastrophenschutzes in Niedersachsen gewählt. Der Einladung des Ressorts waren neben den maßgeblichen Behördenvertretern u. a. der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Fritz Meier, und der THW-Landesbeauftragte, Eckhardt Leiser, gefolgt.

Dieser „hochkarätige und handverlesene“ Kreis, wandte sich Gallwitz an die Mitarbeiter der Katastrophenschutzschule, habe sich zusammengefunden, um zweierlei zu tun;

in beginnender Erinnerung und Rückschau der Katastrophenschutzschule Bad Nenndorf die Rangstelle zuzuweisen, die ihr im öffentlichen Leben des Landes Niedersachsen zukomme, und zweitens, den Mitarbeitern der Schule mitfühlend Wegleitung auf ihrem Schritt in eine berufliche Zukunft des Aufbruchs, aber auch noch unwägbarer Herausforderungen zuzusichern. Gallwitz wies darauf hin, daß diese Schule fast drei Jahrzehnte lang die freiwilligen Helfer im Katastrophenschutz zu sich gerufen habe. Und viele, viele seien gekommen.

Daß diesem Personenkreis die technischen Fertigkeiten des Katastrophenschutzes vermittelt worden seien, habe zu den Routineaufgaben der Schule gehört und sei erwartet worden. Schon nicht mehr abzufordern sei, daß dies auf bundesweit anerkannt hohem intellektuellem Niveau geschehen sei. Die Schule habe aber „noch eins darauf gesetzt“. Sie habe durch beispielhafte „logistische Betreuung“ und menschliche Hinwendung zu den Lehrgangsteilnehmern die Atmosphäre geschaffen, die jene Wochen in Bad Nenndorf für so viele in Nie-

dersachsen zu einer unverzichtbaren Facette ihres Lebens gestaltet hätten. Die Helfer seien damit noch tiefer und intensiver an ihre Aufgaben im Katastrophenschutz gebunden worden.

Alles dieses berechtigte, ja verpflichtete das Niedersächsische Innenministerium zu der Feststellung: „Die Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen Bad Nenndorf hat sich annähernd drei Jahrzehnte lang um die Gefahrenabwehr in Niedersachsen verdient gemacht!“ Ihre Auflösung hinterlasse eine Lücke, von der noch in keiner Weise gesagt werden könne, wie sie eines Tages zu schließen sei, sagte Gallwitz.

In seiner Erwiderung wies Schulleiter Winkelhake darauf hin, daß die Ausbildungsstätte insgesamt ca. 100.000 Lehrgangs-, Seminar- und sonstige Veranstaltungsteilnehmer durchlaufen hätten. Dazu zählten auch die Teilnehmer der Katastrophenschutz-Symposien des Niedersächsischen Innenministeriums. Diese Zahlen verdeutlichten die Breitenwirksamkeit der Schule im öffentlichen Leben des Landes Niedersachsen.

Notfallrettung und Krankentransport weiter verbessern

Innenminister Dr. Günther Beckstein und Staatssekretär Hermann Regensburger erörterten am 6. Juli 1995 mit dem Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Senator Reinhold Vöth, und Vizepräsidenten Albert Schmid die Frage, wie das bewährte System von Notfallrettung und Krankentransport auf Dauer gesichert und dabei gleichzeitig Qualität und Struktur noch weiter verbessert werden können. Einig war man sich, daß es auch weiterhin eine öffentliche Aufgabe bleibt, Notfallrettung und Krankentransport flächendeckend sicherzustellen.

Beckstein teilt die Besorgnis der Hilfsorganisationen und Kostenträger, daß durch ein ungeordnetes Nebeneinander von Hilfsorganisationen und privaten Unternehmern die Funktionsfähigkeit des bewährten Systems von Notfallrettung und Krankentransport, insbesondere was seine Finanzierbarkeit anbetrifft, beeinträchtigt wird. Besondere Sorge macht ihm dabei, daß es bei der Versorgung von Notfallpatienten zu unerfreulichen Konkurrenzsituationen zwischen dem etablierten Rettungsdienst und privaten Unternehmen kommen kann.

Die Beteiligten halten deshalb eine gesetzliche Neuregelung der Zulassung von weiteren Leistungsanbietern für Notfallrettung und Krankentransport für notwendig. Sie soll hinsichtlich der Notfallrettung bewirken, daß alle Notfalleinsätze einheitlich und ausschließlich über die Rettungsleitstellen abgewickelt werden. Damit gibt es künftig in der Notfallrettung nur noch einen Ansprechpartner, nämlich die Rettungsleitstelle. Das ist im Interesse des Notfallpatienten von entscheidender Bedeutung. Ausschlaggebend für die vorzuhaltende Kapazität an Rettungsmitteln soll ausschließlich der Bedarf sein.

Hinsichtlich des Krankentransportes müsse man, so die Gesprächsteilnehmer, eine flexible Lösung finden. Die Beteiligten stimmten darin überein, daß hierzu noch eine Reihe

Meppen im Zeichen der Feuerwehr



Zum zweiten Mal in ihrer zwanzigjährigen Geschichte hatte die Internationale Feuerwehr-Sternfahrt eine Stadt in Deutschland zum Ziel. Die 1974 in Krumpendorf (Österreich) ins Leben gerufene, im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführte Veranstaltung kann bereits auf eine ganze Reihe europäischer Städte zurückblicken. Die diesjährige, die 11. Sternfahrt führte in die emsländische Kreisstadt Meppen. Dort konnten Bundesinnenminister a. D. Rudolf Seiters als Schirmherr und DFV-Präsident Gerald Schäuble bei der Eröffnungsveranstaltung (Foto) Feuerwehrdelegationen aus 18 Nationen begrüßen. Den über 3000 Feuerwehrleuten bot sich ein interessantes und vielseitiges Veranstaltungsprogramm, angefangen bei Fachtagungen bis hin zu Wettkämpfen, das in feuerwehrtechnischer Hinsicht keine Wünsche offenließ. Nach vier aktionsreichen Veranstaltungstagen verabschiedeten sich die Sternfahrer mit einer großen Feuerwehrparade von ihrer Gastgeberstadt Meppen. Die 12. Sternfahrt führt 1997 in das dänische Ebeltoft. (Foto: Bauer)

von Detailfragen abgeklärt werden müssen. Nach Becksteins Ansicht hat dieses erste Gespräch mit einem der wichtigsten Beteiligten am Rettungsdienst Wege aufgezeigt, wie die Strukturfragen im Rettungsdienst im Konsens gelöst werden können. „Mir ist daran gelegen, auch mit den übrigen Beteiligten, insbesondere den Vertretern der Notärzte und der Kostenträger, alsbald in einen Dialog einzutreten.“

KatS-Übung „Hilfeleistung '95“

Um das koordinierte Handeln der Einsatzkräfte einschließlich deren Führung in besonderen Gefahrenlagen zu trainieren, wurde durch den Landrat des Landkreises Demmin (Mecklenburg-Vorpommern), Hans-Jürgen Beich, eine Übung angeordnet, die folgendes Szenarium umfaßte:

Gegen 9.00 Uhr kommt es auf der Landstraße 20 zwischen Neukalen und Dargum zu einem folgenschweren Verkehrsunfall, an dem ein Schulbus, ein Tankfahrzeug, ein Pkw und ein Chemietransporter beteiligt sind.

Die zuerst alarmierten Kräfte der Feuerwehr fordern Verstärkung an. Aufgrund einer Vielzahl von Schadenereignissen ist eine Hilfe aus den Nachbarkreisen nicht möglich, so kommt es zur Auslösung des Katastrophenalarms.

Nach der Alarmierung über die Rettungsleitstelle Malchin sind schließlich 250 Kräfte mit 45 Fahrzeugen im Einsatz. Die Leitung vor Ort übernimmt die Technische Einsatzleitung, die Katastrophenschutzleitung beginnt ihre Arbeit in der Kreisverwaltung Demmin.

Der besondere Wert dieser Übung lag darin, daß die Kräfte real alarmiert wurden und sich auch zu ihren Bereitstellungsstellen begeben mußten. Neben Freiwilliger Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, THW und Polizei waren auch das Lagezentrum des Innenministeriums, das Landesamt für Katastrophenschutz sowie das Forstamt Dargum an der Übung „Hilfeleistung '95“ beteiligt.

Unfall – was nun?

Wenn's gekracht hat, sitzt vielen der Schreck zu tief in den Gliedern, um ruhig und besonnen zu handeln. Für diesen Fall haben die Dekra-Sachverständigen einen kleinen Ratgeber zusammengestellt. Im Handschuhfach deponiert, kann er gute Dienste leisten: Er informiert über das richtige Verhalten am Unfallort, die Erstversorgung von Verletzten

und ob die Polizei gerufen werden sollte. Klarheit schafft er auch über die vollständige Beweissicherung – wichtig für die spätere Durchsetzung von Ansprüchen –, den Fahrzeugscheck danach und die Unfallregulierung. Wer einen Sachverständigen zu Rate ziehen möchte, findet die Telefonnummer des nächsten Sachverständigen. Die Broschüre „Unfall! Was tun?“ gibt es bei Dekra-Niederlassungen oder gegen einen mit zwei Mark frankierten Rückumschlag bei der Dekra AG, M23, Postfach 810207, 70519 Stuttgart.

Leserbrief

Zu dem Beitrag „Katastrophenschutz – brauchen wir den noch?“ von LtD. Ministerialrat Manfred Gallwitz, Niedersächsisches Innenministerium, in „Bevölkerungsschutz“ Ausgabe 1/95 erreichte die Redaktion ein Kommentar unseres Lesers Norbert Müller, Delmenhorst:

In dem Referat vor THW- Kreis- und Ortsbeauftragten, referierte LtD. Ministerialrat Manfred Gallwitz über den Katastrophenschutz in Niedersachsen. Daraus lassen sich interessante Schlüsse über die zukünftigen Strukturen des Landeskatastrophenschutzes ziehen.

Zunächst hält Herr Gallwitz die „Eintrittswahrscheinlichkeit“ von Katastrophen für „außerordentlich gering“. Er führt die Waldbrandkatastrophe von 1975 als letzte „echte“ Katastrophenlage an. Sicher, Niedersachsen mag von sehr schweren Schadenereignissen 20 Jahre verschont worden sein. Dieses ist aber eher als glückliche Fügung zu betrachten. Niemand kann vorhersagen, wann sich solche Ereignisse wiederholen oder sogar mehrfach wiederholen, und wenn ein hoher Beamter des Innenministeriums das Gegenteil behauptet, muß jeder, der sich mit dieser Materie auskennt, entschieden widersprechen.

Herr Gallwitz spricht dann weiter von einer „bewußt kleingeschnittenen Spitze Katastrophenschutz“ und einem „sich nach unten systematisch verbreiternden gleitenden Hilfeleistungssystem“. Es wäre interessant zu erfahren, aus welchen Potentialen sich dieses Hilfeleistungssystem zusammensetzen soll. Nach meinem Kenntnisstand dürfte da nicht mehr viel sein, was sich „nach unten verbreitern“ könnte. Nach der fast völligen Zerschlagung des erweiterten Katastrophenschutzes durch Bundesinnenminister Kanther, müssen wir in den Organisationen den Verlust von Tausenden (!) von Helfern befürchten. Niedersachsen hat in der Vergangenheit bekanntlich keinen landeseigenen KatS aufgestellt. So bleiben noch die Feuerwehren, allerdings ohne die Bereitschaften des Verstärkungsteils, das verschlankte THW, verschiedene SEG (ohne einheitliche Gliederung) und die sog. Pakete des Bundes, bisher auch ohne jegliche taktische Gliederung.

Einheitliche Führungssysteme für Einheiten und Einsatzabschnitte fehlen völlig, ebenso ein Fernmelde- und Versorgungsdienst. Nach der Auflösung der KSL in Bad Nenndorf dürfte die Einrichtung dieser Bereiche auch sehr schwierig sein.

Das Referat von Herrn Gallwitz drängt sehr stark den Verdacht auf, daß hier aus Geldmangel versucht wird, Katastrophengefahren zu verbarmlosen oder gar auszureden und ein auf ein absolutes Minimum zusammengeschrumpftes Hilfeleistungssystem schmackhaft zu machen.

Ernährungsvorsorge – Ernährungssicherstellung

3. Auflage

Von Rolf Solmecke

und Hans-Joachim Wolter

Walballa Fachverlag, 12439 Berlin

Das Reaktorunglück von Tschernobyl war Anlaß, die staatlichen Vorsorgemaßnahmen zur ausreichenden Lebensmittelversorgung in Notzeiten grundsätzlich zu überdenken. Die Erkenntnis, daß Versorgungskrisen im Frieden wahrscheinlicher werden könnten als bei militärischen Konflikten führte zu einer Neufassung des Ernährungssicherstellungsgesetzes.

Die vorliegende Schrift, die im Anhang zugleich alle Rechtsvorschriften der behandelten Sachgebiete enthält, soll allen interessierten Kreisen einen Überblick über die Vorsorgemaßnahmen in den beiden Bereichen Ernährungsvorsorge und Ernährungssicherstellung vermitteln. Daneben ist der Band zugleich ein hilfreiches Handbuch für Sachbearbeiter der Behörden, die Vorsorgemaßnahmen planen, vorbereiten und gegebenenfalls auch durchzuführen haben, und eignet sich besonders für Schulungs- und Ausbildungszwecke.

Notfall-Taschenbuch für den Rettungsdienst

7. Auflage

Von Rolando Rossi

und Günter Dobler

Stumpf & Kossendey GmbH,
26183 Edewecht

Das vorliegende Buch kann und will nicht die Grundlagen der Erstversorgung vermitteln. Diese Aufgabe wird von viel umfangreicheren Lehrbüchern sowie den Aus- und Fortbildungsveranstaltungen wahrgenommen. Unter bewußter Vernachlässigung seltener Situationen wird hier, in gedrängter Form, das schematisierbare Vorgehen im Bereich der außerklinischen Notfallmedizin bei den häufigsten Notfallsituationen dargestellt.

Die Neuauflage gab Gelegenheit, eine Reihe von Verbesserungen und Ergänzungen in das Buch einzufügen. Sie sollen den Gebrauchswert erhöhen und das Buch zum ständigen Begleiter machen. Die aktuelle Publikation neuer Richtlinien zum

praktischen Vorgehen in typischen Situationen fand genauso ihren Niederschlag wie die Einführung neuer Medikamente und modifizierter Behandlungsgrundsätze.

Atemschutz-Sammelordner

Technik, Handhabung,

Ausbildung, Unfallverhütung

Von Wolfgang Gabler

Verlag Technik GmbH,

10407 Berlin

Die Loseblattsammlung vermittelt aktuelles Wissen zu allen Aspekten des Fachgebietes. Neben Ausführungen zum Aufbau und zur Funktion der gebräuchlichen Geräte und Ausrüstungen findet der Leser ausführliche Erläuterungen zu Vorschriften, Normen und Richtlinien.

Umfassend wird auf die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Einsatzbereitschaft und den daraus resultierenden Handlungsabläufen eingegangen. Besonderheiten bei der Handhabung und Maßnahmen zur Unfallverhütung werden ausführlich beschrieben und vorgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt beschäftigt sich mit den Inhalten, Mitteln und Methoden zur Aus- und Weiterbildung der im Atemschutz tätigen Mitarbeiter. In alle Betrachtungen der Neuerscheinung wird neben dem Atemschutz auch der Chemikalien-, Strahlen- und Hitzeschutz einbezogen.

Reanimationsfibel

2. Auflage

Von G. H. Meuret und H. Löllgen

Springer-Verlag GmbH & Co. KG,

69121 Heidelberg

Die Fibel ist eine knappe Anleitung für die Anwendung der kardio-pulmonalen und zerebralen Reanimation. Zahlreiche Tabellen und Schemazeichnungen ermöglichen einen schnellen Überblick. Besonders berücksichtigt sind: Ursachen des Herz-Kreislauf-Stillstandes, Reanimation von Säuglingen/Kindern, neurologische Beurteilung/Prognose reanimierter Patienten sowie die Organisation der Reanimation. Die überarbeitete Auflage enthält neben neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen auch die Empfehlungen der American Heart Association von 1993.

Die Roten Hefte

Verlag W. Kohlhammer,

70565 Stuttgart

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden:

Ferdinand Tretzel

Leinen, Seile, Hebezeuge

Teil 1: Stiche, Knoten und Bunde

Nr. 3 a, 13. Auflage

Heinrich Reuter

Leinen, Seile, Hebezeuge

Teil 2: Ziehen und Heben

Nr. 3 b, 13. Auflage

Kurt Klösters

Feuerwehrgeräte – Sicherheit

durch Wartung

Nr. 11, 4. Auflage

Georg Zimmermann

Tiefbau- und Silo-Unfälle

Nr. 51, 3. Auflage

Joachim Hahn / Horst Zacher

Begriffe, Kurzzeichen,

graphische Symbole des

deutschen Feuerwehrwesens

Nr. 53, 3. Auflage

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Brauer

Handbuch Atemschutz

45.–48. Ergänzungslieferung

ecomед verlagsgesellschaft,

86887 Landsberg

Birth / Lemke / Poltbier

Handbuch Brandschutz

25.–27. Ergänzungslieferung

ecomед verlagsgesellschaft,

86887 Landsberg

Vogelbusch

Katastrophenschutz

in Arbeitsstätten

57. und 58. Ergänzungslieferung

ecomед verlagsgesellschaft,

86887 Landsberg

Grafe / Schürmann / Steegmann

Feuerschutzrecht

in Nordrhein-Westfalen

3. und 4. Ergänzungslieferung

R. v. Deckers Verlag, G. Schenck

GmbH, 69018 Heidelberg

FÜR SIE GELESEN

Termine

5. bis 10. September 1995: 2. Internationale Fachmesse für Rettungsmittel und Zubehör in Moskau (GUS)
Info: Ost-West-Partner GmbH, Postfach 1827, 92608 Weiden

19. bis 22. September 1995: Internationales Seminar „Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“ in Heyrothsberge
Info: Werkfeuerwehrverband Bayern e. V., Falkenstraße 12, 85716 Unterschleißheim

23. September 1995: Deutsche Feuerwehr-Crosslauf-Meisterschaften / Internationaler Feuerwehr-Crosslauf in Düppenweiler (Saar)
Info: Freiwillige Feuerwehr Düppenweiler, Blandine-Merten-Straße 51, 66701 Beckingen-Düppenweiler

27. bis 30. September 1995: Internationale Fachmesse für Sicherheit und Sicherheitstechnik „SiTech 95“ in Berlin
Info: Messe Berlin GmbH, Messedamm 22, 14055 Berlin

29. September bis 1. Oktober 1995: „Inka 95“ Internationaler Notfallkongress zum Thema „Notfälle im Kindesalter“ mit Fachausstellung in Aschaffenburg
Info: Verband Deutscher Rettungsassistenten und -sanitäter e.V., Postfach 10 22 11, 63268 Dreieich

7. Oktober 1995: 16. Internationaler Feuerwehrlauf über 10.000 Meter (auch für Mitglieder der KdS-Hilfsorganisationen) in Leverkusen
Info: Feuerwehr Leverkusen, Stüchtersstraße 162, 51377 Leverkusen

25. bis 28. Oktober 1995: Fachmesse für Sicherheit „FAST“ in Sinsheim
Info: Messe Sinsheim GmbH, Postfach 1451, 74874 Sinsheim

3. und 4. November 1995: Ausbildungssymposium mit med.-techn. Fachausstellung in Baumatal bei Kassel
Info: Berufsverband für den Rettungsdienst e. V., Cappenberger Straße 78, 44534 Lünen

28. November bis 1. Dezember 1995: Fachmesse „Sicherheit 95“ in Zürich (CH)
Info: Reed Messen AG, Bruggacherstraße 26, CH-8117 Fällanden-Zürich

4. Dezember 1995 bis Februar 1997: Berufsbegleitende Fortbildung „Management im Rettungsdienst“ in Köln
Info: Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V., Bildungswerk, Sülzburgstraße 140, 50937 Köln

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Akademie für zivile Verteidigung, Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn: Lehrgänge 2. Halbjahr 1995: 29. August bis 1. September: Straßenverkehrssicherstellungslehrgang (Grundlagen). 5. bis 8. September: Grundlagenlehrgang. 12. bis 15. September: Wirtschaftssicherstellungslehrgang. 18. und 19. September: Informationsveranstaltung für Entscheidungsträger. 26. bis 29. September: ZMZ-Lehrgang. 10. bis 13. Oktober: Aufbaulehrgang. 24. bis 27. Oktober: Ernährungssicherstellungslehrgang (nur für Sachsen-Anhalt). 7. bis 10. November: Ernährungssicherstellungslehrgang. 14. bis 17. November: Grundlagenlehrgang. 21. bis 24. November: Wirtschaftssicherstellungslehrgang. 28. November bis 1. Dezember: Aufbaulehrgang. 5. bis 8. Dezember: Ernährungssicherstellungslehrgang. 12. bis 15. Dezember: Straßenverkehrssicherstellungslehrgang (Aufbau). 18. und

19. Dezember: Fortbildungsveranstaltung für den Lehrstab der Akademie.

Akademie für Ärztliche Fortbildung der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Postfach 4067, 48022 Münster: Fortbildungsseminare zum „Ärztlichen Leiter Rettungsdienst“: 27. bis 29. Oktober 1995 in Minden; 17. bis 19. November 1995 in Mainz.

Arbeitsgemeinschaft Seelsorge in Feuerwehr und Rettungsdienst; Info: Hanjo v. Wietersheim, Wolliner Straße 32, 90451 Nürnberg: 13. bis 17. November 1995, Köln: Fortbildung für Notfallseelsorger/innen.

ecomed Kongress-Service, Rudolf-Diesel-Straße 3, 86899 Landsberg: 17. bis 19. Oktober 1995: Seminar Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz.

Gesitec GmbH Ingenieurgesellschaft für Arbeitssicherheit und Umwelttechnik, Kleines Wegle 4, 71691 Freiberg: 13. November 1995: Experimentalvortrag Feuer- und Explosionsgefahren.

Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh: 13. bis 15. September 1995: Brandschutz-Seminar Nr. 3. – 8. bis 10. November 1995: Brandschutz-Seminar Nr. 4.

Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, 45127 Essen: 27. September 1995: Fachveranstaltung Moderner und praktikabler Brandschutz für Verkaufsstätten, Industriebauten und sonstige Sonderbauten.

Landesfeuerwehrschule Hamburg, Westphalensweg 1, 20099 Hamburg: Der Lehrgangsplan für das 2. Halbjahr 1995 liegt vor.

Minimax GmbH, Postfach 1169, 72562 Bad Urach: 5. bis 8. September 1995: Seminar Brandschutz-Praxis. – 19. bis 22. September 1995: Seminar Brandschutz-Technik. – 17. bis 20. Oktober 1995: Seminar Baulicher Brandschutz. – 10. bis 13. Oktober 1995: Seminar Brandschutz-Organisation. – 7. bis 10. November, 28. November bis 1. Dezember 1995: Seminar Brandschutz aktuell.

Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 73748 Ostfildern: 4. bis 6. Oktober 1995: Vorbeugender und Abwehrender Brandschutz im Betrieb. – 9. und 10. Oktober 1995: Unfallverhütung und Arbeitssicherheit aktuell. – 6. und 7. November 1995: Brandschadenverhütung im Industrie- und Wohnungsbau. – 14. und 15. November 1995: Explosionsschutz elektrischer Anlagen. – 23. und 24. November 1995: Brandschadenverhütung im Krankenhaus und Altenheim. – 4. und 5. Dezember 1995: Umweltschutz durch Brandschutz.

Total-Feuerschutz GmbH, Industriestraße 11, 68526 Ladenburg: 11. bis 13. September, 9. bis 11. Oktober 1995: Brandschutzlehrgang I. – 18. bis 20. September 1995: Brandschutzlehrgang II. – 25. bis 27. September 1995: Brandschutzseminar.

Verband der Sachversicherer e.V., Pasterstraße 17a, 50735 Köln: Fachtage: 12. und 13. September 1995: Brandschutz im Betrieb; 18. und 19. Oktober 1995: Explosionsschutz; 5. und 6. Dezember 1995: Feuerlöschanlagen; 13. Dezember 1995: Brandmeldeanlagen. – Lehrgänge: 18. bis 22. September / 9. bis 13. Oktober 1995: Brandschutzbeauftragte in Krankenhäusern. 18. bis 22. September / 16. bis 20. Oktober, 13. bis 17. November / 27. November bis 1. Dezember, 27. November bis 1. Dezember / 4. bis 8. Dezember 1995: Brandschutzbeauftragte (jeweils 2 Wochen).

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 200161
53131 Bonn
Telefon (0228) 940 - 0
Telefax (0228) 940 2702

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich, jeweils in der Quartalsmitte.

Chefredakteur:
Peter Eykmann

Redaktion:
Paul Claes (d)
Günter Sers (güse)

Layout:
Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Druckhaus Coburg
Postfach 1525
96405 Coburg
Telefon (09561) 86 35 - 0
Telefax (09561) 86 35 - 44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

TERMINE

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

Heute: Notstromaggregat (NAG 189 kVA)

Die Einheiten des KatS verfügen über unterschiedliche Notstromaggregate (NAG). Wohl am bekanntesten ist das auf Vierrad-Fahrgestell aufgebaute 189-kVA-Aggregat von Polyma. Es versorgt beim Ausfall von Anlagen der elektrischen Energieversorgung lebensnotwendige Einrichtungen und sonstige bevorrechtigte Bedarfsträger mit Notstrom.

Das Modell

Für die 1:87-Version des modernen 189-kVA-Aggregates (Polyma/THW) liefert die Firma „Walter Siebert Modellbau“ einen Grundmodell-Bausatz. Die Fertigstellung des gegossenen Modells erfordert zunächst eine gewissenhafte und genaue Vorarbeit. So müssen die Einzelteile (Aufbau, Kotflügel, Staukasten, Rädersatz, Hecktrittstufe) zunächst in Waschbenzin gereinigt bzw. fettfrei gemacht werden.

Erforderlich ist auch ein sorgfältiges Nachbearbeiten der zum Teil gießbedingt unsauberen Stellen (Feile, Sandpapier, evtl. Spachtelmasse einsetzen). Zum Verkleben des Gießmaterials eignen sich nur Cyanacrylat-Produkte (Sekundenkleber).

Nach dem Zusammenkleben von Aufbau und Aufbaugrundplatte sowie der Kotflügel und des Staukastens einschließlich der heckseitigen Trittstufe kann ein dem Bausatz beigefügtes Fahrgestell verkürzt und eingesetzt werden. Beim hier vorgestellten Modell wird ein sehr viel feineres und detaillierteres Anhängerfahrgestell (SES) angepaßt und eingesetzt.

Die Lackierung des Modells erfolgt nach RAL 5002 (THW), ggf. auch in Feuerwehrrot (RAL 3000). Fahrgestell, Kotflügel und Staukasten



Das Notstromaggregat des THW-Ortsverbandes Mannheim. Hier sind alle Details für den Nachbau zu erkennen.

erhalten eine schwarze Lackierung. Die am Vorbildfahrzeug angebrachten Schriftzüge sind dem Siebert-Bausatz beigefügt, hier wurde ein spezieller Beschriftungssatz von Hase, Nürnberg, sowie THW-Beschriftungen von Müller oder Preiser genutzt.

Das Modell erhält abschließend entweder die dem Bausatz beigefügten Räder (die sich allerdings kaum

in eine Rollfunktion bringen lassen) oder entsprechend geeignete Ersatzräder aus dem HO-Programm anderer Hersteller, des weiteren zwei Steckblaulichter (Dach hinten links, vorn rechts). Rückleuchten und -dreiecke, Kfz-Kennzeichen, Warnstreifen an Front und Heck sowie Kabelanschlüsse für den Zugbetrieb am Lkw sollten nicht vergessen werden.



Noch fehlt der Dachauspuff – ansonsten erweist sich das verfeinerte Siebert-Modell als kleines „Schmuckstück“ in der KatS-Sammlung.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. November 1995



TUIS: Diese vier Buchstaben stehen für „Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystem“. Es wurde 1982 vom Verband der Chemischen Industrie ins Leben gerufen. Über 200 Chemieunternehmen haben sich mittlerweile dem System angeschlossen und erklären sich damit bereit, bei Transportunfällen, an denen chemische Produkte beteiligt sind, schnelle und sachgemäße Hilfe zu leisten. Die Unternehmen bieten ihre Hilfe aus der Erfahrung an, daß Sachkunde die erste Voraussetzung für eine effektive Hilfeleistung ist. Hier will die chemische Industrie den öffentlichen Einsatzkräften kraft Ausbildung und fachlicher Kompetenz mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Der jeweiligen Schadenslage entsprechend, bietet TUIS Hilfe in dreistufiger Form: Zur Stufe 1 zählt die telefonische Beratung. In der Stufe 2 unterstützt ein TUIS-Berater den Einsatzleiter direkt vor Ort. Die Stufe 3 umfaßt die unmittelbare technische Hilfe durch Personal und Gerät.

Seit 1985 wird eine TUIS-Statistik geführt, mit der sich die Akzeptanz des Systems über die letzten zehn Jahre belegen läßt: Weit über 8000 Mal waren Mitgliedsfirmen im Rahmen von TUIS aktiv. Davon wurde in rund 1600 Fällen umfassende Hilfe mit Mannschaft, Geräten und Fahrzeugen – die Stufe 3 – geleistet. In den ersten drei Monaten 1995 half TUIS bereits in 260 Fällen (siehe auch den Beitrag im Innern des Heftes).